Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V.

2-3/07

Mai 2007 · 60. Jahrgang Einzelverkauf 8.-€

## Reich Gottes und seine Gerechtigkeit

Reinhard Höppner **Die Macht der Würde** 

Jürgen Moltmann

Reich Gottes nach D. Bonhoeffer und Ch. Blumhardt

Günter Brakelmann

Helmuth J. v. Moltke - Mann des Widerstands

Franz Segbers, Friedhelm Hengsbach, Paul Schobel, Reinhard Gaede 10 Jahre Sozialwort der Kirchen

Frank-Matthias Hofmann Kirche und Politik

**Erhard Eppler** 

Der Staat – zwischen Vergottung und Verspottung

Eduard Wörmann

Arbeitslosigkeit. Ein Skandal

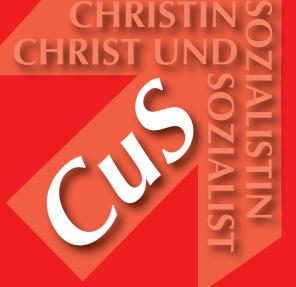
Inge Höger

Die Gesundheitsreform

Rezensionen

Pressenachrichten

Bundesnachrichten







#### **IMPRESSUM**

Cus. Christin und Sozialistin/ Christ und Sozialist. Rreuz und Rose. Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Michael Bschorr, Reinhard Gaede, Christian Gösling, Berthold Scharf, Robert Wollborn

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P) Wiesestr. 65, D-32052 Herford Tel. 0 52 21/34 25 56 cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de Michael Bschorr

Redaktions-Beirat: Friedrich W. Bargheer, Blomberg

Heiko Bluhm, Lauffen a.N. Hartmut Futterlieb, Bad Hersfeld Fritz Hufendiek, Berlin Elmar Klink, Bremen Helmut Pfaff, Frankfurt Wieland Zademach, Schwaig

CuS/BRSD im Internet: www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:

BRSD-Sekretariat, Michael Bschorr Bobes Feld 14, 33818 Leopoldshöhe Tel. 0 52 02/884 883, Fax 884 884 sekreariat@brsd.de, MBschorr @t-online.de

Preise:

Einzelheft  $\in$  6,–, Doppelnummer  $\in$  8,–, Abo Inland  $\in$  20,– pro Jahr, Abo Ausland  $\in$  23,–, Förderabo  $\in$  25,– oder mehr. Kündigungen werden zum Jahresende wirksam.

Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350 601 90, Konto-Nr. 2 119 457 010 Internationale Überweisungen: IBAN DE 15350601902119457010

BIC GENODED1DKD

Layout & Gestaltung: acceptDESIGN, Hamburg www.acceptDESIGN.eu

Druck:

Duckerei Hans Gieselmann, Bielefeld

ISSN 0945-828-X

#### Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

#### Inhalt

Reinhard Höppner  Die Macht der Würde	2
Jürgen Moltmann Dietrich Bonhoeffer und Christoph Blumhardt	10
Günter Brakelmann Helmuth James Graf von Moltke – ein Mann des protestantischen Widerstands	18
Franz Segbers  Der europäische Sozialstaat – typisch katholisch, typisch evangelisch Kirchesein in Zeiten der Globalisierung	26 28
Freidhelm Hengsbach  10 Jahre Sozialwort	30
Paul Schobel Das Gold in den Köpfen wird verschleudert	32
Reinhard Gaede Gerechtigkeit nach den Denkschriften der Ev. und Kath. Kirche	35
Frank-Matthias Hofmann Erwartungen der Kirche an die Politik	43
Erhard Eppler  Der Staat – Zwischen Vergottung und Verspottung	46
Eduard Wörmann "Eine Million waren damals ein Skandal"	52
Inge Höger: Eckpunkte der großen Koalition zur Gesundheitsreform	60
Siegfried Katterle Ein Brief	63
Rezensionen	
Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.), Bonhoeffer der Blick aus der Ferne (Jürgen Schübelin)	r – 65
Wolfgang W. Osterhage, Christliches Zeitmanageme Zeit, Leben, Spiritualität (Wieland Zademach)	nt – 66
Pressenachrichten	68
Bundesnachrichten	69
Fotonachweis	70
Autorenverzeichnis	71

## Aus der Redaktion

Reich Gottes und seine Gerechtigkeit" – das ist der Orientierungspunkt, den wir über dieses Heft stellen. Mit dieser Losung können nicht gegenwärtige Verhältnisse beschrieben werden. Wohl aber ist damit der Maßstab genannt, an dem die gegenwärtigen Verhältnisse gemessen werden sollen und ebenso das Ziel, auf das hin sie verändert werden sollen. Jesus hat in der Bergpredigt so gesprochen: "Sucht aber zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, so wird euch das alles

(nämlich Essen, Trinken, Kleidung) dazugeschenkt werden" (Matth. 6,33). Von der Gerechtigkeit ist in diesem Heft oft die Rede. Häufiger davon, wo sie nicht war und wo sie nicht ist, immer wieder aber auch davon, in welchen Lebensbereichen sie nötig war, nötig ist und aufgerichtet werden soll.

Zum 31. Deutschen Evangelischen Kirchentag erscheint das Heft. Reinhard Höppner, Kirchentagspräsident, hat die Andacht "Die Macht der Würde" zu einem wichtigen Thema des Kirchentags geschrieben. Die Würde des Menschen soll das Gestaltungskriterium im Prozess der Globalisierung sein. Eben das entspricht dem Willen des Schöpfers, der den Menschen nach seinem Bild geschaffen hat, der Weisung Jesu von der Nächsten und Feindesliebe. Das muss auch angesichts des gleichzeitigen G-8- Gipfels deutlich werden. "Worum es geht:



Helmut Pfaff, Friedrich Wilhelm Bargheer, Reinhard Gaede, Michael Bschorr, Elmar Klink, Fritz Hufendiek, Wieland Zademach

Das Reich Gottes auf Erden, nicht Religion und nicht Christentum", das ist das Thema des Beitrags von Jürgen Moltmann. Im letzten Jahr wurde in vielen Gemeinden des 100. Geburtstags von Dietrich Bonhoeffer gedacht. Im Evangelischen Kirchengesangbuch (65 und 652) steht sein Text zum oft gesungenen Lied "Von guten Mächten wunderbar geborgen". Von seinem Widerstand gegen Hitler und den Nationalsozialismus und dem Opfer seines Lebens haben die Gemeinden erfahren. Jürgen Moltmann möchte bekannt machen, "wie stark Dietrich Bonhoeffer von Christoph Blumhardt (184 –1919) und seiner Reich-Gottes-Theologie beeinflusst wurde." Mit der Theologie Bonhoeffers und Blumhardts wird die Reich-Gottes-Theologie vorgestellt, die Kraft zum Widerspruch gegen die "gottlosen, lebensfeindlichen" Zustände in Religion und Gesellschaft gab.

1995 hat der Bundesgerichtshof die Militärjustiz in der NS-Zeit als "Terror- und Blutjustiz" charakterisiert. Darauf hat Wolfram Wette, Professor für Neueste Geschichte, hingewiesen. Die Klarstellung wurde nötig, weil Günther Oettinger, Ministerpräsident von Baden –Württemberg, seinen verstorbenen Amtsvorgänger Hans Filbinger, ehemals NSDAP-Mitglied, als "Gegner des NS-Regimes" bezeichnet hatte. Dabei hatte Filbinger als Militärjurist Todesurteile unterschrieben, war beteiligt "an der ungeheuerlichen Mordbilanz von 30 000 Todesurteilen gegen Soldaten, von denen mehr als 15 000 vollstreckt wurden." Weil immer noch "die fundamentalen Unterschiede zwischen dem nationalen Unrechtsstaat und dem Rechtsstaat Bundesrepublik" von vielen Menschen, selbst von ei-

#### Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

nem Ministerpräsidenten und Teilen seiner Partei, erst recht von Neo-Nazis, verwischt werden, ist die historische *Aufklärung* so nötig (Frankfurter Rundschau, 21.4.2007). *Günter Brakelmann* hat ein Lebensbild von *Helmuth James Graf von Moltke* gezeichnet. Der Gründer und Vordenker des *Kreisauer Kreises*, einer Gemeinschaft von Christen und demokratischen Sozialisten, war eine der faszinierenden Gestalten des deutschen Widerstandes, unter Opfer seines Lebens. Das Motiv der Kreisauer war eben: "Das zertretene Recht muss wieder aufgerichtet und zur Herrschaft über alle Ordnungen des menschlichen Lebens gebracht werden."

Die Debatte um Gerechtigkeit heute in unserm Land sollte Orientierungsziele kirchlicher Denkschriften aufnehmen.

CuS 4/2006 enthielt den Bericht über die Begegnungs-Tagung des BRSD, zu der christliche Arbeitsgemeinschaften der Parteien SPD, WASG/Linkspartei/PDS und Grüne eingeladen waren sowie die Presse-Erklärung. Die Teilnehmenden hatten an das Sozialwort beider Kirchen "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" vor zehn Jahren erinnert und ein Aktionsbündnis für Zeitansagen im Sinne des prophetischen Wächteramts der Christen vereinbart mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft als Subjekt des Handelns zu stärken und soziale und rechtliche Aufgaben des Staates anzumahnen. Wie müsste heute Solidarität und Gerechtigkeit gestaltet werden? Dazu sollten auch Gutachten von Fachleuten eingeholt werden, und die Diskussion sollte auf dem Kirchentag in Köln fortgesetzt werden. Der erste Beitrag kam von Ernst-Ulrich Huster in CuS 1/2007. In diesem Heft folgen Beiträge von Franz Segbers, Friedhelm Hengsbach und Paul Schobel und mir. Franz Segbers stellt die Entstehung des europäischen Sozialstaats dar und erinnert an Einschränkungen sozialer Rechte seit den 90er Jahren. Friedhelm Hengsbach sieht nach anfänglichen Wirkungen durch das Sozialwort in der Sozialpolitik einen "Seitenwechsel" der Kirchen, ein Abrücken von der Verteilungs-Gerechtigkeit. Paul Schobel fordert ein neues Sozialwort gegen Massen-Arbeitslosigkeit, Bildungsnotstand, Korruption und Selbstbereicherung. Anwaltschaft für die Armen und Prophetie ist gefragt.

Mein Beitrag über Gerechtigkeit nach den Denkschriften beider Kirchen stellt zunächst das Jahrbuch Gerechtigkeit I vom Oktober 2005 vor. 26 kirchliche Gliederungen haben es herausgegeben. Es fordert den Umbau des Sozialstaats durch einen sozialpolitisch handlungsfähigen Staat und widerspricht dem herrschenden neoliberalen Denken. Die Denkschrift Gerechte Teilhabe der EKD war schon von Siegfried Böhringer in CuS 1/2007 kommentiert worden. Hier werden die einzelnen Ratschläge für Reformen in den Feldern der Politik vorgestellt. Auch auf das Wort der Synode der EKD in Würzburg 2006 wird verwiesen. Erinnert wird nicht nur an das Sozialwort, sondern auch an die Denkschrift "Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung" aus dem Jahr 1962. 45 Jahre Diskussion also über soziale Fragen. Dürfen wir auf positive Lernergebnisse hoffen? Gruppen wie Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten müssen Anstöße geben, damit die Kirche, die an den Spannungen der Gesellschaft teilnimmt, sich bewegt. Vor allem aber, damit gute Ansätze nicht wieder vergessen werden. Frank-Matthias Hofmann hat, ausgehend vom Barmer Bekenntnis 1934, über die Erwartungen der Kirche an die Politik geschrieben. Die Wandlungen des Staatsformen in der Geschichte hat Erhard Eppler beleuchtet und nach den Grenzen der Loyalität der Christen und Christinnen gefragt jenseits einer Vergottung und Verspottung des Staates. Die Orientierung am Gemeinwohl muss heute marktradikalem Denken ge-

#### Aus der Redaktion

genüber verteidigt werden. *Eduard Wörmann* hat eine Rede zum 25 jährigen Bestehen des *Arbeitslosenzentrums* in Herford gehalten. Er erinnert an frühere Gesprächswochen mit Arbeitslosen, "Beteiligung der Betroffenen statt Betreuung", was jetzt für die Neuorganisation des Arbeitsmarktes wichtig wäre. Mit öffentlich geförderter Beschäftigung soll Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert werden.

*Matthias Obenhaus* hat für CuS ein Interview mit *Inge Höger*, MdB zur Gesundheitsreform der großen Koalition geführt. Das drohende Defizit der gesetzlichen Krankenkassen ist entstanden durch "Aushöhlung der Einnahmebasis" im Sozial-Versicherungswesen. Jetzt ist ein Schritt weiter getan bei der Abschaffung einer paritätischen Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen.

Die Bibel in gerechter Sprache, die der BRSD gefördert hat, ist bisher in 50 000 Exemplaren verkauft worden und hat "auf der einen Seite große Begeisterung, auf der anderen Seite leidenschaftliche Ablehnung" erfahren ("Unsere Kirche, UK, 15.-21. Apr.,2007, Nr. 16) Der Rat der EKD hat zwar den Wert einer ergänzenden Bibelausgabe grundsätzlich anerkannt, hält sie aber für die Verwendung im Gottesdienst nicht geeignet. Der Herausgabekreis hat erklärt: "Die Bibel wird neu zu Gehör gebracht und kann wieder zum kritischen Gegenüber und zum Korrektiv allen kirchlichen Handelns und theologischen Redens werden – gerade wenn nicht nur der gewohnte Wortlaut kirchenamtlich autorisierter oder empfohlener Übersetzungen gelesen wird." Siegfried Katterle, der auch zum Kreis der Fördernden gehört, hat das Haupt-Anliegen der Übersetzung gegenüber verbreiteten Missverständnissen erläutert. Eine ausführliche Verteidigung von Frank Crüsemann mit dem Titel "Jenseits der Gemütlichkeit" findet sich im Internet (unter www.zeitzeichen.net).

Ch will kein Heft verpassen   Ch mobite Christ und Sozialist - Christin und Sozialistin (CuS) abonnieren. Und zwar   20 € pro Jahr inkl. Versand.   3 la fandars-Abo zu   20 € pro Jahr inkl. Versand.   3 la Forder-Abo zu   23 € pro Jahr inkl. Versand.   3 la Forder-Abo zu   24 € pro Jahr inkl. Versand.   3 la Forder-Abo zu   25 € pro Jahr inkl. Versand.   4 la Forder-Abo zu   25 € pro Jahr inkl. Versand.   5 la Forder-Abo zu   25 € pro Jahr inkl. Versand.   5 la Forder-Abo zu   25 € pro Jahr inkl. Versand.   5 la Forder-Abo zu   25 € pro Jahr inkl. Sersander Abonnement soll ein Geschenk sein. Bitte sendet die Hefte abweichend von der unten genannten Rechnungsanschrift an folgende Adresse:   Nachname:   Nachname:   5 land:   25 land:	Zum Kopieren und
□ Ich möchte Christ und Sozialist – Christin und Sozialistin (CuS) abonnieren. Und zwar □ als Inlands-Abo zu 20 € pro Jahr inkl. Versand. □ als Auslands-Abo zu 23 € pro Jahr inkl. Versand. □ als Förder-Abo zu — € pro Jahr inkl. Versand. □ als Förder-Abo zu — € pro Jahr inkl. Versand. □ Bas Förder-Abo zu — € pro Jahr inkl. Versand. □ Das oben angekreuzte Abonnement soll ein Geschenk sein. Bitte sendet die Hefte abweichend von der unten genannten Rechnungsanschrift an folgende Adresse: □ Nachname: □ Nachname: □ PLZ Ort: □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr: □ unbefristet. □ Lesen genitigt mir nicht. Ich will Mitglied werden! □ Ich möchte Mitglied werden im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) e.V. □ mit normalem Beitrag von 46 € pro Jahr inkl. CuS-Abo. □ Imit formäligten Beitrag von 46 € pro Jahr inkl. CuS-Abo. □ mit fordreitrag von 10 € (mind. 50 €) pro Jahr inkl. CuS-Abo. □ mit fordreitrag von 10 € (mind. 50 €) pro Jahr inkl. CuS-Abo. □ Das bin ich: □ Nachname: □ Nachname: □ Straße N:: □ Land: □ Doatum: □ Unterschrift: □ Datum: □ Unterschrift: □ Fax: □ Bitte für Rückfragen angeben: Telefon: □ Fax: □ Geburtslag: □ Ich midiglied in folgender Partei/Gewerkschaft/inflistive: □ (reviillige Angabe)	RESOCOUPON
□ als Inlands-Abo zu 20 € pro Jahr inkl. Versand. □ als Auslands-Abo zu 23 € pro Jahr inkl. Versand. □ als Forder-Abo zu € pro Jahr inkl. Versand. □ als Forder-Abo zu € pro Jahr inkl. Versand. Kündigungen sind jeweils zum Jahresende möglich. □ Das oben angekreuzie Abonnement soll ein Geschenk sein. Bitte sendet die Helte abweichend von der unten genannten Rechnungsanschrift an folgende Adresse: □ Nachname: □ Straße Nt.: □ PLZ Ot: □ Land. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet. □ Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ nur der	Ich will kein Heft verpassen
abweichend von der unten genannten Rechnungsanschrift an folgende Adresse:  Vorname:	□ als <b>Inlands-Abo</b> zu 20 € pro Jahr inkl. Versand. □ als <b>Auslands-Abo</b> zu 23 € pro Jahr inkl. Versand. □ als <b>Förder-Abo</b> zu € pro Jahr inkl. Versand.
Straße Nr:  PLZ Ort  Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet.  **Lesen genügt mir nicht.** Leh will Mitglied werden!  □ ch mochte Mitglied werden im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) e.V.  □ mit normalem Beitrag von 46 € pro Jahr inkl. CuS-Abo.  □ mit normäligten Beitrag von 25 € pro Jahr inkl. CuS-Abo.  (Der ermäßigten Beitrag von € (mind. 50 €) pro Jahr inkl. CuS-Abo.  **Das bin ich:**  Nachname:  Straße Nr:  PLZ Ort:  Unterschrift:  Datum:  Unterschrift:  Bitte für Rückfragen angeben: Telefon:  Fax:  Bitte bei Mitgliedschaftsantrag angeben: Geburtstag:  (ch bin Mitglied in folgender Partei/Gewerkschaft/infliative: (freiwillige Angabe)	□ Das oben angekreuzte Abonnement soll ein Geschenk sein. Bitte sendet die Hefte abweichend von der unten genannten Rechnungsanschrift an folgende Adresse:
PLZ Ort Land:	Vorname: Nachname:
Das Geschenk-Abo soll laufen: □ nur für ein Jahr. □ unbefristet.  **Lesen genügt mir nicht. Ich will Mitglied werden!*  □ Ich möchte Mitglied werden im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) e. V. □ mit ermäßigtem Beitrag von 26 € pro Jahr inkl. CuS-Abo. □ mit ermäßigtem Beitrag i Von 26 € pro Jahr inkl. CuS-Abo. □ mit Förderbeitrag von 26 (mind. 50 €) pro Jahr inkl. CuS-Abo.  **Das bin ich:**  Vorname: Nachname: □  Strate Nr.: □  PLZ Ort: □ Land: □  Datum: □ Unterschvift: □  Stite für Rückfragen angeben: Telefon: □ Fax: □  Stite bei Mitgliedschaftsantrag angeben: Geburtstag: □ (freiwillige Angabe)	Straße Nr.:
Lesen geningt mir nicht. Ich will Mitglied werden!  □ Ich möchte Mitglied werden im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten  □ Ich möchte Mitglied werden im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten  □ Int int normalem Beitrag von 46 € pro Jahr inkl. CuS-Abo.  □ Int it ernädigten Beitrag von 25 € pro Jahr inkl. CuS-Abo.  □ Int it Forderbeitrag von € (mind. 50 €) pro Jahr inkl. CuS-Abo.  Das bin ich:  Vorname:  Nachname:  Straße N::  □ Land: □ Doatum: □ Unterschrift: □ Bilte für Rückfragen angeben: Telefon: □ Fax:  Sitte bei Mitgliedschaftsantrag angeben: Geburtstag: □ (freiwillige Angabe)	PLZ Ort: Land:
□ Ich möchte Mitglied werden im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) e. V. □ mit normalem Beitrag von 26 € pro Jahr inkl. CuS-Abo. □ mit ermäßigtem Beitrag i Von 26 € pro Jahr inkl. CuS-Abo. □ mit Förderbeitrag von € (mind. 50 €) pro Jahr inkl. CuS-Abo.  Das bin ich:    Voname:   Nachname:	Das Geschenk-Abo soll laufen: ☐ nur für ein Jahr. ☐ unbefristet.
Strate Nr.:  PLZ Ort:  Land:  Datum:  Unterschrift:  Sittle für Rückfragen angeben: Telefon:  Sittle für Rückfragen angeben: Geburtstag:  ch bin Mitglied in folgender Partei/Gewerkschaft/initiative:  (freiwillige Angabe)	□ Ich möchte Mitglied werden im Bund der Religiösen Sozialistnnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) e. V. □ mit normalem Beitrag von 46 € pro Jahr inkl. CuS-Abo. □ mit ermäßigtem Beitrag ivon 25 € pro Jahr inkl. CuS-Abo. □ mit ermäßigtem Edeltrag ivon 100 mit ur geringfügen Einkommen.)
Straße Nr.:  PLZ Ort:  Land:  Datum:  Unterschrift:  Sittle für Rückfragen angeben: Telefon:  Fax:  Sittle bit Mitgliedschaftsantrag angeben:  Geburtstag:  (treiwillige Angabe)	Das bin ich:
PLZ Ort: Land:  Daturn: Unterschrift: Fax:  Bittle für Rückfragen angeben: Telefon: Fax:  Geburtstag: (freiWillige Angabe)  ch bin Mitglied in folgender Partei/Gewerkschaft/initiative: (freiWillige Angabe)	Vorname: Nachname:
Datum: Unterschrift: Fax: Sitte für Rückfragen angeben: Telefon: Fax: Sitte bei Mitgliedschaftsantrag angeben: Geburtstag: (freiwillige Angabe) ch bin Mitglied in folgender Partei/Gewerkschaft/initiative: (freiwillige Angabe)	Straße Nr.:
Bitle für Rückfragen angeben: Telefon: Fax:  Bitle bei Mitgliedschaftsantrag angeben: Geburtstag:	PLZ Ort: Land:
Bitte bei Mitgliedschaftsantrag angeben: Geburtstag:(freiwillige Angabe)	Datum: Unterschrift:
tch bin Mitglied in folgender Partei/Gewerkschaft/Initiative: (freiwillige Angabe)	Bitte für Rückfragen angeben: Telefon: Fax:
	Bitte bei Mitgliedschaftsantrag angeben: Geburtstag:
The state of 7.9 - 7.9 feet at the second F. Mar.	Ich bin Mitglied in folgender Partei/Gewerkschaft/Initiative: (freiwillige Angabe)
	☐ Ich möchte von Zeit zu Zeit Infos erhalten an E-Mail:

#### Predigt über ein Thema des Kirchentags\*

## Die Macht der Würde

Von Reinhard Höppner

m Anfang der Bibel heißt es in der Schöpfungsgeschichte: "Und Gott sprach: Lasset uns Menschen machen, ein Bild, das uns gleich sei, die da herrschen über die Fische im Meer und die Vögel unter dem Himmel und über das Vieh und über alle Tiere des Feldes und über alles Gewürm, das auf der Erde kriecht. Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn." (Gen. 1, 26-27)

Seitdem ist jeder Mensch, jeder Mann und jede Frau ein Ebenbild des einen Gottes. Jeder Mensch. Der Behinderte und der Obdachlose, die Nobelpreisträgerin oder der Straßenkehrer. So vielgestaltig ist er, so viele Gesichter hat er, dass in jedem Menschengesicht Gott uns ansieht. Ist das nicht ein bisschen überheblich, wurde ich gefragt: Die Menschen gottgleich? Nein, sage ich, nicht der Mensch ist Gott gleich, Gott ist den Menschen gleich geworden. Und ich füge als Christ hinzu: Weil die Menschen diese gewaltige Entäußerung Gottes immer wieder nicht verstanden haben, hat er ihnen Jesus von Nazareth geschickt, ist selbst in Menschengestalt gekommen, den Menschen gleich geworden. Seine Allmacht besteht nicht darin, dass er in alles von oben hereinregiert und die Menschen wie Marionetten tanzen lässt. Diese Aufgabe, über die Erde zu herrschen, sie zu bebauen und zu bewahren (Gen. 2, 21), die hat er den Menschen übertragen. Sie sollen Verantwortung für diese Erde übernehmen. Seine Allmacht besteht darin, dass er in die Haut eines jeden Menschen schlüpfen, uns in jedem Menschen begegnen kann. Jesus hat daran erinnert, als er im Zusammenhang mit dem jüngsten Gericht gesagt hat: "Was ihr einem von diesen meinen geringsten Brüdern und Schwestern getan habt, das habt ihr mir getan." (Matth. 25, 40, Übersetzung R.H.)

Jeder Mensch ist ein Ebenbild Gottes und trägt darum ein Stück *Verantwortung* da-

für. dass diese Erde bebaut und bewahrt, gestaltet und erhalten wird (Gen. 2. 15). Gewiss, Gott hat sich oft darüber geärgert, wie schlecht die Menschen diese Aufgabe wahrgenommen haben. Aus



Reinhard Höppner

der Urgeschichte von *Noah* (*Gen.* 6 - 10) wissen wir, dass er aus Zorn über die Verantwortungslosigkeit der Menschen alles Böse ausrotten wollte und dabei alle Menschen bis auf die in der Arche in der Sintflut hat ertrinken lassen. Aber nach dieser schrecklichen Katastrophe hat er dazugelernt und sich und dem Noah geschworen: Das mache ich nie wieder. Der Regenbogen am Himmel ist gewissermaßen der Knoten in Gottes Taschentuch (Gen. 9, 13 – 17). Wenn ihn wieder mal das große Heulen über diese verantwortungslose Menschheit

überkommt, dann wird ihn der Knoten im Taschentuch daran erinnern: Alles Böse einfach ausrotten hilft nicht (Gen. 8, 21-22). Gott will dazu stehen, dass in jedem Menschenantlitz ein Stück seines Bildes steckt. Darin besteht die Würde eines jeden Menschen, dass er ein Ebenbild Gottes ist.

Insofern ist der erste Artikel des Grundgesetzes von der Unantastbarkeit der Würde des Menschen so etwas wie die weltliche Entsprechung zum ersten Gebot. Die Macht Gottes, seine heilende Kraft entfaltet sich, in dem wir in dieser Welt die Würde eines jeden Menschen zu bewahren versuchen. In dieser Welt, sage ich. Und damit ist nicht nur unsere kleine Welt gemeint, in der wir uns täglich bewegen, nicht nur unsere deutsche oder europäische. Die ganze Welt ist gemeint, unser Globus. Global denken: Daran kommen wir im Zeitalter der Globalisierung ohnehin nicht vorbei. Und damit geht es natürlich auch um die Würde der muslimischen Frau mit oder ohne Kopftuch. Es geht um die Würde des an Aids erkrankten afrikanischen Kindes und um die Würde der Menschen in den Slums brasilianischer Städte. Es geht um die Würde der prostituierten Asiatinnen und um die Würde der durch eine Mauer getrennten Palästinenser und Israelis. Was bedeutet in Blick auf all diese Menschen, dass sie von Gott mit der gleichen Würde ausgestattet sind?

Dieser Frage hat sich der Kirchentag im Zusammenhang mit der Globalisierungsdebatte angenommen unter der Überschrift: Die Macht der Würde. Die Globalisierung ist kein Schicksal, kein unabänderlicher Prozess, dem sich entgegenzustellen nur den Fortschritt dieser Welt aufhält. Die Globalisierung ist eine Gestaltungs-Aufgabe. Es hat keinen Sinn, wenn sogenannte Globalisierungs-Gegner und Globalisierungs-Befürworter sich in Grabenkämpfen ge-

genüberstehen. Wir wollen heraus aus dieser fruchtlosen Konfrontation. Wir wollen auch, dass die vor dem Zaun in Heiligengrabe und die hinter dem Zaun zum G8-Gipfel Versammelten miteinander ins Gespräch kommen. Dazu wird auf dem Kirchentag Gelegenheit sein. Und wir werden schon vorher auf einem internationalen Kongress in Wuppertal darüber sprechen, ob nicht die Frage nach der Würde des Menschen zu einem Gestaltungskriterium im Prozess der Globalisierung werden könnte

Warum die Frage nach der Menschenwürde? Warum nicht die Frage nach den Menschenrechten oder die Frage nach dem Fortschritt? Uns hilft nur eine Frage weiter, die auch über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg als wichtige Frage verstanden wird. Eine solche Frage muss verhaftet sein in einem bestimmten Denken, aber weder in dem der ökonomischen Kategorien, noch in dem der Aufklärung. Denn dann wären wir schon mittendrin in diesem Vorwurf. eine bestimmte Denkweise zu Lasten aller anderen die Welt erobern wollen. Dann wäre durch die Fragestellung bereits die Chance auf eine global akzeptable Antwort verdorben. Fortschritt und sogar Menschenrechte sind bei vielen Menschen in der Welt bereits belastet mit dem Verdacht. hier würde die industrialisierte Welt ihre Vorstellungen vom rechten Leben in missionarischem Eifer in die Welt hinaustragen. Der Krieg Amerikas im Irak ist für viele geradezu zu einem Symbol eines solchen missionarischen Eifers geworden. Wir machen uns einfach nicht klar, wie unsere Art zu leben anderen Menschen in anderen Teilen der Erde Angst macht. Dabei könnten wir es doch bei uns selbst spüren, wie andere Werte und Lebensstile, die mitten unter uns zum Beispiel von den Migranten

gelebt werden, wie diese uns fremden Lebensstile uns Angst machen.

Je länger ich über den Begriff der Menschenwürde nachdenke, umso produktiver wird er. Er setzt voraus, dass ich den anderen frage, worin er seine Würde verletzt sieht. Wolf Wagner erzählt dazu eine besonders eindrückliche Geschichte: Sie handelt von einer deutschen Frau, die von einer nächtlichen Zugreise durch den Norden Thailands berichtete, "wo sie auf dem Weg zur Toilette von einer Einheimischen plötzlich und ohne ersichtlichen Anlass beschimpft, geschlagen und zuletzt sogar mit einem Messer angegriffen worden war. ... Sie hatte die Angreiferin in keiner Weise provoziert ... Im Gegenteil: Sie hatte sich besonders rücksichtsvoll benommen und war, um niemanden im Schlaf zu stören, vorsichtig über die kreuz und quer im Flur des Zuges schlafenden Passagiere hinweggestiegen. Plötzlich sei die Frau aufgesprungen, habe sie wie eine Wahnsinnige angeschrieen, auf sie eingeschlagen und dann aus ihrem Gepäck ein langes Messer gezogen, mit dem sie auf sie losgegangen sei. Sie musste verrückt gewesen sein. Als ich später", so berichtet Wolf Wagner, "selbst mit dem Nachtzug fuhr, fiel mir auf, dass nicht nur der Schaffner, sondern alle, die durch den Flur des Zuges gingen, die Passagiere aufweckten und sie zwangen aufzustehen, um an ihnen vorbeizugehen. ... Später las ich, dass es in der thailändischen Kultur als schwere Beleidigung gelte, mit eigenen Füßen höher zu sein als der Kopf einer anderen Person." Die thailändische Frau war durch die Deutsche und ihr scheinbar rücksichtsvolles Verhalten in ihrer Würde schwer verletzt worden. Ohne Kenntnis der anderen Kultur hat die deutsche Frau das nicht ahnen können.

Wer die Würde eines anderen nicht verletzen will, muss ihn erst fragen, worin die Verletzung seiner Würde liegt. Darin könnte die Macht der Würde liegen. Darin könnte die Stärke der Regel bestehen, dass die Würde des Menschen unantastbar ist: Sie bedarf des Dialogs mit den Betroffenen. Sie setzt die Frage nach den Lebens- und Glaubens - Zusammenhängen des Anderen voraus. Es mag noch so gut gemeint sein, die Würde des Menschen ist bereits verletzt, wenn ich für ihn denke und definiere. wo seine Würde beeinträchtigt ist oder nicht. Werden Erhalt und Stärkung der Würde des Menschen zu einem Gestaltungs-Kriterium im Prozess der Globalisierung, dann bedarf es eines Dialogs mit den Betroffenen. Im oben angeführten Beispiel war es offenbar ein interkultureller

Aber selbst in unserem eigenen Land eröffnet die Frage nach der Würde des Menschen neue Perspektiven. Das Problem des Arbeitslosen, des Hartz-IV-Empfängers besteht ja oft nicht nur darin, dass er wenig Geld zum Leben zur Verfügung hat. Er fühlt sich in seiner Würde verletzt, wenn er überall als Bittsteller auftreten muss und das Gefühl hat, nicht mehr gebraucht zu werden. Die Würde dieser Menschen kann nicht dadurch wieder hergestellt werden, dass man ihnen Geld gibt. Sie müssen die Chance bekommen, wieder in die Gesellschaft integriert zu werden. Wie also muss Globalisierung gestaltet werden, damit nicht immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden? Arbeitslose jedenfalls ist eine sinnvolle Beschäftigung wichtiger als mehr Geld.

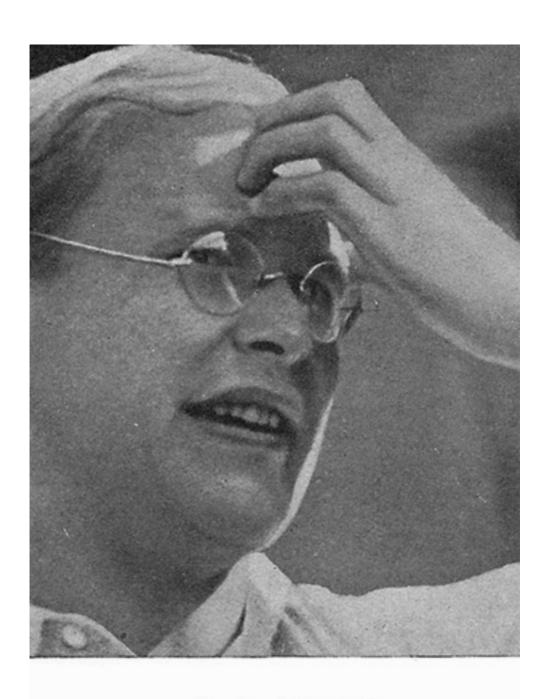
Auch auf die vielen internationalen Konflikte wirft die Frage nach der Würde ein neues Licht. Wenn Frieden werden soll, dann muss am Ende auch die Würde unserer Feinde wieder hergestellt sein. Das gilt

auch bei der Bekämpfung des *Terrorismus*. Im Blick auf *Afghanistan* hat Kurt Beck kürzlich davon gesprochen, dass auch abtrünnige Taliban in Gespräche einbezogen werden sollten. Manche haben das als Fehler bezeichnet. Ich meine, ein Fehler war es, dass er das so zaghaft gesagt und alsbald relativiert hat. Am Ende wird es in Afghanistan nur Frieden geben, wenn auch die Taliban in Würde an der Gestaltung des Friedens beteiligt sind. Zum Dialog mit ihnen gibt es früher oder später keine Alternative.

Wenn Jesus uns sagt: "Liebet eure Feinde" (Matth. 5, 44), dann hat das auch mit der Würde zu tun, die Gott jedem Menschen in gleicher Weise verliehen hat. Sie mag geschändet sein durch ungerechte Strukturen und verantwortungslose Menschen oder auch durch eigenes Tun. Es gibt beides. Wer teilnahmslos zusieht, wie die Würde eines Menschen verletzt, wie er gedemütigt wird, verliert selbst ein Stück seiner eigenen Würde. Denn jeder Fußtritt in das Gesicht eines Menschen ist ein Tritt in das Angesicht Gottes. Gott ist in jedem Falle der Anwalt der Gedemütigten. Wir dürfen ihn dabei nicht alleine dastehen lassen. Amen

\*Die Predigt wurde in der Antoniter-Kirche, Köln, am 22.4.2007 gehalten.

Kirchentagspräsident Dr. Reinhard Höppner 1948 Geboren in Haldensleben, 1963-1967 Erweitere Oberschule Elsterwerda mit Abitur und Berufsausbildung zum Elektromonteur, 1967-1971 Studium der Mathematik in Dresden, 1971-1990 Lektor für Mathematik im Akademie-Verlag, Berlin, 1976 Promotion 1990 Vizepräsident der frei gewählten Volkskammer der DDR, 1990-1994 Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag von Sachsen-Anhalt, 1994–2002 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, zunächst Jugendsynodaler in der Synode der Kirchenprovinz Sachsen, seit 1972 Synodales Mitglied der Kirchenleitung, 1980-1994 Präses der Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, seit 1993 Mitglied im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT), 2001 Wahl in den Präsidiumsvorstand des DEKT (mit Elisabeth Raiser und Eckhard Nagel), 2005-2007 Präsident des 31. Deutschen Evangelischen Kirchentages Köln 2007. Reinhard Höppner lebt seit 1978 in Magde-



Aus dem Jahre 1936

### Reich Gottes auf Erden, nicht Religion und nicht Christentum

# Dietrich Bonhoeffer und Christoph Blumhardt

Von Jürgen Moltmann

s ist kaum bekannt, wie stark Dietrich Bonhoeffer von Christoph Blumhardt (1842–1919) und seiner Reich-Gottes-Theologie beeinflusst wurde, und doch sind die Parallelen erstaunlich und unübersehbar. Sie eröffnen eine neue Perspektive auf Bonhoeffers Theologie.

In seiner Restbibliothek fand Frau Dr. Chr. Tietz 3 Blumhardt-Titel: Eine Auswahl aus seinen Predigten, Andachten und Schriften, Erlenbach-Zürich/Leipzig, Bd. 2, 1925, Bd. 3: 1936; Vom Glauben bis ans Ende. Predigten und Andachten, Berlin 1926; Die Heilung der Kranken durch Glaubensgebet – mit Zeugnissen aus der Gegenwart, Leipzig 1922. Dazu: Eduard Thurneyen, Christoph Blumhardt, München 1926.

Es ist anzunehmen, dass Bonhoeffer das Buch von Leonhard Ragaz, Der Kampf um das Reich Gottes in Blumhardt, Vater und Sohn – und weiter, Erlenbach-Zürich, München und Leipzig 1922, kannte, denn das kannte damals jeder junge Theologe. Es war wenigstens so einflussreich wie Karl Barths zweite Römerbriefauslegung, die auch 1922 erschien.

In einer Zeit, in der einige Kirchenvertreter und Theologen die Wiederkehr des "Religiösen" so freundlich begrüßen und die Evangelische Kirche in Deutschland sich als Kulturprotestantismus "der Freiheit" an die moderne Klassengesellschaft anpassen will, ist es notwendig, wieder

die kritischen und zukunftsweisenden Stimmen von Blumhardt und Bonhoeffer zu Gehör zu bringen. Es geht im christlichen Glauben gar nicht um Religion und nicht einmal um das Christentum als Kulturgestalt, sondern zuerst und zuletzt um das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit und zwar auf Erden, auf dieser blutgetränkten und ausgebeuteten, doch geduldigen Erde. Wer an Gott glaubt, trachtet nach dem Reich Gottes? Wo? Doch nicht im Ienseits, sondern hier auf dieser Erde. Wie? Doch nicht nur auf seelische und moralische Weise, sondern auch leiblich und mit allen Sinnen. Wer nach dem Reich Gottes auf Erden trachtet, beginnt an den gottlosen, lebensfeindlichen Zuständen in Religion und Gesellschaft, in Politik und den Verhältnissen der Erde zu leiden und ihnen zu widersprechen: "Jesus ist der Trotz gegen die Armut, gegen Sünde und alles Elend", verkündete Blumhardt<sup>1</sup> und Dietrich Bonhoeffer starb dafür. Wo ist dieser prophetische Protest gegen die Mächte des sozialen, ökonomischen, militärischen und nicht zuletzt des natürlichen Todes im Namen des auferstandenen Christus heute geblieben? Sind wir religiöse "Hinterweltler" und christliche Anpasser geworden? Sind wir zu kirchlichen Besitzstandswahrern verkommen oder warten wir realistisch jeden Tag auf das Kommen des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit? Wer Bonhoeffer oder Blumhardt ernst nimmt, wird sich diesen Fragen stellen.

#### 1. Das Reich Gottes auf Erden

Blumhardt: "Das Ziel war ein irdisches zunächst, nicht, wie wir Christen meinen, ein himmlisches, sondern ein himmlisches auf Erden ... dass auf Erden Gottes Name geheiligt werde, dass auf Erden Gottes Reich sei und auf Erden sein Wille geschehe. Die Erde soll das ewige Leben verkündigen ... Gott auf Erden. Ich habe keinen Gott im Himmel, den haben die Engel, ich will da unten beten. Ich muss Gott da haben. Die Erde ist der Schauplatz des Reiches Gottes ... Denn das Reich Gottes steht in direkter Beziehung zur Erde; das lebt jetzt mit der Erde ... Der Heiland im Diesseits. Das Ziel Gottes ist das Diesseits. Jesus ist der Trotz gegen die Armut, Sünde und alles Elend".2 "Die Natur ist der Schoss Gottes. Aus der Erde wird uns Gott entgegenkommen".3

Bonhoeffer: 1932 hielt der junge Dietrich Bonhoeffer einen großartigen Vortrag über die Bitte: "Dein Reich komme. Das Gebet der Gemeinde um Gottes Reich auf Erden", (Ich zitiere nach der Ausgabe Hamburg 1958). "An das Reich Gottes glauben kann nur, wer die Erde und Gott in einem liebt". Wir sind keine "Hinterweltler". Christentum ist keine "Religion des Hinterweltlertums". "Christus ... führt den Menschen nicht in die Hinterwelten der religiösen Weltflucht, sondern er gibt ihn der Erde zurück als ihren treuen Sohn". Wer Gott liebt, liebt ihn als Herrn der Erde, wie sie ist: wer die Erde liebt, liebt sie als Gottes Erde ... Wer Gottes Reich liebt, liebt es als Gottes Reich auf Erden". "Die Stunde, in der die Kirche heute um das Reich betet, verschwört sie der Treue zur Erde, zum Elend, zum Hunger, zum Sterben".4

Blumhardts und Bonhoeffers theologische Treue zur Erde ist eine Antwort auf Nietzsches Zarathustra-Anklage und zugleich eine Kritik an der christlichen Erlösungsreligion, der Seligkeitsfrömmigkeit des 19. Jahrhunderts und der Reduktion des Heils auf das Seelenheil des Individuums. Gegen die Parole "Nur selig" wurde in Möttlingen und Bad Boll das Jesuswort

g e s e t z t : "Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes ..." und das Reich Gottes enthält auch das Sozialheil und das Heil der Erde.<sup>5</sup>

"Was heißt nun 'religiös interpretieren"", fragte



Jürgen Moltmann

Bonhoeffer und antwortete: "Es heißt m.E. einerseits metaphysisch, andererseits individualistisch reden ... Gibt es im Alten Testament die Frage nach dem Seelenheil überhaupt? Ist nicht die Gerechtigkeit und das Reich Gottes der Mittelpunkt von allem?"<sup>6</sup> Damit werden die Parallelen wörtlich:

Blumhardt: "Das Jenseits ist uns verschlossen: Gott hat uns keinen Blick dahin gegeben. Warum denn? Offenbar, weil wir den Blick auf das Diesseits richten sollen, damit hier auf Erden Wahrheit und Recht Gottes zu Ehren bringen".<sup>7</sup>

Bonhoeffer: "Nicht um das Jenseits, sondern um diese Welt, wie sie geschaffen, erhalten, in Gesetze gefasst, versöhnt und erneuert wird, geht es doch. Was über die Welt hinaus ist, will im Evangelium für diese Welt da sein".8

Die heutige religiöse Rede vom Transzendenzbezug des Einzelnen und von dem gewissen Etwas, das nicht in dieser Welt aufgeht, erfüllt genau die Kritik Blumhardts an der Jenseitssehnsucht der Erlösungsreligion und Bonhoeffers Kritik am "Hinterweltlertum" religiöser Weltflucht.

2. Auferstehung gegen den Tod

a) Blumhardt: Im Zentrum der Reich-Gottes-auf-Erden-Hoffnung Blumhardts steht nicht der kantianische Idealismus des liberalen deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts, sondern die Überwindung des Todes in der Auferstehung Christi von den Toten. Damit ist dem Todesschicksal der Kampf angesagt: "Wir sind Protestleute gegen den Tod", denn "der Tod wird nicht mehr sein" (Ofb21, 4). Der lebendige Gott und der Tod sind unvereinbare Gegensätze. Darum gehört die Hoffnung der Auferstehung zum Trachten nach dem Reich Gottes, und die Aufhebung des Todes ist unveräußerlicher Bestandteil des Reiches Gottes. Es ist der Fehler der Erlösungsreligion, sich mit dem Tod abzufinden und das ewige Leben erst jenseits des Todes in einem Himmel der Seligen zu erwarten. Mit der Auferstehung Christi beginnt dagegen schon jetzt die Reinigung der Erde vom "Sünden- und Todeswesen", es beginnt die neue Welt Gottes mitten in der alten. "Der Tod als Götze der Christenheit. Die liebe Christenheit strömt dem Tod entgegen als ihrem eigentlichen Erlöser, ihrem Götzen, dem sie ihre Lieder und Gebete opfert ... Dagegen helfen natürlich alle Worte der Schrift nichts: Jch will den Tod verschlingen ewiglich ...', Tod, wo ist dein Sieg? Hölle, wo ist dein Stachel?", beklagte Blumhardt ironisch.9

b) Bonhoeffer: Christen sind der Erde treu, weil sie "unverwandt ihren Blick heften auf den seltsamen Ort in der Welt, an dem sie die Durchbrechung des Fluches, das tiefste Jasagen Gottes zur Welt staunend vernehmen, ... an die Auferstehung Christi. Hier ist das Wunder schlechthin ge-

schehen. Hier ist das Todesgesetz zerbrochen, hier kommt das Reich Gottes selbst auf Erden zu uns". 10 Dann folgt der für Bonhoeffer bis in seinen Tod hinein grundlegende Satz: "Gottes Reich ist das Reich der Auferstehung auf Erden".11 In den Briefen aus dem Gefängnis kommt er darauf zurück: "Nun sagt man, das Entscheidende sei, dass im Christentum die Auferstehungshoffnung verkündet würde, und dass damit eine echte Erlösungsreligion entstanden sei. Das Schwergewicht fällt nun auf das Jenseits der Todesgrenze. Und eben hierin sehe ich den Fehler ... Die christliche Auferstehungshoffnung unterscheidet sich von der mythologischen darin, dass sie den Menschen in ganz neuer und gegenüber dem Alten Testament noch verschärfter Weise an sein Leben auf der Erde verweist". 12 Bonhoeffers "Weltlichkeit" ist darin eine "echte Weltlichkeit", dass in ihr "die Erkenntnis des Todes und der Auferstehung immer gegenwärtig ist".13

Blumhardt bedachte die Auferstehung Christi von Gott her als das "vernichtende Nein zu allen gottwidrigen Mächten" des Bösen und des Todes. Darum beginnt das Reich Gottes auf Erden mit der Auferstehung Christi. Bonhoeffer ist ihm darin gefolgt. Für beide gilt, dass die Auferstehung Christi nicht nur eine "Auferstehung von den Toten" und damit der Anfang der universalen menschlichen Totenauferstehung ist, sondern mehr noch die kosmische Vernichtung des Todes und damit der Anfang der diachronen Vertreibung des Todes aus der ganzen Schöpfung ist. Wenn der Tod nicht mehr sein wird und die Hölle zerstört ist, löst sich das alte und viel umstrittene Problem, ob am Ende alle gerettet werden oder nur wenige, von selbst.

Wenn die Auferstehung Christi der geschichtliche Anfang der Totenauferstehung und der neuen Welt Gottes mitten in der al-



Situry blimped.

ten ist, dann muss es hier schon weitergehen und die Vollendung kann nicht auf einen St. Nimmerleinstag verschoben werden. Für Blumhardt geht die Auferstehung Christi weiter in ihren Zeugen, in denen sich die Auferstehung dadurch "wiederholt", dass sie Erneuerung ihres Lebens erfahren: "Das ist einer, in dem etwas Neues geboren ist".<sup>14</sup>

Blumhardt lebte mit der Gewissheit "Jesus kommt" in einer Naherwartung der Wiederkunft Christi, die nicht zeitlich bemessen ist, sondern durch die *Gegenwart des auferstandenen Christus* bestimmt wird. Die Zukunft Christi wird in der wiedergeborenen Hoffnung zu einer gegenwartsbestimmenden Macht, ohne aufzuhören, ausstehende Zukunft zu sein, und die Gegenwart Christi wird zu einer zukunftseröffnenden Macht, ohne aufzuhören, Gegenwart zu sein.

"So müssen wir auf die Zukunft Jesu Christi hin gerichtet sein, die nicht bloß eine Zukunft ist, sondern eine Gegenwart, eben in dem, dass in unserem Herzen seiner gewartet wird".15 "Denn sein Kommen dürfen wir nicht bloß als ein am Ende der Tage erscheinendes erwarten, sondern allezeit muss es in unserem Leben ein Bild des kommenden Heilands geben ...". 16 Die Verheißung "Siehe, ich komme bald" ist keine zeitliche Datierung, sondern eine Zusage der Intimität, die alle menschlichen Sinne für die ankommende Zukunft Christi auf Erden und die neue Welt Gottes öffnet. Es ist die gleiche Intimität, die in Jesu Verkündigung steckt: Das Reich Gottes ist "nahe" herbeigekommen.

3. Das Reich Gottes auf Erde – die Erde im Reich Gottes

Blumhardt stellte sich das Reich Gottes theokratisch vor: Gott regiert, sein Wille geschieht. Wenn wir Gottes Reich mit Gottes Herrschaft übersetzen, denken wir es

ebenso theokratisch. "Gottes Reich, was ist es? Reich Gottes ist die Kraft Gottes, die Regiment Gottes, ist Lebensoffenbarung Gottes, ist die Schaffung neuer Herzen, neuer Gesinnungen und neuer Gefühle, dass wir aufs Rechte hingelenkt werden. Reich Gottes – ach wer kann es fassen, wenn Gott regiert".<sup>17</sup>

Bonhoeffer verstand das Reich und den Willen Gottes in der Geschichte anders: "Die Religiosität des Menschen weist ihn in seiner Not an die Macht Gottes in der Welt... Die Bibel weist den Menschen an die Ohnmacht und das Leiden Gottes: nur der leidende Gott kann helfen". Er nannte es "das Hineingerissenwerden in das messianische Leiden Gottes in Jesus Christus"18 und in seinem Gedicht "Christen und Heiden" rief er die Christen in die Gemeinschaft mit dem leidenden Christus: "Christen stehen bei Gott in seinem Leiden".19 Bonhoeffer versteht das gegenwärtige Reich Gottes passionstheologisch als Nachfolge Christi. "Nicht der religiöse Akt macht den Christen, sondern das Teilnehmen am Leiden Gottes im weltlichen Leben".20

Sind das Widersprüche oder kann man die theokratische und die passionstheologische Auffassung des Reiches Gottes auf einen Nenner bringen? Blumhardt lebte und dachte in der Gegenwart des auferstandenen Christus, Bonhoeffer nahm in der Gegenwart des Gekreuzigten an den "Leiden Christi" teil. Für heide war das kommende Reich Gottes in der Christusgemeinschaft präsent. Was folgt daraus für das Verständnis des Reiches Gottes? Die Gemeinschaft mit dem gekreuzigten und auferstandenen Christus kann theokratisch als die "Herrschaft Christi" erfahren und verstanden werden. Sie wird tiefer erfahren und verstanden, wenn auf die mystischen Momente der wechselseitigen Einwohnung geachtet wird: Wir in Christus - Christus in uns (2 Kor 5, 17; Gal 2, 20). Dann entsteht eine gegenseitige Teilnahme: Christus nimmt an unserem Leben teil und trägt uns- wir nehmen an seinen Leiden und seinen Überwindungen teil. Man bezeichnet diese wechselseitige Einwohnung und gegenseitige Teilnahme mit einem Begriff aus der alten Kirche als Perichoresis. Was folgt daraus für das Verständnis des Reiches Gottes auf Erden? Wenn die Christusherrschaft zur Gottesherrschaft vollendet wird, entsteht eine universale, kosmische Perichoresis: "Und Gott wird bei ihnen wohnen" (Ofb 21, 3) und Gott "wird alles in allen sein" (1 Kor 15, 28). Und alle Dinge werden in Gott sein, in seiner Ewigkeit geborgen und in seinem weiten Raum zur Entfaltung kommen. Gott wird auf göttliche Weise seiner neuen Welt einwohnen und seine neue Welt auf ihre weltliche Weise Gott einwohnen. An Stelle des theokratischen Begriffs des Reiches Gottes entsteht dann eine perichoretische Vorstellung vom Reich Gottes und der neuen Welt. Von diesem perichoretischen Begriff des kommenden Reiches gibt es einen Vorgeschmack und Anfang in der erfahrenen und gegebenen Liebe: "Wer in der Liebe bleibt, der bleibt in Gott und Gott in ihm" (1 Joh 4, 16). In der Vision der wechselseitigen Durchdringung von dem lebendigen dreieinigen Gott und der neuen, ewigen Schöpfung erfüllen sich die alttestamentlich-jüdische Vorstellung von der Schechina des Ewigen und die christliche Vorstellung von der Fleischwerdung des ewigen Logos auf kosmische Weise. Bei Blumhardt und Bonhoeffer tauchen diese eschatologischen Gedanken nicht auf, aber ihre theologischen Einsichten laufen auf sie hinaus.

#### Anmerkungen

1 L. Ragaz, a.a.O. 60 (als RG abgekürzt). 2 RG 55 f.

3 J. Harder (hg), Christoph Blumhardt. Ansprachen, Predigten, Rede, Briefe 1865 – 1917, Band 2, 1978, 295.

4 D. Bonhoeffer, Dein Reich komme. Das 5. Gebet der Gemeinde um Gottes Reich auf Erden, Furche-Verlag Hamburg 1957, 8.9. RG61

6 Widerstand und Ergebung. Briefe und 7 Aufzeichnungen aus der Haft, hg. E. Bethge, München 1951, 184 (als WE abgekürzt).

8 RG 57.

9 WE184.

10 RG 57.

11 Dein Reich komme, a.a.O. 13.

12 Ebd. 12.

13 WE226.

14 WE248.

15 RG119.

16 RG148.

17 RG 149.

18 RG55.

19 WE242.

20 WE247.

21 WE 244.

Zum perichoretischen Begriff des Reiches Gottes vgl. J. Moltmann, Das Kommen Gottes. Christliche Eschatologie, Gütersloh 1995, 348 f.

Jürgen Moltmann wurde am 8.April 1926 in Hamburg geboren. Er begann das Studium der Evangelischen Theologie als Kriegsgefangener 1947 in England und setzte es nach seiner Rückkehr 1948 an der Universität Göttingen fort. 1952 schloß er sein Studium mit dem 1. theologischen Examen und der Promotion zum Dr. theol. ab. Als Pfarrer und Studentenpfarrer arbeitete er 1952–1958 in Bremen. 1957 habilitierte er sich in Göttingen. 1958 wurde er Professor an der Kirchlichen Hochschule in Wuppertal. 1963 nahm er

#### Dietrich Bonhoeffer und Christoph Blumhardt

einen Ruf auf den Lehrstuhl für Systematische Theologie und Sozialethik an der Universität Bonn an. Seit 1967 ist er Professor für Systematische Theologie an der Universität Tübingen. 1994 wurde er dort emeritiert. Seit 1971 erhielt er zahlreiche Preise und Ehrungen, vielfach auch die Ehrendoktor-Würde von Universitäten verschiedener Länder. Professor Moltmann ist mit Dr. theol. Elisabeth Moltmann-Wendel verheiratet. Sie haben vier Kinder.

J. Moltmann war in den fünfziger Jahren Mitglied der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland. Von 1959 bis 1968 war er Mitherausgeber der Deutsch-Polnischen Hefte und setzte sich für die Verständigung mit Polen ein. Mit der Paulus-Gesellschaft nahm er an den christlich-marxistischen Dialogen teil, zuletzt in Marienbad 1968. Er war 20 Jahre lang Mitglied in der Ökumenischen Kommissi-

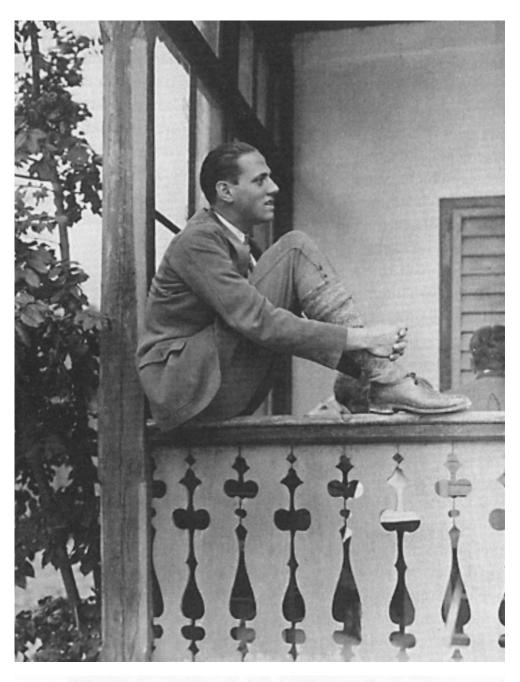
on "Faith and Order" und hat an vielen ökumenischen Konferenzen aktiv teilgenommen. Nach dem Tod des Begründers Ernst Wolf wurde er Herausgeber der Zeitschrift Evangelische Theologie. Von 1977-1991 war er Vorsitzender der Gesellschaft für Evangelische Theologie. Er gehörte von 1979-1994 zum Direktorium der katholischen Zeitschrift Concilium und gab mit Hans Küng die Hefte zur Ökumene heraus.

Seine Bücher sind in die führenden Weltsprachen übersetzt: Theologie der Hoffnung, 1964; Der gekreuzigte Gott, 1972; Kirche in der Kraft des Geistes, 1975; Trinität und Reich Gottes, 1980; Gott in der Schöpfung, 1985; Der Weg Jesu Christi, 1989; Der Geist des Lebens, 1991; Das Kommen Gottes, 1995; Erfahrungen theologischen Denkens, 1999; Gott im Projekt der Modernen Welt, 1997.

"Das Wichtigste am neuen Jerusalem und den neuen Gottesvölkern ist die neue Gegenwart Gottes, die in der Einwohnung seiner unvermittelten und unmittelbaren Herrlichkeit besteht. Die einwohnende Gegenwart macht Himmel und Erde neu und ist auch das eigentlich Neue im neuen Jerusalem. Gott will bei ihnen wohnen. Das ist die kosmische Schechina." (S. 348)

"In den letzten Visionen der Offenbarung kommt der Himmel auf die Erde. Die Erde wird zur Stadt, die das Paradies in sich enthält. Diese Stadt wird zum offenen Platz für alle. An diesem Platz kommt die Schechina Gottes endgültig zur Ruhe. In ihrer Ruhe finden alle Geschöpfe ihr ewiges Glück. Danach rufen "der Geist und die Braut" in der Unruhe der Geschichte und in den Leiden dieser Zeit. Offb. 22. 17." (S. 349)

Aus: Das Kommen Gottes. Christliche Eschatologie



Helmuth James von Moltke in Grundlsee im Hotel «Seeblick», Sommer 1928

Motive und Vermächtnis\*

# Helmuth James von Moltke – ein Mann des protestantischen Widerstands

Von Günter Brakelmann

I s hat viele Formen und Gesichter des Widerstandes gegeben, und es sind viele Wege gewesen, die zu ihm geführt haben.

Der Spross eines alten Adelsgeschlechtes mit einigen berühmten Namen hochrangiger Militärs ist schon in seiner Jugend als Schüler und Jurastudent einen eigenen, für seine Schicht weithin unüblichen Weg gegangen. Der 1907 geborene Erbe des Kreisauer Gutes in Niederschlesien gehört zu der Minderheit, die sich politisch, sozialund gesellschaftspolitisch für die Weimarer Republik gegen ihre rechtsnationalistischen Feinde in Wort und Tat engagiert hat. Der Untergang der Republik als eines demokratischen Rechts- und Sozialstaates durch die wütenden Angriffe der völkischnationalen Bewegungen, schließlich unter der Führung der NSDAP und ihres Führers, gehört für den 1933 gerade 25 jährigen Referendar in Berlin zu den Intellekt. Geist und Seele schmerzenden Erfahrungen. Seine Mutter Dorothy von Moltke, eine englische Demokratin aus Südafrika, hat in ihren Briefen an ihre Eltern die Geistes- und Gemütslage ihrer Familie unter den Bedingungen der Spätphase der Republik und der Anfangsphase der NS-Zeit dramatisch beschrieben. Während der größere Teil ihres Standes das Ende der Republik und den Aufbau eines autoritären und bald totalitären Systems nach der Logik einer Weltanschauung, die einen radikalen Bruch mit der deutschen und europäischen Aufklärung wollte, emphatisch begrüßte, war man in Kreisau verzweifelt über den Abbau der Rechtsstaatlichkeit und über den organisierten Terror gegen Andersdenkende. Die zur Herrschaft über alle Bereiche des Lebens drängende nationalsoziali-Weltanschauung stische antiaufklärerisch, antiliberal, antisozialistisch und antisemitisch. Die Moltkes waren von diesen "Antis", die in der deutschen Ideen- und Mentalitätsgeschichte eine große Rolle gespielt haben, nie berührt worden. Das NS-System war ihnen nicht nur fremd, sondern von Anfang an Inbegriff geistiger und politischer Perversion.

Der junge Referendar konnte nicht in den Dienst eines Machtsystems eintreten, das normative Bindungen ablehnte und ein Recht entwickelte, das als Führerrecht keiner Kontrolle und Begrenzung unterlag. Wenn Führerwort und Führerbefehl geltendes Recht setzte, war dieses Recht zur Waffe für politische Zwecke funktionalisiert worden. Völlig unverständlich waren dem jungen Juristen die zustimmende Interpretation des neuen Rechts-Dezisionismus durch bekannte Verfassungsrechtler und die widerspruchslose Anwendung dieses Rechtes durch die Mehrheit der Juristen im Amt. Wenn die Kreisauer später in ihren "Grundsätzen für die Neuordnung" vom 9. August 1943 als erstes Ziel formulierten, "das zertretene Recht muss wieder aufgerichtet und zur Herrschaft über alle Ordnungen des menschlichen Lebens gebracht werden", so ist dies ein entscheidendes Motiv für ihren Widerstand gewesen. Moltke

und seine Freunde wollten nach den Erfahrungen totalitärer Rechtswillkür zurück zu einer Rechtsordnung, die auf dem *Fundament von Grund- und Menschenrechten* basierte, die nicht von staatlichen Machtinteressen und politischen Nützlichkeitserwägungen aufgehoben werden konnten.

Es ist folgerichtig, wenn die Kreisauer der totalitären *Herrschaftspraxis* eine Neubestimmung des Staates entgegensetzen:

"1. Es ist nicht Bestimmung des Staates, Menschen zu beherrschen und durch Gewalt oder Furcht vor Gewaltanwendung zu zügeln, vielmehr ist es die Bestimmung des Staates, die Menschen in eine solche Beziehung zueinander zu bringen und sie darin zu erhalten, dass der Einzelmensch von jeder Furcht befreit in voller Sicherheit und doch ohne Schaden für seinen Nächsten zu leben und zu handeln vermag. 2. Es ist nicht die Bestimmung des Staates, Menschen zu wilden Tieren oder zu Maschinen zu machen, vielmehr ist es die Bestimmung des Staates, dem Einzelmenschen die Mittel für alle höheren Zwecke bereitzustellen, ohne der Wirtschaft Einfluss auf den Inhalt dieser Zwecke zu gestatten.

Mit diesen Motiven und Zielen sind die moralischen Grundlagen mitformuliert: die Gebundenheit des einzelnen an Werte, die das eigene und gemeinsame Leben als ein menschliches und mitmenschliches ermöglichen, ein Freiheitsbewußtsein, das sich mit Verantwortungsbewusstsein verschränkt, die Gewissens- und Handlungsorientierung an klaren Maßstäben: "Ja musss wieder Ja werden und Nein Nein, Gut muss wieder ein Absolutum werden und das Böse ebenfalls."

Als die politischen Großziele auf dem Fundament dieser Wertentscheidungen, die alle das Gegenbild der eigenen und gemeinsamen schmerzhaften Erfahrungen in ideologiegesteuerter Wirklichkeit sind, ergeben sich als perspektivische "geistige Entwicklungsrichtungen":

- Das Ende der Machtpolitik
- Das Ende des Nationalismus
- Das Ende des Rassegedankens
- Das Ende der Gewalt des Staates über den Einzelnen

Diese politisch anzustrebenden strategischen Ziele setzen die notwendigen Zwischenschritte frei:

- Machtpolitik von nationalistisch und imperialistisch agierenden Staaten ist nur zu überwinden durch die Entwicklung einer neuen europäischen Gesamtordnung, die die Staaten in ein Netz von rechtlich geregelten Beziehungen bringt
- Wenn Rassismus als eine biologisch-materialistische Sicht des Menschen die Begründung und Legitimierung der Ungleichheit der Menschen und ihrer Ethnien ist, wenn die behauptete kulturelle Minderwertigkeit die Begründung ihrer Beherrschung durch selbsternannte Stärkere ist, dann kann gegen diese rassistische Argumentation nur eine anthropologisch-ethische Position angehen, die von einer schöpfungsgegebenen Gleichwertigkeit aller Menschen und von der Unzerstörbarkeit ihrer Naturrechte ausgeht
- Der unbegrenzten Gewalt des Staates über seine Staatsbürger kann nur ein Ende gemacht werden, wenn diese selbst in unmittelbarer Mitverantwortung für ihre engeren Lebensräume stehen und ihren Einfluss auf die größeren Lebensräume durch frei gewählte Vertreter ihres Vertrauens geltend machen. Nur so haben weder der Obrigkeitsstaat noch der autoritäre und totalitäre Staat eine Chance.

Als geistig-moralisches Unterfutter für dieses Bündel an Motiven und Zielen formulieren Moltke und die Kreisauer vier konstitutive *Grundelemente*:

#### Helmuth James von Moltke - ein Mann des protestantischen Widerstands

- Die christliche Religion
- Die humanistische Bildung
- Die sozialistische Gesinnung
- Die historische Bindung

Dass das Christentum, seine Anthropologie, Ethik und Sozialethik, das Fundament für die Zeit nach dem Nationalsozialismus und nach dem Krieg werden sollten, war gemeinsame Auffassung aller Kreisauer.

Dass Bildung nicht nur formale Berufsausbildung sein kann, sondern auch die Kenntnis von Religion, Philosophie, Literatur, Kunst und Musik einschließt, war ihnen ebenso gemeinsame Überzeugung. Die Kenntnis des kulturgeschichtlichen Erbes hielten sie für einen wichtigen Baustein auf dem Wege des Menschen zu seiner Menschwerdung.

Mit sozialistischer Gesinnung ist die Überwindung eines Denkens gemeint, das den Einzelnen mit seinen materiellen Interessen in den Mittelpunkt stellt, das den Nächsten als ornamentale Beigabe begreift, aber nicht als fundamentale Voraussetzung der eigenen Existenz begreift. Es geht ihnen um die Verschränkung von Personalismus und Solidarität.

Die historische Bindung besagt, dass nur ein reflektiertes kritisch-konstruktives Wissen um die Herkunft Gegenwart und Zukunft verantwortlich gestalten lässt.

Also:

- der religiös gebundene Mensch
- der kulturell gebildete Mensch
- der sozial verpflichtete Mensch
- der geschichtsbewußte Mensch

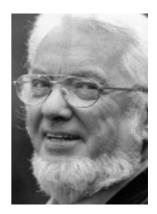
Diese Anthropologie, Ethik und Sozialethik sind genau das Gegenteil zur *NS-Ideologie* mit ihrem

- antichristlichen Menschen- und Weltverständnis,
- mit ihrem die j\u00fcdisch-christliche Tradition und den europ\u00e4ischen Geist der Aufkl\u00e4rung negierenden Geist,

- mit ihrem instrumentellen Ausrichten des Menschen auf kollektivistischmessianische Ziele,
- mit ihrer militant-aggressiven Erziehung zu Heroismus und Herrenmenschen ...

Es war dieser Geist des Nationalsozialismus, der an der Wiege der NS-Politik steht und die praktische Politik vitalisiert und radikalisiert hat – dieser Ungeist war für Moltke das eigentliche Ziel seines *Wider*-

standes aus anderem Geist. Er hat sich selbst in der epochalen Entscheidungssituation gesehen, die zukünftige Welt von den Mächten eines ungehemmten biologistischen und vitalistischen



Günter Brakelmann

Denkens und eines unbegrenzten politischen Herrschaftswillens bestimmen zu lassen oder im Rückgriff auf christliche und humanistische Wertentscheidungen, die nicht situationsgebunden sind und je nach Machtinteressen aufgehoben werden können, eine neue Lebensordnung aufzubauen, Grundrechte und Grundfreiheiten können nach seiner Überzeugung in keiner historischen Situation zur Disposition gestellt werden. Den Männern und Frauen, die sich gewissensmäßig an diesen Wertekanon gebunden wussten, ging es nicht in erster Linie um eine Kritik an einzelnen Maßnahmen des NS-Führerstaates, sondern um die Beseitigung jeglicher Kontinuität seiner Theorie und Praxis für die zueuropäische deutsche und künftige

Geschichte, einschließlich der ideen- und mentalitätsgeschichtlichen Voraussetzungen, die zu ihm geführt hatten. Eine Neugeburt Deutschlands aus anderem Geist nach der Katastrophe schloss die inhaltliche Kritik an deutscher Philosophie, an deutscher Staats- und Verfassungslehre, an intoleranten Positionen des Konfessionalismus, an ideologischen Parteidoktrinen und am unsolidarischen Klassendenken des Besitz-und Bildungsbürgertums in der Zeit vor dem Nationalsozialismus mit ein. Die gesamte deutsche Geschichte stand für den Widerstand der Kreisauer auf dem Prüfstand. Nur die gelungeneren Traditionen waren erbfähig.

Der Weg, den Moltke im Widerstand gegangen ist, lässt sich anhand der zahlreichen Kreisauer Texte und seiner Briefe an seine Frau Freya nachzeichnen. Anfang des Krieges wird er, der den Krieg von Anfang an für eine Katastrophe hält, dienstverpflichtet ins Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) unter Admiral Canaris und arbeitet als ausgewiesener Experte für internationales Privatrecht und Völkerrecht in der "Beratungsstelle für Völkerrecht". Hier versucht er angesichts sich brutalisierender Kriegsführung Widerstand gegen Verletzungen des Völker- und Kriegsrecht der deutschen Armee zu leisten. Gegen die Besatzungspolitik, gegen die Behandlung der Kriegsgefangenen, gegen die Mordbefehle des Führers in einem Unterdrückungs- und Ausbeutungskrieg schreibt er eine Menge von Rechtsgutachten, immer mit der Tendenz. Menschenleben zu retten. Das Schlimmste zu verhüten, "unnütze Zerstörung zu vermeiden" wird seine Berufspraxis. Manchmal erringt er sogar einen Sieg, aber im Ganzen ist er im Zentrum der militärischen Macht machtlos. So schreibt er am 22. April 1940:

"... heute war wieder ein entsetzlicher Tag, weil wir jetzt anfangen uns in Norwegen zu benehmen wie in Polen ... und das alles macht das Militär mit. Ich bin grässlich niedergeschlagen."

Als ein im Amt machtloser Mann im Vorzimmer der Mächtigen beginnt Moltke mit dem Aufbau eines Freundeskreises, dem bald Katholiken, Protestanten und Sozialdemokraten angehören. Das Doppelspiel beginnt: im Beruf trotz aller Widerständigkeit im Einzelnen ein Mitträger im System, in der Konspiration als Einzelperson immer mehr ein Mann des konsequenten Widerstandes. Mit seinen Freunden zusammen leistet er in den folgenden Jahren eine Riesenarbeit in den Entwürfen für ein anderes, ein neues Deutschland nach der Katastrophe. Um diese Existenz zwischen beruflicher Belastung und konspirativer Arbeit durchzuhalten, sucht er in Phasen seelischer Depression und körperlicher Krankheit seinen inneren Frieden im geliebten Kreisau zu finden. Er weiß, was durch Deutsche im In- und Ausland geschieht:

Am 21. Oktober 1941 schreibt er über Morde in Serbien, in Griechenland und Frankreich:

"So werden täglich sicher mehr als tausend Menschen ermordet und wieder Tausende deutscher Männer werden an den Mord gewöhnt. Und das ist alles noch ein Kinderspiel gegen das, was in Polen und Russland geschieht. Darf ich denn das erfahren und trotzdem in meiner geheizten Wohnung am Tisch sitzen und Tee trinken? Mach ich mich damit nicht mitschuldig? Was sage ich, wenn man mich fragt: und was hast Du während dieser Zeit getan?

Seit Sonnabend werden die Berliner Juden zusammengetrieben; abends ... werden sie abgeholt und über Nacht in eine Synagoge gesperrt. Dann geht es mit dem,

was sie in der Hand tragen können, ab nach Litzmannstadt und Smolensk. Man will es uns ersparen zu sehen, dass man sie einfach in Hunger und Kälte verrecken lässt ... Wie kann jemand so etwas wissen und dennoch frei herumlaufen? Mit welchem Recht? Ist es nicht unvermeidlich, dass er dann eines Tages auch dran kommt und dass man ihn auch in die Gasse rollt? – Das alles sind ja nur Wetterleuchten, denn der Sturm steht vor uns. - Wenn ich nur das entsetzliche Gefühl loswerden könnte. dass ich mich selbst habe korrumpieren zu lassen, dass ich nicht scharf genug auf solche Sachen reagiere, dass sie mich quälen, ohne dass spontane Reaktionen entstehen. Ich habe mich selbst verzogen, denn auch in solchen Sachen reagiere ich über den Kopf. Ich denke über eine mögliche Reaktion nach, statt zu handeln."

Eine harte, illusionslose Selbstkritik, die das ganze innere Dilemma gerade derer entlarvt, die auf den Sturz des Systems hinarbeiten. Auch und gerade im Widerstand bleibt das Gewissen angeschlagen, da man nicht unmittelbar in der Lage ist, den Verbrechen ein Ende zu machen. Die, die es von ihrer realen Macht her könnten, tun es nicht: die höheren Militärs. Es bleibt nichts anderes übrig, als dass eine Handvoll von Zivilisten und Soldaten in unteren Rängen ihre Widerstandsarbeit verstärkt, um das Regime und seinen Führer zu stürzen. Zur Enttäuschung über das zögerliche Verhalten der Militäropposition kommt das Wissen hinzu, dass die Mehrheit der Beamten und der Wirtschaftsführer, aber auch des Volkes Hitler hörig und Hitler treu ist. Gelegentliche Kritik und Unmutsäußerungen ändern nichts an dieser Tatsache. Die Frauen und Männer des Widerstandes haben immer gewusst, dass sie in der Armee und in der Bevölkerung eine ganz kleine Minderheit waren. Resignation hätte nahe

gelegen. Aber trotz aller Enttäuschungen und Rückschläge machten sie weiter. Ein verwundetes Gewissen kann nicht zusehen, wie die Opfer eines sinnlosen Krieges von Tag zu Tag größer werden.

Moltke, ein ständig reflektierender, skrupulöser Mensch erklärt in einem *Brief vom* 11. Oktober 1941 seiner Frau seine Grundhaltung:

"Die Erkenntnis, dass das, was ich tue, sinnlos ist, hindert mich nicht, es zu tun, weil ich viel fester als früher davon überzeugt bin, dass nur das, was man in der Erkenntnis der Sinnlosigkeit allen Handelns tut, überhaupt einen Sinn hat ."

Dieser Satz kann ein Spitzensatz für unser Verstehen heute sein. So kann nur ein Ohnmächtiger sprechen, der aber bereit bleibt, das ihm doch Mögliche auch im Umgriff des großen Unsinns zu tun. Er kann das sich immer schneller drehende Rad des Bösen nicht aufhalten, aber er kann wenigstens einige Menschen davor bewahren, überrollt zu werden.

Am Anfang des erwähnten Briefes steht die Mitteilung, dass er vor kurzem mit dem Kriegsverwaltungsrat Carlo Schmitt, sonst Professor in Tübingen, eine zweistündige "konzentrierte und befriedigende" Unterredung über die Frage der Religion gehabt habe. Und bei der Gelegenheit eines nächtlichen und morgendlichen Nachdenkens über den Krieg und Kreisau, so heißt es weiter, "...wurde ich mir einer Wandlung bewusst, die während des Krieges in mir vorgegangen ist und die ich nur einer tieferen Erkenntnis christlicher Grundsätze zuzuschreiben vermag."

In der Tat: die Kriegserfahrungen und die Arbeit im Widerstand haben Moltke in ein neues Verhältnis zur christlichen Botschaft gebracht. Texte der *Bibel und auch Gesangbuchlieder* spielen bei ihm eine immer größere Rolle für den geistig-seeli-

schen Haushalt. Die Geschichten der Bibel werden neu entdeckt als Interpretation, als Verständnishilfen für die Gegenwart Alle aktuell relevanten Themen und Situationen haben in der Tat ihre literarisch-theologische Vorschattung in biblischen Texten. Letztere werden ohne aufwendige wissenschaftliche Exegese unmittelbar verständlich. Die Wahrheit der alten Texte wird ohne Umwege evident für die eigene zeitgenössische Wirklichkeit. Das eigene Leben findet sich wieder in theologisch und anthropologisch gestalteten Texten uralter Traditionen. Das Verstehen der Gegenwart wird durch biblische Bilder und Symbole vermittelt.

Wie er durch fast tägliches Lesen der Bibel Tiefenschärfe zur Beurteilung seiner Gegenwart gewinnt und die eigene Existenz religiös zu verstehen beginnt, so entdeckt er auch die Realität der Kirche als Gemeinde. "Religion" wird bei ihm "das Zusammenspiel von bibelorientierter Verkündigung, von christlich-humanistisch geprägter Kultur in Bildung und Erziehung wie von wertgebundener Politik. Religion ist für ihn die umfassende und alles durchdringende Weise, konkrete Verantwortung für Recht und Humanität in dieser Welt zu übernehmen. Religion ist Christsein im Hören auf das Wort Gottes und zugleich politisches Handeln im Dienst eines human und gerecht geordneten Gemeinwesens." (G.B.)

Moltke ist ein Beispiel für Menschen, die im Widerfahrnis der NS-Zeit und des Krieges sich – immer im Dialog mit Freunden – hindurcharbeiten zu einem *neuen religiösen Selbstverständnis*. Am Ende stand für ihn und die meisten seiner Kreisauer Freunde "der radikale Gegensatz: entweder Gott oder Abgott, Christus oder Antichrist. Eine religiöse Zeit- und Geschichtsdeutung gab ihnen praktisch-politisch die Kraft, die

harte Arbeit im Widerstand durchzustehen. Die Gewissheit, als glaubende Christen für reale Humanität in der Zukunft einzustehen, ließ sie in ihrer Ohnmacht auch das Opfer des eigenen Lebens bejahen. Auch im möglichen Scheitern war ihnen das mögliche und schließlich gewiss werdende Opfer ein Zeichen zukünftiger Hoffnung." Moltke, im Januar 1944 verhaftet, steht ein Jahr später zusammen mit dem Jesuiten Alfred Delp vor Freisler. Dieser schreit Delp an: "Von wem nehmen sie ihre Befehle? Vom Jenseits oder von Adolf Hitler? ... Wem gilt Ihre Treue und Ihr Glaube?" Delp und Moltke, die nebeneinander in Zellen liegen und sich mit Hilfe der beiden Gefängnispfarrer Harald Poelchau und Peter Buchholz durch Kassiber verständigen können, merken sehr schnell, dass es Freisler in dem Volksgerichtshofprozeß um den Gegensatz von Christentum und Nationalsozialismus geht. Es geht ihm um ein radikales Entweder-Oder zwischen beiden. Der Führer der NSDAP ist Kern und Stern der Orientierung aller Deutschen im Denken wie im Handeln. Es wird von Freisler ein unversöhnlicher und daher unbarmherziger Antagonismus formuliert. Die Kirche mit ihrer Verkündigung der Gebote Gottes und des Evangeliums ist für ihn schon allein durch ihr Dasein eine Provokation des NS-Systems mit seinem Anspruch auf weltanschauliche und politische Alleinrichtigkeit, repräsentiert durch ein charismatisches Führertum und ein folgsames Richtertum.

Das Erregende am Ende: Freisler selbst gibt zu, dass das letzte Motiv der Verschwörer um Moltke ein christliches und universal-humanistisches Motiv gegen die Exklusivität des NS-Systems und seines Geistes gewesen ist. Er gibt zu, dass Christentum und Kirchen die eigentlichen Wi-

dersacher des Nationalsozialismus gewesen sind.

Seine eigene Situation vor dem Sterben hat Moltke so interpretiert:

"... und dann wird Dein Wirt ausersehen, als Protestant vor allem wegen seiner Freundschaft mit Katholiken attackiert und verurteilt zu werden, und dadurch steht er vor Freisler nicht als Protestant, nicht als Großgrundbesitzer, nicht als Adliger, nicht als Preuße, nicht als Deutscher ..., sondern als Christ und sonst gar nichts anderes."

Am Ende seines Lebens steht dieser Moltke als bewusster und bekennender Christ vor dem Blutgericht des Nationalsozialismus. Und gemeinsam mit den beiden Mitchristen Nikolaus Groß und Theodor Haubach verröchelt er am 23. Januar 1945 am gleichen Galgen.

Sein und ihr Vermächtnis? Nicht einzelne politische Gedanken und Positionen sind es, die wir herausgreifen sollten. Ihr ganzes Leben und Denken als Männer des Widerstandes kann uns Heutigen Verpflichtung sein, für personale und soziale Menschenrechte und für Demokratie als eine alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wirklichkeiten bestimmende Lebensform einzutreten. Vieles harrt hier noch der historischen Einlösung.

\*Vortrag am 19. März 2007 im Frühherrenhaus der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Herford Mitte. Zum Thema ist das Buch erschienen: Günter Brakelmann: Helmut James von Moltke. 1907–1945. Eine Biographie, Verlag C.H. Beck, München 2007

#### Günter Brakelmann

Geb. 1931 in Bochum, nach Abitur 1952 am Humanistischen Gymnasium Studium der Ev. Theologie, der Sozialwissenschaften und der neuzeitlichen Geschichte in Bethel, Tübingen und Münster, 1959 Dr. theol, in Münster mit Diss, über Johann Hinrich Wichern, Vikar und Hilfsprediger in der Westf. Kirche, Berufsund Studentenpfarrer in Siegen, 1962-1968 Sozialpfarrer und Dozent an der Ev. Sozialakademie in Friedewald, 1968-1970 Assistent am Institut für Christliche Gesellschaftswissenschaften in Münster, 1970-1972 Leiter der Ev. Akademie in Berlin, 1972-1996 Professor für Christliche Sozialethik an der Ruhr-Universität Bochum und kooptiertes Mitglied der Historischen Fakultät für Zeitgeschichte. Mitglied der Sozialkammer und der Politischen Kammer der EKD. Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD in Bochum, Mitglied der Grundwertekommission der SPD. Seit der Emeritierung Schwerpunkte: Geschichte des neuzeitlichen Protestantismus, des Antisemitismus und des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Veröffentlichungen: s. in Festschrift für G.B. "Freiheit gestalten", Göttingen 1996, S. 423ff und in: "Ein Theologe in Konflikten seiner Zeit", Berlin 2006

"Diese Männer, die am Galgen in Deutschland starben, weil sie das Hitler-System stürzen und Frieden machen wollten, … hatten sich verschworen, um die Zivilisation wiederherzustellen. Durch die Wiedereinsetzung der Grundsätze von Gerechtigkeit, Gesetz, Anstand, Ehrlichkeit und Humanität wollten sie ihr Land aus dem Abgrund emporheben, in welchen es die Nazis gestürzt und in welchen es ganz Europa nachgerissen hatte." Dorothy Thompson 1946, aus: Biographie , S. 363

### Erinnerung zum 10. Jahrestag des Gemeinsamen Sozialworts der Kirchen

# Der europäische Sozialstaat – typisch katholisch, typisch evangelisch

Von Franz Segbers

er verkrustete Sozialstaat brauche eine Runderneuerung. In diesem Sinn gab auch Bundespräsident Horst Köhler in seiner ersten Rede im Bundestag die Losung aus: "Der Sozialstaat hat sich übernommen." Diese Mahnung verband er mit einem Hinweis auf die Berliner Stadtmission der Diakonie. Diese hatte nämlich, ohne auf den Staat zu warten, allein mit privaten Spenden, eine Anlaufstelle für Wohnungslose errichtet. Fraglos sind diakonisch-karitative Hilfen ein genuin christliches Anliegen, um Not zu lindern. Doch beschränkt sich das soziale Engagement der Kirchen auf einen solchen unmittelbaren Samariterdienst?

Es ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, wenn ein Staat für menschenwürdige Lebensbedingungen eintritt und sich zu einem Ausgleich der sozialen Gegensätze verpflichtet weiß. Diese Verpflichtung des Staates prägt das europäische Sozialmodell und grenzt es aber auch vom amerikanischen Staatsverständnis ab. Seit den 90er Jahren ist eine schleichende Umstellung der europäischen Politik nach Leitbildern des US-amerikanischen Wohlfahrtsstaates zu beobachten. Das neue Motto des Sozialstaats lautet: Der Sozialstaat sei nur mehr für die wirklich Bedürftigen verantwortlich und könne allenfalls eine Grundsicherung gewährleisten. Wer mehr will, der möge sich durch Eigenvorsorge privat absichern.

Den unterschiedlichen Muster von Sozialstaatlichkeit liegen konfessionelle Motive zugrunde, die erst recht spät beachtet wurden. Man mag zu Recht kritisieren, dass Staat und die evangelische Kirche im Preußen des 19. Jahrhunderts politisch eine fatale Rolle gespielt haben. Sozialpolitisch jedoch war diese "Thron und Altar-Ehe" sehr erfolgreich, denn der Staat wurde nicht nur als Macht- oder Rechtsstaat in Pflicht genommen sondern auch als Sozialstaat.

Es waren vor allem bewusst protestantische Politiker und Beamte in den Ministerien, die unter Bismarck bei der Ausformulierung wie auch der Umsetzung staatlicher Sozialreformen eine führende Rolle gespielt haben. Sie haben die entscheidende Weichenstellung vorgenommen und die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, den Staat als Sozialstaat auf Dauer zu stellen. Zu nennen sind Männer wie Theodor Lohmann, der die damals bahnbrechende Idee der Sozialversicherung entwickelt hat, Adolf Stoecker, der Mitbegründer des Evangelisch-sozialen Kongresses oder Friedrich Naumann, der eine demokratische Betriebsverfassung entwickelt hat. Sie haben ihr sozialpolitisches Engagement als Konkretisierung des lutherischen Verständnisses von den Aufgaben staatlichen Handelns verstanden. Da sie zur politischen Klasse gehörten, konnten sie auch in erheblich stärkerem Maß die Politik direkt gestalten als katholische Christen - wenngleich sie sozialpolitisch gleichzogen.

Auf dem Gründungskongress des Evangelisch-Sozialen Kongresses hat Adolf Wag-

ner 1890 die Aufgabe des Staates in einer Weise beschrieben, die in Zeiten des Neoliberalismus wieder hoch aktuell geworden ist. Er fragte: "Wo, wie und wann muss die Staatsgewalt in die Wirtschaft eingreifen?" Dann gesteht er ein: "Wir haben den ungeheuren Fehler gemacht, zu wähnen, dass aus vollkommener Freiheit der wirtschaftlichen Bewegungen das Heil komme, während wir doch mit möglichst festen Normen des Rechts und der Sitte den wirtschaftlichen Egoismus einengen müssen." Dieser Grundgedanke einer Sozialreform durch gestaltende Tätigkeit des Staates und aus der Erkenntnis heraus, dass nur der Staat stark genug ist, der Wirtschaft Grenzen zu setzen, ist der sozialpolitische Beitrag des Protestantismus seit den Anfängen des Sozialstaates in der Bismarckzeit.

Ausschlaggebend für die Ausgestaltung das deutsche Sozialstaates wurde die konfessionelle Mischung. Typisch lutherisch ist das Ja zum Eingreifen des Staates zugunsten des sozialen Ausgleichs und einer permanenten Sozialkreform - von oben. Typisch katholisch dagegen ist die Betonung des Subsidiaritätsprinzips. Ihm verdanken die freien Wohlfahrtsverbände ihre starke Stellung und Eigenständigkeit gegenüber dem Staat, Gemeinsam ist beiden konfessionellen Richtungen das entschiedene Ja zu Reformen im System und das Nein zum Sozialismus. Dieses Nein führte dann zu einem partnerschaftlichen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit durch Mitbestimmung, Vermögensbildung, paritätische Finanzierung der sozialen Sicherung, Tarifverträge, Tarifautonomie. Das Prinzip der Parität der sozialen Sicherung ist also keineswegs nur eine Finanzierungstechnik, sondern Teil eines gesellschaftlichen Konsenses des Ausgleichs von Kapital und Arbeit.

In dieser Tradition bildete sich eine Sozialordnung, die insgesamt als typisch für das europäische Sozialstaatsverständnis gelten kann: Der Sozialstaat ist kein Almosenstaat nur für die wirklich Bedürftigen, sondern sorgt durch eine aktive, gestaltende Sozialpolitik für den sozialen Ausgleich und nimmt die Leistungsfähigkeit

der Wirtschaft für die Finanzierung des Sozialstaates in Anspruch.

In den Mittelpunkt sozialpolitischer Leitvorstellungen rückt immer mehr der Begriff der Eigenverantwortung.



Franz Segbers

Dieser entstammt einem anderen sozialethischen Hintergrund, nämlich dem freikirchlichen oder calvinistisch geprägten amerikanischen Kontext. Es waren historisch sehr spezifische Erfahrungen fehlender Religions- oder Glaubensfreiheit, die eine anti-staatliche Grundhaltung entwickeln ließen, die sich dann auch bremsend auf die Herausbildung eines sozial verantwortlichen Staates ausgewirkt hat. Kein Wunder, dass auf diesem Hintergrund in den USA die soziale Verantwortung des Staates oder eine Freie Wohlfahrtspflege unbekannt ist und die Eigenverantwortung einen zentralen Stellenwert bekommt. Hier organisiert sich deshalb sozial-karitative Arbeit im Kern um ein privates System von Wohlfahrtsorganisationen. Die Folge dieser unterschiedlichen ethischen Grundlagen lautet zugespitzt: Das europäische Sozialmodell will eine sozial gerechte Ordnung, dem amerikanischen reicht die Barmherzigkeit.

"Eigenverantwortung" wird immer mehr zum zentralen Stichwort kirchlicher Beiträge zur Sozialstaatsdebatte. Die EKD-Denkschrift "Gerechte Teilhabe" fordert eine "Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität". Nicht anders Kardinal Lehmann, wenn er auf der Herbstversammlung der Bischofskonferenz die "Stärkung der Eigenverantwortung" in den Mittelpunkt rückt und ausführt: "Nicht eine größere Umverteilung – die im Übrigen größtenteils im Bereich der Mittelschicht stattfindet -, sondern ein verstärktes Ernstnehmen der Selbstständigkeit des Menschen ist die Zielrichtung." Schon zuvor hatte 2003 das bischöfliche Papier "Das Soziale neu denken" unmissverständlich empfohlen: "Jeder ist für die Gestaltung seines Lebens zunächst selbst verantwortlich."

Vor zehn Jahren haben sich die Kirchen in ihrem Gemeinsamen Sozialwort 1997 deutlich vom us-amerikanischen Sozialmodell abgegrenzt: "Die Hinweise auf die Verhältnisse in den USA verkennen die unterschiedliche soziokulturelle Tradition und werfen Fragen der sozialen Gerechtigkeit auf." Die Gefahr besteht, dass die Kirchen mit der Betonung der "Eigenverantwortung" den herrschenden Trend der Politik absegnen, sich dem US-amerikanischen Muster eines Mini-Wohlfahrtsstaates annähern und auch noch sozialethisch legitimieren. Wenn sie jedoch die schleichende Entkernung des europäischen Sozialstaatskonzeptes hinnehmen oder gar noch sozialethisch stützen, dann setzen sie auch ihren eigenen Beitrag zur Herausbildung des europäischen Sozialmodells aufs Spiel. Sie übernehmen dann eher die Rolle einer Politikberaterin, die sich zwar punktuell einmischt, um die herrschende Politik möglich zu machen. Doch insgesamt verzichten sie dabei darauf, selber eigene Perspektiven für eine sozialstaatlichen Reformpolitik zu entwickeln und in Politik umzusetzen.

Der Druck erfolgt mit freundlicher Erlaubnis von: Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen, Oberursel, Ausgabe 4/2007.

#### Zehn Jahre Sozialwort der Kirchen

# Kirchesein in Zeiten der Globalisierung

Von Franz Segbers

eutschland ist Gewinner der Globalisierung, aber nicht alle in Deutschland sind es. Die Globalisierung spaltet vielmehr weltweit in Gewinner und Verlierer.

Zeiten der Globalisierung sind Zeiten für eine weltweite und in diesem Sinn katholische Kirche. Katholisch bedeutet, weltweit verbunden zu sein. Globalisierung ist eine Frage des Kirche-Seins für eine Völker-Ökumene in Solidarität und Gerechtigkeit. Dass die Welt immer mehr zusammenwächst, macht nicht Angst. Doch, dass aber die Welt dadurch zusammenwachsen soll, dass sich weltweit ein Kapitalismus ohne soziales Gesicht etabliert – das macht Angst.

Die Sozialreformen sind Gegenreformen gegen die bisherige Grundausrichtung des Sozialstaates. Die Agenda 2010 heißt so, weil bis 2010 Europa der wettbewerbsfä-

higste Standort im Rahmen der Globalisierung werden soll. Die sozialen Sicherungssystem werden deshalb umgebaut und den Anforderungen der Globalisierung untergeordnet und angepasst. Der Sozialstaat ist der Hebel für eine gerechte Globalisierung. Die Stärkung des Sozialstaates ist gerade in Zeiten der Globalisierung der Schlüssel für eine gerechte Globalisierung, denn auch in Zeiten der Globalisierung ist die Politik keineswegs ohnmächtig. Denn nicht die Globalisierung zwingt uns, sondern wir müssen die global tätige Wirtschaft durch eine Rechtsordnung zwingen, dem Leben der Menschen zu dienen. Die Bändigung des Kapitalismus und die Stärkung der sozialen Rechte sind die beiden Seiten einer Medaille. Der Sozialstaat hat eine widerständige Funktion, dadurch, dass er den Markt mit einem Rechtsrahmen reguliert, begrenzt und gestaltet. Deshalb muss es heute heißen: Alles noch einmal, doch jetzt global, damit die weltweite Ausdehnung des Marktes und die rechtliche Regulierung zur Deckung kommen.

Glaube und die Liebe zur Gerechtigkeit sind Geschwister. Der Abbau sozialer Rechte hierzulande ist Teil ein und desselben weitweiten Projekts, das anderswo dafür sorgt, dass dort soziale und ökologische Rechte erst gar nicht entstehen können. Deshalb lautet die Testfrage für unsere Gesellschaft: Wie ergeht es den arm Gemachten, den sozial Schutzlosen?

Aus: Thema: 10 Jahre Sozialwort, www.publik-forum.de

Prof. Dr. Franz Segbers, geb. 08.08.1949 in Gelsenkirchen 1969–1976: Studium der katholischen Theologie und der Sozialwissenschaften an der Universität Münster/Westfalen 1978–1985: Mitarheiter in der Arheitsstelle für Betriebsseelsorge in Frankfurt Höchst im Bistum Limburg 1985: Promotion in Sozialethik an der

Universität Würzburg

1986–1988: Pfarrvikar in der alt-katholischen Gemeinde Heidelberg

1988–2002: Dozent für Theologie und Sozialethik an der Evangelischen Sozialakademie Friedewald

1999: Habilitation in Evangelischer Sozialethik über die "Hausordnung der Tora. Biblische Impulse für eine theologische Wirtschaftsethik" (3. Aufl 2002) 1999: Berufung zum Privatdozenten für Evangelische Sozialethik an der Philipps-Universität Marburg

ab 2002: Referent für Ethik im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau

2004: Berufung zum außerplanmäßigen Professor für Sozialethik, Universität Marburg Veröffentlichungen insbesondere zu Themen der Arbeits- und Wirtschaftsethik.

#### Auswahlbibliografie:

Streik und Aussperrung. Eine sozialethische Bewertung, Düsseldorf 1976

Zus. mit Chr. Gremmels, Am Ort der Arbeit. Zu einer Theologie der Arbeit, Mainz 1981 Zus. mit Heiner Ludwig, Handbuch der Arbeiterpastoral, Mainz 1982

Zus. mit Kuno Füssel: "... so lernen die Völker des Erdkreises Gerechtigkeit." Ein Arbeitsbuch zu Bibel und Ökonomie, Luzern 1995

Hausordnung der Tora. Biblische Impulse für eine theologische Wirtschaftsethik (Luzern 1. Aufl 1999; 3. Aufl 2002)

Zus. mit U. Becker, Logik der Ökonomie – Krise der Arbeit, Mainz 2001

Zus. mit W. Hanesch und K. Koch , Öffentliche Armut im Wohlstand. Hamburg 2004 Ökonomisierung der Diakonie, Frankfurt 2004

## 10 Jahre Sozialwort

Von Friedhelm Hengsbach

or zehn Jahren wurde das Gemeinsame Wort der beiden Großkirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland veröffentlicht. Die politische Resonanz war ungewöhnlich groß. Manche sprachen von einer Sternstunde der Kirchen. Dem Wort der Kirchenleitungen war nämlich eine intensive Konsultation der Gemeinden und kirchlichen Gruppen vorausgegangen. Ohne sie hätte das Wort anders ausgesehen, gestand ein Bischof. Prozess und Ergebnis waren ein ökumenisches Ereignis und ein Aufbruch aus konfessioneller Enge. Das Dokument wurde von den Gewerkschaften und der damaligen Opposition positiv aufgegriffen und zitiert. Die konservativ-liberale Koalition blieb reserviert. Die Kirchenmänner, die sich besorgt zeigten, das Sozialwort werde tot gelobt, gaben sich selbst Mühe, es totzuschweigen.

Die Kirchen hatten auf die gesellschaftlichen Risse aufmerksam gemacht, die das Leitbild einer bewusst sozial gesteuerten Marktwirtschaft verdunkeln. Sie verlangten einen entschlossenen Kampf gegen die hohe und anhaltende Arbeitslosigkeit als der gegenwärtig größten politischen Herausforderung. Sie sprachen sich für Reformen der solidarischen Sicherungssysteme aus, wiesen jedoch einen Systemwechsel und eine "Marktwirtschaft pur" zurück.

War dieses ökumenische Projekt ein Betriebsunfall? Es wurde jedenfalls so nicht wiederholt und blieb *einmalig*. Warum wohl? Der Text des Gemeinsamen Wortes war ein anstrengender Kompromiss. Die

kirchliche Basis und die Kirchenleitungen stimmten ursprünglich weder in den Diagnosen noch in den politischen Lösungswegen überein. Danach zerrieben sich die Konfessionen damit, das Profil ihrer jeweiligen Identität zu pflegen. Waren die einen evangelisch aus gutem Grund, wurden die andern Papst. So schlugen sie auch in der

Sozialverkündigung getrennte Wege ein.

Hatte das Sozialwort etwa keine politische Wirkung? Doch. Es trat in eine Zeit, da eine breite Stimmungslage in der Bevölkerung einen Überdruss



Friedhelm Hengsbach

an der Regierung Kohl signalisierte. Diese Strömung hat es verstärkt und so indirekt zur Ablösung der christlich-liberalen Regierung beigetragen. Anschließend haben Sozialpolitiker unter den Parlamentariern das Gewicht des Sozialworts eingesetzt, um eine Grundsicherung im Alter und einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht gesetzlich zu verankern.

Haben die Kirchenleitungen sich von den Aussagen des Gemeinsamen Wortes entfernt? Sie sind zum traditionellen Verfahren zurückgekehrt, Wissenschaftlern und Politikern die Redaktion sozialer Botschaften anzuvertrauen. Prominente Katholiken haben 2003 mit dem Segen der Bischöfe ein Impulspapier: "Das Soziale neu denken" verfasst. Es atmet den Geist bürgerlicher Sozialstaatsschelte, die Abkehr von der Verteilungsgerechtigkeit, eine Rhetorik der Eigenverantwortung und die Erwartung eines fördernden Sozialstaats, der die Übernahme von Arbeiten fordert, die weder Sinn noch ein angemessenes Einkommen ergeben. In diesem Jahr wurde eine Denkschrift der EKD mit dem Titel: "Gerechte Teilhabe" veröffentlicht und der Begriff einer "Befähigungsgerechtigkeit" eingeführt. Kardinal Lehmann hat vorgeschlagen, die sozialen Beziehungen vorrangig unter dem Blickwinkel der Tauschgerechtigkeit zu sehen

Wem diente dieser Seitenwechsel? Vielleicht wollten die Kirchenleitungen den angeblichen Reformen der rot-grünen Koalition den Rücken stärken. Oder sie suchten den Schulterschluss mit den politischen und wirtschaftlichen Eliten – selbst um den Preis, einen vertikalen Riss zu provozieren, wie er in Parteien und Gewerkschaften zu beobachten ist.

Ist das Gemeinsame Wort noch aktuell? Mehr als vor zehn Jahren. Denn das Armutsrisiko ist gestiegen und die Arbeitsverhältnisse sind unsicherer geworden. Die Fixierung auf die Erwerbsarbeit hat die Arbeitszeit verlängert, das Arbeitstempo erhöht, Zeitnot und psychische Schäden vermehrt. Die Irrationalität des Finanzkapitalismus, indem der Börsenwert steigt, während der Wert der Arbeit fällt, wirkt bedrohlich. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird einzig den Frauen aufgeladen, nicht den Männern. Eine demokratische solidarische Sicherung, die gesellschaftliche Risiken auch für diejenigen abfedert, die privat nicht vorsorgen können, steht noch aus. Wie eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft mit alternativen Verkehrs- und Energiesystemen aussieht, ist nicht klar erkennbar.

Hilde Domin hatte einmal die Vision eines neuen Pfingsten: "Wer es könnte – die Welt hochwerfen, dass der Wind hindurch fährt!"

Friedhelm Hengsbach, geboren 1937 in Dortmund, Mitglied des Jesuitenordens, 1959–1972 Studium der Philosophie, Theologie und Wirtschaftswissenschaften in München, Frankfurt, Bochum. 1976 Promotion über die Assoziierung afrikanischer Staaten an die EG. 1992–2005 Professor für Christliche Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main. 1992–2006 Leiter des Nell-Breuning Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik. Ausgezeichnet mit dem Gustav-Heinemann-Bürgerpreis 1998, mit dem Regine-Hildebrandt-Preis 2004 und mit dem Marburger Leuchtfeuer 2006.

"Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze der rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Schröder waren eine, wenn gleich halbherzig getroffene, Reaktion auf den Außendruck der wirtschaftlichen Führungskräfte, wissenschaftlichen Experten und bürgerlichen Eliten. Die Regierung Schröder hat einen beispiellosen Systembruch vollzogen, indem sie das Niveau der Absicherung von Lebensrisiken, das dem Lebensstandard entsprach, der durch eigene Erwerbsarbeit gewonnen wurde, absenkte und so die Solidarität der Gesunden mit den Kranken und der Wohlhabenden mit den Armen tendenziell aufkündigte." (115)

Aus: Deformation der Solidarität? – Betreiber, Komplizen, Sanierer, Neue Wege 4/2006 – CuS 2–2006, S. 111–121,

Zehn Jahre Sozialwort der Kirchen – und immer weniger Arbeit bei mehr Armut. Prophetischer Einspruch eines Betriebsseelsorgers

# Das Gold in den Köpfen wird verschleudert

Von Paul Schobel

ehn Jahre sind es nun her, da haben uns der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die Deutsche Bischofskonferenz eine Art Kursbuch in die Hand gegeben: das gemeinsame Wort der Kirchen "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" aus dem Jahr 1997. Um dieses Wort ist es inzwischen arg still geworden. Man sollte dieses Sozialwort noch einmal ausgraben, auf den Prüfstand stellen und fortschreiben. Es müsste allerdings mit einer ernüchternden *Bilanz* beginnen. Sie lautet: Nichts hat sich in diesen zehn Jahren zum Besseren gewandelt.

Im Mittelpunkt des alten Sozialwortes stand der berühmte Satz, dass die anhaltende *Arbeitslosigkeit* nicht einfach hingenommen werden kann, denn sie sei "kein unabwendbares Schicksal". Eine nüchterne Betrachtung lässt klar erkennen: Die *auslösenden Faktoren*, denen wir die Arbeitslosigkeit "verdanken", haben sich in den letzten zehn Jahren eher noch verstärkt:

Der strukturelle Wandel und der technologische Fortschritt halten mit rasantem Tempo und unvermindert an.

Die Produktivität steigt jährlich um bis zu drei Prozent und kostet Arbeitsplätze. Wir produzieren Jahr für Jahr gleich viel oder mehr, aber mit immer weniger Menschen.

Die Globalisierung verstärkt die internationale Arbeitsteilung. China ist inzwischen ein wahrer Angstmacher, der den Menschen in der Arbeitswelt kalte Schauer über den Rücken jagt.

Gewiss: Eine hohe Produktivität sichert den Standort Deutschland. Das gilt auch für manche Produktionen, die ins Ausland verlagert werden, dort Arbeitsplätze schaf-

fen und hier welche chern. Beklagenswert aber ist, dass man seit **Iahrzehnten** der Massenarbeitslosigkeit und ihren fatalen Folgen tatenlos zusieht. Markt wird's schon richten.



Paul Schobel

Doch dieser Markt grenzt ohne Skrupel viereinhalb Millionen Menschen von der Arbeit aus. Und macht uns weis, wir könnten ohne Weiteres auf die Kreativität und den Fleiß so vieler Menschen verzichten. Das ist absurd. Wir leben nicht "über unsere Verhältnisse", sondern unter unseren Möglichkeiten, weil wir diese menschliche Ressource gar nicht ausschöpfen.

So werden – dem *Marktdogma* gehorchend – notwendige Arbeitsfelder einfach nicht erschlossen: Das gilt vor allem für soziale Dienstleistungen. Sie werden gnadenlos heruntergefahren oder rücksichtslos privatisiert, am besten aber aufs "Ehrenamt" abgewälzt. Die Pflege an alten und

kranken Menschen läuft im Minutentakt. Keine Module, um mit Alten und Kranken ein Wörtchen zu reden, ihnen Mut zuzusprechen, die Hand zu halten, zu trösten und einfach da zu sein. "Satt, sauber, still" – mehr ist nicht mehr drin in einem vor Reichtum strotzenden Land. Millionenfach liegt Arbeit verborgen. Dieser Schatz wird aber nicht gehoben. Lieber finanziert man Arbeitslosigkeit statt Arbeit.

Bald fließen wieder die Tränen, wenn der nächste Pisa-Bericht erscheint. Man denkt aber nicht daran, die *Bildungsausgaben* in Deutschland zu erhöhen. Sie rangieren im europäischen Vergleich am unteren Ende der Skala. Dabei haben wir keinen anderen Reichtum als das "Gold in den Köpfen", nämlich in Form hoch innovativer, kreativer, motivierter Arbeit. Aber dieses Gold will über Bildung entdeckt, gefördert und geläutert sein. Wieder bleiben Zehntausende Jugendlicher ohne Ausbildung. Für sie ist der Weg in die Arbeitslosigkeit schon vorgezeichnet.

Nicht einmal der bescheidenste Ansatz, ein knappes Gut zu teilen und Arbeitslosigkeit durch *Arbeitsumverteilung* zu dämpfen, wurde realisiert. Ganz im Gegenteil: Arbeitszeitverkürzung wird tabuisiert, Arbeitszeitverlängerung ist die Regel – natürlich ohne Lohnausgleich. Während die einen ohne Arbeit darben, schuften sich die anderen zu Tode.

Ein neues Sozialwort müsste die Ursachen der Arbeitslosigkeit mutiger und deutlicher als das alte beim Namen nennen. Erscheinen müsste ein völlig neues Kapitel mit der Überschrift: Arbeit ist keine Ware. Denn Arbeit wird am Markt als Ware gehandelt. Die Erwerbsarbeit unterliegt einem dramatischen Wertezerfall und wird schamlos ihrer Rechte und damit auch ihrer Würde beraubt. Eine Million Vollzeitbeschäftigte erzielen heute nicht einmal mehr

das Existenzminimum und müssen sich durch das Arbeitslosengeld II auffüttern lassen. *Armut trotz Arbeit* – das ist ein Skandal, eine Beleidigung der Menschen!

Als einziges Land in Europa verzeichnen wir als Exportweltmeister und bei explodierenden Gewinnen eine negative Einkommensentwicklung der abhängig Beschäftigten. Das alles aber reicht nicht aus, um endlich – dem Beispiel fast aller anderen europäischen Staaten folgend – über ein Mindestlohngesetz Arbeitsarmut zu verhindern. Die Kirchen hätten auf dem Hintergrund ihrer Sozialethik allen Grund, einen solchen *Mindestlohn* zu fordern. Sie müssten ihn allerdings erst einmal auch im eigenen Laden realisieren.

Die Mitbestimmung ist nicht mehr nietund nagelfest, permanent wird der Kündigungsschutz madig gemacht. Selbst die Tarifhoheit wird mehr und mehr zugunsten betrieblicher Bündnisse in Frage gestellt.

Unter dem Dach "Prekäre Arbeit" tummeln sich eine ganze Menge neuartiger Arbeitsformen und -verhältnisse, denen eines gemeinsam ist: Sie sind mit weniger Rechten ausgestattet und daher "Arbeit zweiter Klasse". Befristete Arbeitsverhältnisse schaffen ein neues Industrie-Nomadentum. Viele junge Menschen ziehen heute, wie weiland Abraham mit seinen Herden, den Weidegründen nach. Befristete Arbeit ist massiv daran schuld, dass junge Leute keine Familien gründen und keine Kinder bekommen können, weil sie hochflexibel und am besten ungebunden einer Arbeit hinterherrennen müssen. Heute ein Häppchen in München, morgen in Düsseldorf und übermorgen arbeitslos. So lässt sich keine Lebensplanung realisieren.

Geringfügige Beschäftigung, zumeist von den Frauen erbracht, schafft kein Anrecht auf eine ausreichende soziale Sicherung. Nicht zu vergessen die Leih- und Zeitarbeit, die – ausgeliefert an erbärmliche Tarife – in den Betrieben eine neue Klassengesellschaft produziert. Gespaltene Belegschaften sind die Folge, aber das liegt ganz in der Absicht der Erfinder: "Teile und herrsche!"

Den einen wird mit fast krimineller Energie die Arbeit aus der Hand geschlagen, die anderen finden sich im Sklavenhaus Ägyptens wieder und schuften sich fast zu Tode. Arbeit ohne Maß, Arbeit rund um die Uhr – nun auch noch im Einzelhandel. Arbeit für viele auch rund um den Globus. Die Arbeit selbst ist zur Handelsware geworden.

Diesen Werte-Zerfall müsste ein neues Sozialwort beim Namen nennen und darauf verweisen, dass Arbeit immer auch eine "Quelle von Rechten" ist. Es sei Aufgabe der Kirche, so betonte der verstorbene Papst Johannes Paul II., "immer wieder die Würde und die Rechte der arbeitenden Menschen ins Licht zu stellen und Verhältnisse anzuprangern, in denen diese Würde und diese Rechte verletzt werden".

Der eigentliche Skandal liegt darin, dass persönliche Risiken wie Krankheit, Pflege, Alter, aber auch gesellschaftliche Risiken wie die Arbeitslosigkeit, die jeden treffen können, zunehmend aus der sozialstaatlichen Solidarität outgesourct werden und privater Vorsorge überlassen bleiben. Wer das nicht kann, wird bald im Netz einer minimalen Grundversorgung zappeln. Der Pfeiler der Solidarität wird nach und nach demoliert, bis er von alleine zusammenkracht. Mehr als je zuvor schonen wir die Einkommen und vor allem die Vermögen der Reichen und die Gewinne der Konzerne. Sie stehlen sich aus ihrer sozialen Verantwortung davon.

Es wäre schön, die Kirchen würden endlich ihre Sprache wiederfinden und jenen

roten Faden der Kapitalismuskritik, wie er sich in der katholischen Soziallehre findet, aufgreifen und weiterspinnen. Dann würden sie mutiger und eindeutiger die Irrlehre vom allein selig machenden Markt anprangern und jenes unselige, neoliberale Dogma, dass nur ein schwacher Staat ein guter Staat sei. Sie würden eindeutig den Primat der Politik einfordern gegenüber dem Markt. Sie würden Steuergerechtigkeit und Solidarität als politische Sofortmaßnahmen definieren. Wenn die Starken eintreten für die Schwachen, wäre es ein Leichtes, die solidarischen Sicherungssysteme wieder stabil zu verankern.

Die Kirchen müssten in einem neuen Sozialwort unverblümt vorgehen gegen Korruption und Selbstbereicherung. Die Kirchen müssten klipp und klar bekennen: Kapitalismus ist Sünde! Es geht nicht an, dass die Wirtschaft nur noch ein Ziel verfolgt: die Bedienung der Aktionäre. Die Wirtschaft ist kein Bereicherungsinstitut für wenige. Wir sind immer noch eine Werte- und keine Wertpapier-Gesellschaft!

Nötig ist eine Doppelstrategie: Es geht um Anwaltschaft und *Prophetie*. Anwaltschaft für die Überforderten, für all jene, die "auf allen Vieren" daherkommen, ausgelutscht und ausgepowert. Menschen, deren ganzer Lebenssinn zusammenschrumpft auf das bisschen Sinn abhängiger Erwerbsarbeit. Wer immer sie sind, die heute wohl die "Lieblinge" Jesu wären, was immer sie bedrückt: Sie sollten durch Christen etwas erfahren von der "Güte und Menschenfreundlichkeit Gottes": eine offene Tür, ein offenes Ohr, ein offenes Herz und manchmal auch eine offene Hand.

Dabei dürfen Christen keine Berührungsängste entwickeln. Wer sich einlässt, dem wird zu Herzen gehen, was den Arbeitslosen und den Armen angetan wird; den wird es unweigerlich hineinziehen in die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, Markt und Gerechtigkeit. Erst die Betroffenheit macht uns zur Einmischung fähig, zur Prophetie, wie die Bibel sagt. Propheten sind geradezu besessen von einer Vision. Christlich gesprochen ist es die Vision vom Bund Gottes mit den Menschen. Die Vision vom "guten Leben" und von "guter Arbeit" für alle. Auf diesem Hintergrund werden Propheten zu Provokateuren.

Paul Schobel geboren 1939, leitet die Betriebsseelsorge im Bistum Rottenburg-Stuttgart. 1939 in Rottweil geboren, Studium der Theologie und Philosophie in Tübingen und Innsbruck. 1963 Priesterweihe, Vikarsjahre in Böblingen und Wasseralfingen. Von 1966 bis 1972 Diözesankaplan der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ). 1973 bis 1993 Industriepfarrer im Raum Böblingen/Sindelfingen. Seit 1993 Leiter des Fachbereichs "Betriebsseelsorge" in der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

# Gerechtigkeit nach den Denkschriften der Ev. und Kath. Kirche

Von Reinhard Gaede

I Hg. Kirchlicher Herausgeberkreis: Gerechtigkeit I. Armes reiches Deutschland. (Verlag Publik-Forum und Frankfurter Rundschau) 2007, 5. Aufl.

Im Oktober 2005 erschien das Jahrbuch. 26 kirchliche Gliederungen bildeten den Herausgeberkreis. Gegen falsche Behauptungen wird zuerst richtig gestellt: Deutschland ist reich. "Mit einem Brutto-National-Einkommen von gut 2, 1 Billionen Euro nahm Deutschland 2003 nach den USA und Japan den dritten Platz auf der Liste der reichsten Länder ein. Fünf Jahrzehnte Wirtschaftswachstum folgten auf einander, unterbrochen nur durch kurze Rezessionen. (19) Mit Beginn der 90er Jahre nahm die Vermögenskonzentration zu. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts wuchs der Vermögensanteil des oberen Zehntels der westdeutschen Haushalte von 41 Prozent auf fast 45 Prozent. Demgegenüber kamen die unteren fünf Zehntel der Haushalte 2003 zusammen gerade auf 4,4 Prozent des Gesamtvermögens (nach 5, 4 Prozent im Jahr 1993). Am untersten Ende der Vermögensverteilung verschärfte sich die Verschuldung: 2003 war das ärmste Zehntel der Haushalte in den alten Bundesländern in der Höhe von 0, 5 Prozent des Vermögens verschuldet (1993 waren es 0, 2 Prozent)." Schon 1995 schätzte man, dass "ein Drittel des gesamten veranlagten deutschen Privatvermögens im Besitz von weniger als 0, 1 Prozent der Haushalte war". (22).

Seit diesen Analysen konzentrierte sich die öffentliche Diskussion auf das Thema Armut und die Forderung nach gerechterer Verteilung des Vermögens und Auswegen aus dem Ghetto für Arme. Die Meldung vom Nikolaustag, 6. Dezember 2006 lautete: "Jeder Achte von Armut bedroht." 10, 6 Millionen Deutsche, darunter 1, 7 Millionen Kinder sind von Armut bedroht – im-

merhin dreizehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Dabei gilt als armuts-gefährdet in der Europäischen Union, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt. Den Grenzwert zur Armutsbedrohung setzten die Statistiker für einen Single bei Einkünften von 856 Euro monatlich. bei einer Familie mit zwei Kindern bei 1.798 Euro monatlich an. Der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes Walter Radermacher, der die Zahlen präsentierte, betonte, es ist kein absoluter Maßstab, den man mit Entwicklungsländern vergleichen kann. Absolut arm aber sind jene vier Prozent der Bevölkerung, die über weniger als 40 Prozent des mittleren Einkommens verfügen. 30 Prozent der Alleinerziehenden leben unterhalb der Risiko-Schwelle. Zwei Drittel der kinderreichen Familien kommen nicht an das mittlere Einkommen heran. Mehr als die Hälfte der 16 - 24 Jährigen ist armutsgefährdet. Dabei gibt es ein Ost-West-Gefälle. 17 Prozent der Ostdeutschen, aber nur 12 Prozent der Westdeutschen leben an der Armutsgrenze. (Neue Westfälische, 6.12, 2006, Nr. 283) Fast jeder vierte fiele unter die kritische Schwelle. gebe es nicht Sozialleistungen. "Leben in Europa" heißt das Projekt, bei dem die EU-Staaten (plus Norwegen und Island international vergleichbare Daten über die Erfolge der Armutsbekämpfung erstellen wollen. Hierzulande wurden 25.000 Personen nach ihren persönlichen Verhältnissen befragt und zwar im Jahr 2004. Die Folgen der Arbeitsmarktreform (Hartz IV) sind noch nicht erfasst. Doppelt hoch liegt das Armutsrisiko bei denen, deren Eltern keinen Schulabschluss vorweisen konnten. Auf die Frage: "Hat es in Ihrem Elternhaus finanzielle Probleme gegeben?", antworteten 45 Prozent der Befragten, die zwischen 24 und 65 Jahre alt waren: "Ja."

Die Ausrede, der Staat werde durch die teure Sozialhilfe arm, lässt das Jahrbuch nicht gelten. Öffentliche Armut ist die Folge davon, dass Steuereinnahmen rückläufig sind. "Seit 2001 sank das kassenmäßige Steueraufkommen real und fiel auf das Niveau von 1994 zurück. Die Lohnsteuer erbrachte 2004 inflations-bereinigt fast 30 Millarden Euro weniger als 1995, ein Rückgang von 20 Prozent. Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommenssteuer lagen 2004 real um rund 19 Millarden Euro unter dem Aufkommen von 1991. Auch die Steuerzahlung aller Kapital-Gesellschaften (Körperschafts- und Gewerbesteuer) brachen - trotz guter Ertragslage der Unternehmen – kräftig ein. Insgesamt sank die effektive Steuerquote auf unter 21 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Die steuerliche Entlastung führte nicht zur erhofften konjunkturellen Belebung...Damit verschärfte sich die Verarmung öffentlicher Haushalte. Die öffentlichen Investitionen gingen in den alten Bundesländern von 19996 bis 2003 inflations-bereinigt um knapp ein Viertel und in den neuen Ländern fast um die Hälfte zurück. Im Jahre 2004 lagen sie nur noch bei 1,4 Prozent des Brutto-Inlandprodukts." (25) Da Handwerk und Mittelstand zu beträchtlichem Teil auf kommunale Aufträge angewiesen sind, verschärfte sich die Arbeitslosigkeit. "Heute müssen die Investitionen von Städten und Gemeinden in den alten Bundesländern um das Doppelte und in Ostdeutschland um das Vierfache des gegenwärtigen Niveaus aufweisen, um den vom Deutschen Institut für Urbanistik bezifferten kommunalen Investitionsbedarf zu befriedigen." (26)

Das Jahrbuch fordert "den Umbau des Sozialstaats " gerade in "Zeiten öffentlicher Armut". Ethische Kriterien sollen wirksam werden bei der Verabredung, wie das Leitbild der sozialen Gerechtigkeit den

Umbau des Sozialstaats prägen soll. (26) Handlungsfähig für die sozialpolitische Gestaltung soll der Staat dadurch werden, dass die Bezieher hoher Einkommen entsprechend belastet werden. (36) Bisher wurde diese Gruppe entlastet. Auf Grund der Steuerreform 2005 zahlte ein Einkommens-Millionär, verheiratet, ohne Kinder, etwas über 100 000 €weniger als 1998. Dagegen der Bezieher eines Jahreseinkommens von 30 000 € verheiratet, ohne Kinder 1 563 € weniger. (36) Der Faktor Arbeit war in den letzten Jahren stärker belastet, der Faktor Kapital stärker entlastet. "Von 1980 – 2003 stiegen Lohnsteuer und Sozialabgaben von rund 33 Prozent der Bruttolohnkosten auf 39 Prozent. Die steuerliche Belastung der Unternehmens- und Vermögens-Einkommen (durch Körperschaft- und Gewerbesteuer, anteilige Einkommensteuer, Kapital- und Zinsabschlagsteuer, Vermögen und Erbschaftsteuer, Grund- und Erwerbsteuer) aber fielen in diesem Zeitraum von ursprünglich ebenfalls 33 Prozent auf 16 Prozent." (37) Dazu kommen die Steuerschlupflöcher. Gewinne ausländischer Konzerntöchter sind in Deutschland frei gestellt. Das ermutigt zu Transfer-Manipulationen und entzieht dem Staat erhebliche Beträge. Das Jahrbuch fordert auch eine Kontrolle der Privatisierungen, die sich auf früheres Gemein-Eigentum, öffentliche Versorgungs-Einrichtungen sowie soziale und kulturelle Dienste der öffentlichen Hand beziehen. Der Trend der "Ökonomisierung des Politischen" muss ersetzt werden zugunsten des "Wirtschaftens für das Leben". (45) Franz Segbers macht auf die Gerechtigkeits-Lücke der Marktwirtschaft aufmerksam: Die Marktwirtschaft begünstigt den Faktor Kapital: Nur solche Problemlösungen werden gewählt, die "Dauer-Rentabilität des investierten Kapitals" befördern". Die Ansprüche der Beschäftigten dagegen werden zurückgedrängt. Vor dem Forum der Gerechtigkeit ist jedoch zu urteilen: "Die durch den gemeinsamen Einsatz von Kapital und Arbeit erwirtschaftete Wertschöpfung ist keineswegs das ausschließlich private Gut der Aktionäre, sondern Eigentum aller, die an der Wertschöpfung im Unternehmen beteiligt waren. Wenn Mitarbeitern der ihnen zustehende Anteil an der Wertschöpfung entrissen und auf die Aktionäre und das Top-Management verteilt wird, ist das eine Art von Raub." (74/75) Es erfüllt sich die ursprüngliche Bedeutung des lateinischen Wortes "privare", d.h. berauben. Demgegenüber folgt aus dem Leitbild der Gerechtigkeit eine Ordnungspolitik der "Lebensdienlichkeit".

II "Gerechte Teilhabe. Befähigung zur Eigenverantwortung und Solidarität". Eine Denkschrift der EKD zur Armut in Deutschland

Siegfried Böhringer hat die Denkschrift in CuS 1/2007 bereits kommentiert und seiner Würdigung eine umfangreiche Kritik hinzugefügt. Hier sollen hauptsächlich Anregungen der Denkschrift für die politische Diskussion vorgestellt werden.

Im Juni 2006 erschien die Denkschrift. Bischof Dr. Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender, betont im Vorwort: "Seit ihren Anfängen steht die Kirche an der Seite der Armen." Die Denkschrift möchte "strukturelle Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, die dem Ausschluss vieler Menschen aus den Möglichkeiten gesellschaftlicher Beteiligung entgegenwirken", ebenso für "wichtig" erklären wie "Reformen in den staatlichen Unterstützungs-Leistungen". Dadurch soll der "Sozialstaat seiner Aufgabe nachhaltig und dauerhaft nachkommen"(7). Verteilungs-Gerechtigkeit und Chan-

cen-Gleichheit sind auf einander zu beziehen. Eine Teilhabe-Gerechtigkeit muss sich im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt auswirken. Die Zusammenfassung am Anfang fordert eine Verzahnung von Sozial-Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik und nimmt Christinnen, Christen, Kirche und Diakonie "in besonderer Weise" "Pflicht": "Die Hinnahme von unfreiwilliger Armut in der Gesellschaft stellt ein gesellschaftliches wie individuelles Versagen vor Gottes Anspruch und seinen Geboten dar. Unsere Gesellschaft verfügt über ein in der Geschichte der Menschheit noch nie da gewesenes Ausmaß an Ressourcen: deswegen gibt es keine Entschuldigung, unzureichende Teilhabe und Armut nicht entschieden überwinden zu wollen. Eine Kirche, die auf das Einfordern von Gerechtigkeit verzichtet, deren Mitglieder keine Barmherzigkeit üben und die sich nicht mehr den Armen öffnet oder ihnen gar Teilhabemöglichkeiten verwehrt, ist - bei allem möglichenäußeren Erfolg und der Anerkennung in der Gesellschaft - nicht die Kirche Jesu Christi." (15) Dies ist eine Solidaritätserklärung für die Armen, die in der Geschichte der Kirche oft zu vermissen war. In der Klarheit und Eindeutigkeit der Parteinahme für die Armen liegt der Wert dieser Denkschrift.

Das Kapitel "Armut in einem reichen Land als Herausforderung" formuliert Leitsätze der Sozialethik: "Gerechte Teilhabe aller an der Gesellschaft" bedeutet: jede Person muss für sich selbst und die eigene Familie sorgen können. (17) Die Denkschrift bekennt sich zu den Aufgaben des Sozialstaates: "Die Gesellschaft hat die Pflicht zur institutionalisierten, solidarischen Sicherung einer würdigen Lebenssituation aller Menschen." Jeder Mensch ist als Individuum geschaffen und hat das Recht auf individuelle Lebensweise. (18) Die "Sozial-

Pflichtigkeit des Eigentums", die im Grundgesetz festgeschrieben ist, wird auch von der Sozialethik hervorgehoben. Arbeit ist "Teilhabe am Ganzen und an der Gestaltung der Wirklichkeit". Deshalb bedeutet Arbeitslosigkeit "Ausgrenzung". Die Denkschrift geht den Ursachen von Arbeitslosigkeit summarisch nach (19) Zur Würde des Menschen gehört auch die Anerkennung. Die Kirche als Leib Christi (1. Kor. 12) kann der Gesellschaft ein Beispiel geben. (20) Kurz wird die Perspektive weltweit mit der Erwähnung der Aktion "Brot für die Welt". Die Entfaltung des Themas wird dann so beschrieben: Zuerst geht es um die gegenwärtige Situation in Deutschland, dann um ethische Kriterien für verantwortetes Urteilen der Kirche schließlich um Überlegungen zu Wegen aus der Armut im Blick auf Bildung, Familie und Wirtschaft. Auch die Diakonie und die Ortsgemeinden werden als Handlungsfelder benannt. Die Denkschrift enthält viele Details einer Fachdiskussion. Konkret werden Bedürfnisse und Fürsorgeleistungen untersucht. Bei deren Festsetzung werden Probleme benannt, wird vorsichtig Kritik geübt. Armutsrisiko-Grenzen werden ermittelt: z.B. 938 € für einen Einpersonen-Haushalt, 2.251 € für ein Paar mit drei Kindern. (31) "Struktur und Problemlagen der verschiedenen Gruppen von Hilfebeziehern" werden untersucht (35-37) Der Arbeitsmarkt unter den Bedingungen der Globalisierung" kommt in den Blick. (37-42) In einem folgenden sozialethischen Kapitel wird der Maßstab für Gerechtigkeit gefunden: "Beteiligungsgerechtigkeit ... verbindet Verteilungs- und Befähigungs-Gerechtigkeit miteinander. Zitiert wird das Sozialwort beider Kirchen vor 10 Jahren "Subsidiarität und Solidarität, Subsidiarität und Sozialstaat gehören ... zusammen. Subsidiarität heißt: zur Eigenverantwortung befähigen.

Subsidiarität heißt nicht: den Einzelnen mit seiner sozialen Sicherung allein lassen." (44) An die Sozialkritik der Propheten wird erinnert. Der Mensch als Ebenbild Gottes hat den Auftrag, die Schöpfung "zu bebauen und zu bewahren" (Gen. 2, 25) "Indem der Mensch an der Gestaltung der Welt mitwirkt, verwirklicht er seine von Gott gegebene Bestimmung und findet Sinn in seiner Arbeit, die freilich auch Mühe ist." (47) Neben der Erwerbsarbeit kommt auch die Arbeit für die Familie sowie ehrenamtliche Arbeit. Selbst- und Nachbarschaftshilfe in den Blick, aber auch die Sabbat-Tradition, der Feiertag, der geschützt werden muss. Im Kapitel Wege aus der Armut werden Perspektiven des Sozialstaats, Wirtschaft, Bildung und Familie berührt. Im Hintergrund stehen die Probleme der Vereinigung, der Massen-Arbeitslosigkeit und der Globalisierung. In dem wichtigen Abschnitt Perspektiven des Sozialstaates geht es zuerst um seine Grenzen: die wirtschaftlichen Grundlagen. Nur indirekt wird die Hartz IV-Problematik angesprochen: Verlässlichkeit und Beständigkeit sind nötig, statt Leistungen erst zu verbessern und dann wieder zurückzunehmen. Unter dem Leitbild Befähigungs-Gerechtigkeit kommt das Bildungssystem in den Blick. So genannte "Risiko-Schüler/ innen brauchen eine bessere Förderung. Gering qualifizierte Tätigkeiten werden oft in Niedrig-Lohnländer verlegt oder von Zuwandernden nachgefragt. Wichtig sind Angebote für Kinderbetreuung, damit Beruf und Familie vereinbar bleiben. Ein Plädoyer für niedrige Belastung der Arbeitsverhältnisse und mehr steuerliche Abgaben stattdessen verspricht mehr Beschäftigung und mehr Spielraum in der Sozialpolitik. (54/55) Gering Verdienende sollten eine niedrige Belastung haben und auf dem Absicherungsniveau begünstigt werden. (55)

Vor einem weiteren Abbau von Sozialleistungen wird gewarnt. Die Umstellung von sozialen Sicherungssystemen auf Steuerfinanzierung wird befürwortet. (56) Auch der Staat, dessen Steuerquote gesunken ist muss aus der Defensive heraus kommen (57)

Im Bereich Wirtschaft wird ein circulus vitiosus darin gesehen: Gering Qualifizierte Arbeiter/innen erhielten überproportional erhöhte Löhne – Höhere Produktivität war erforderlich – Gesteigerte Rationalisierung folgte zum Ausgleich. Das führte zu Entlassungen.

An dieser Stelle spätestens ist Kritik angebracht: Neoliberales Denken deckt wie ein Entschuldigungs-Mechanismus Widersprüche zu. Großen Unternehmergewinnen stehen Verluste bei den Real-Löhnen gegenüber, und Massen-Entlassungen passen nicht zu üppiger Erhöhung der Vorstandsgehälter, von Korruption (Schmiergeld-Affären) in den Konzernspitzen ganz abgesehen. Überhaupt finden sich in der Denkschrift keine genauen Erklärungen für die Ursachen von Armut. Die Frage, welche Politik für die Ursachen von Armut verantwortlich ist, wird völlig ausgeblendet. Es fehlt auch eine Würdigung der christlichen Gruppen, die unter dem Thema "Den Armen Gerechtigkeit" aktiv geworden sind. Nicht einmal die Aktion "Brot für die Welt" des Diakonischen Werks der EKD ist ausreichend gewürdigt und in seinen Intentionen wirksam unterstützt worden Ein Bericht über das Anwachsen privaten Reichtums bei Armut der Öffentlichen Hand und Verelendung der Massen von Menschen ist nicht beigefügt. Hier liegen die Grenzen einer paritätisch besetzten Kammer für soziale Ordnung.

Engagement zeigen die Vertreter neoliberaler Wirtschaftspolitik allerdings bei den

Themen Familie und Bildung. Hier liegt die integrative Leistung der Denkschrift, parteiübergreifend Anregungen für Reformen zu geben.

Ein Lob erhalten familien-freundliche Maßnahmen (Betriebskindergärten, flexible Arbeitszeiten usw.). Ebenso auch Betriebe, die ältere Menschen beschäftigen.

Die Denkschrift widmet sich ausführlich nötigen Reformen im Bildungssystem und tadelt den Mangel an Integration von Arbeiter- und Migranten-Kindern. Deutschland liegt hier am Schluss der Industrieländer (64), ja die Denkschrift diagnostiziert ein Versagen des Bildungssystems. Reformen für Kindergärten und Schulen sind dringend nötig, um benachteiligte Kinder zu fördern. Eine Kooperation von Schulen, Kommunen und Unternehmen wird vorgeschlagen (68) Angebote der Ev. Kinderund Jugendarbeit dazu. Im Bereich Familien wird beklagt, dass manche Kinder schon in der dritten Generation als Sozialhilfe-Empfänger heranwachsen. Empfohlen werden frühpädagogische Einrichtungen nach einem englischen Modell. Im Abschnitt Diakonie werden zuerst diakonische Einrichtungen in ihren Möglichkeiten vorgestellt. Sie haben persönliche Kontakte, Sachkompetenz, sind an ethischen Idealen orientiert, nämlich in der Nachfolge Jesu Christi stehend, der sich mit den Geringsten unter seinen Schwestern und Brüdern identifiziert. Verwiesen wird auf die Diakonie-Denkschrift 1988. Professionell und ehrenamtlich wird hier der Kampf gegen die Armut aufgenommen. Gefordert wird die Kooperation mit den Kirchengemeinden und den Akteuren der Zivilgesellschaft in öffentlicher Verantwortung. Refinanzierung von Arbeits-Bereichen durch den Staat hat neue Möglichkeiten aber auch Abhängigkeiten gebracht. Beklagt wird, dass im Bereich der Schuldnerberatung der Auftrag

verengt ist. (74) Ein Ermahnung geht an die Kirchengemeinden: "Ärmere Menschen sind in vielen christlichen Gemeinden wenig oder gar nicht zu finden." "Emotionale, kulturelle und soziale Distanzen" sind der Grund. Zwar gibt es Ausnahmen, aber das "Mittelschichtmilieu herrscht vor." Die Gemeinden sind aufgerufen, sich auf die Lebenswelt der Armen einzustellen, ihre Stärken wahrzunehmen und sinnvolle Angebote für sie einzurichten. Die Chance der Kirche ist, Teilhabe ohne Vorbedingungen wie Geld oder Arbeit zu gewähren. Die Denkschrift schließt mit dem Appell: Es ist "eine Christenpflicht, alles zu tun, damit jeder und jede mit ihren Gaben und Fähigkeiten in der Gesellschaft Anerkennung findet und zur eigenen Versorgung sowie zum Wohl aller das ihm und ihr Mögliche beitragen kann." (79)

III Die Synode der EKD in Würzburg, 5.–9. November 2006, hat eine Kundgebung beschlossen unter dem Thema "Gerechtigkeit erhöht ein Volk – Armut und Reichtum"

"Armut muss bekämpft werden – Reichtum verpflichtet" lautet die Überschrift. Die theologische Einleitung geht von der Gottes-Ebenbildlichkeit des Menschen und der Gleichheit aller aus. Die Folgerung ist: "Menschen vom gemeinsamen Leben auszuschließen und Teilhabe zu verweigern, ist Sünde vor Gott." "Deutschland ist ein reiches Land" steht über dem zweiten Abschnitt. "Viele Unternehmen erzielten in den letzten Jahren enorme Gewinnsteigerungen...Weltweit gehört Deutschland insgesamt zu den Gewinnern der Globalisierung." Das ist eine Verpflichtung, Armut zu bekämpfen. "Deutschland ist ein armes Land", steht über dem dritten Abschnitt.

"Die Kluft zwischen Reichen und Armen wird größer." (17) Prozent der Bevölkerung sieht die Synode als arm an. "Ungleichheit wächst", sagt der vierte Abschnitt "Inzwischen verfügt das reichste Zehntel der Bevölkerung nahezu über die Hälfte des gesamten Privatvermögens. Dagegen besitzt das unterste Zehntel nicht viel mehr als ein Zwanzigstel. Mittlerweile gibt es Löhne unter dem Existenzminimum, während Gehälter von Spitzenverdienern explodieren." Nach dem Zitat von Matth. 25, 40 (Christus identifiziert sich mit den Geringsten) folgen fünf Forderungen mit jeweils fünf Konkretionen: 1. Den Ausgleich gestalten! Konkret: Nötig ist "ein Steuersystem, das alle Einkunftsarten erfasst, nach Leistungsfähigkeit besteuert und transparent ist." Die Gemeinden sollen sich durch Projekte der Armutsbekämpfung profilieren. 2. Weltweit faire Chancen eröffnen." Ein "faires Regelsystem für die Weltwirtschaft ist nötig." Menschenrechte und ökologische Standards sind zu verwirklichen." Konkret: Regierung und Parlament sollen helfen, die Gemeinden auch, z.B. im fairen Handel und durch ethisch verantwortliche Geldanlage. 3. "Alle Menschen werden gebraucht!" Ein "öffentlich geförderter Arbeitsmarkt" ist deshalb notwendig. Konkret: Das "Passiv-Aktiv-Transfer- Modell des Diakonischen Werks wird empfohlen. Es spricht sich für die Bildung eines zweiten Arbeitsmarktes aus. Die Armen müssen eine Heimat in der Kirche haben, beteiligt werden. 4. "Öffentliche Güter für alle bereitstellen!" Der Reichtum in der Gesellschaft muss "zur Sicherung des allgemeinen Wohlstands herangezogen werden", damit ein handlungsfähiger Staat "fairen Zugang zu öffentlichen Gütern" gewährleistet. Konkret: Ärmere Kinder sollen eine "bundesweite Freizeitkarte", die öffentlich finanziert ist, bekommen. Es sollen sich "Gemeindepartnerschaften" bilden, damit wohlhabende Gemeinden Projekte in ärmeren unterstützen. 5. "Gleiche Bildungsund Ausbildungschancen sichern." So soll die Benachteiligung armer Kinder beseitigt werden, besonders durch frühkindliche Bildung. Konkret: Weniger Kinder bedeutet frei werdende Mittel. Sie müssen für Oualitätsverbesserung im Bildungs- wesen bleiben. Kirche muss Kindertagesstätten und Schulen verantwortlich fördern. Luk 12, 48 wird zitiert: Wem viel gegeben ist, bei dem wird man viel suchen." Die gute Gabe des Reichtums muss dem Gemeinwohl dienen. Schluss-Satz: "Der gerechten Verwendung von Reichtum, die den Menschen Freiheit und Teilhabe ermöglicht, ist Gottes Segen verheißen."

IV "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit". Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland

Vor Zehn Jahren, am 22. Februar 1997 erschien das so genannte Sozialwort beider Kirchen. Vor zehn Jahren standen schon Warnungen wie diese da: "Heute ist die Gefahr groß, dass die Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der sozialen Sicherung gestärkt werden soll. Nicht nur als Anwalt der Schwachen, sondern auch als Anwalt der Vernunft warnen die Kirchen davor, den Pfeiler der sozialen Sicherung zu untergraben." (9) Die Denkschrift forderte eine "strukturelle und moralische Erneuerung" der sozialen Marktwirtschaft, die auch ökologischen und globalen Perspektiven verpflichtet sein muss. Die moralische Erneuerung soll verhindern, dass der individuelle Eigennutz, das "Strukturelement der Marktwirtschaft" zum "zerstörerischen Egoismus" verkommt: Bestechung,

Steuerhinterziehung, Missbrauch von Subventionen und Sozialleistungen wären die Folge. (10) Abbau der Massen – Arbeitslosigkeit wird als "vordringlichste Aufgabe der Wirtschafts- und Sozialpolitik" bezeichnet. (11) Für eine gerechte Steuerpolitik wird plädiert: "Nicht nur Armut, auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird. Ohnehin tendiert die wirtschaftliche Entwicklung dazu, den Anteil der Kapitaleinkommen gegenüber dem Anteil der Lohneinkommen zu vergrößern." Diese Befürchtung hat sich also bewahrheitet. Dann weist die Denkschrift auf frühere Bemühungen hin, die - was sie nicht sagt - keinen Erfolg hatten: "Umso wichtiger das von den Kirchen seit langem vertretene Postulat einer breiten Vermögensstreuung. Dafür wurde eine Reihe von Investivlohnmodellen entwickelt." (13) Jetzt auf dem Höhepunkt der Armutsdebatte erinnern sich die großen Volksparteien CDU und SPD an diese Modelle. "Eigentumsbildung in

sozialer Verantwortung" hieß die Denkschrift der EKD, die 1962 erschien. "Die Empfänger von Lohneinkommen" müssen "in wachsendem Maße selbst Eigentum an Produktionsmitteln bilden und diese ständig vermehren." (70) Vor 45 Jahren also ist die Frage der Verteilungs-Gerechtigkeit also schon thematisiert worden.

Das Sozialwort beider Kirchen ist in einem Konsultationsprozess entstanden. Es hat auf den Rat von Fachleuten gehört, vor künftigen Fehlentwicklungen gewarnt. Seine Mahnungen sind nach wie vor aktuell und geben einen *Leitfaden* für künftige Diskussionen:

Die Zivilgesellschaft als Subjekt des Handelns ist zu stärken. Soziale und rechtliche Aufgaben des Staates müssen energisch angemahnt werden. Wie müsste Gerechtigkeit und Solidarität heute gestaltet werden? Kritische christliche Gruppen können dabei einen Freiraum eröffnen, in den die Kirche folgen kann. Allerdings muss sich die Kirche selbst fragen, wie sie in ihren eigenen Strukturen Vorbild sein kann. (vgl. Presse-Erklärung des BRSD in CuS 4/2006)

"Ein Zwangsprozess zugunsten der Unternehmen und der öffentlichen Hand vollzog sich bisher schon dort, wo die Konsumentenschaft durch die hohen Preise der Nachkriegszeit gezwungen war, zur Bildung von Investitionskapital beizutragen. Es kann kein Widerspruch zu einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung sein, wenn der Sparzwang nun auch denen zugute kommt, die bisher an der Kapitalbildung keinen eigenen Anteil hatten." (S. 89)

"Die Tatsache, dass heute 80 Prozent der Beschäftigten kein Eigentum an den Produktionsmitteln, mit denen sie arbeiten, haben, bedeutet nicht, dass diese Menschen durchweg nicht willens und imstande wären, bei entsprechender Unterweisung und bei Vertretung ihrer Interessen eigene Anteile an dem Produktionsvermögen der Wirtschaft zu erwerben und als Sparvermögen für die Wirtschaft zu bewahren." (S. 99)

Aus: Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung, Denkschrift des Rats der EKD, Erläuterungen Eberhard Müller, Hamburg 1962

## Erwartungen der Kirche an die Politik

Von Frank-Matthias Hofmann

ie Evangelische Kirche in Deutschland ist durch die Staatskirchenverträge, aber auch durch die Erfahrungen des Kirchenkampfes der "Bekennenden Kirche" im sog. "Dritten Reich" einer der verlässlichen Partner des Staates bei der Regelung dessen Angelegenheiten. Was erwartet die Kirche von der Politik?

1. Die Kirche erwartet zunächst ganz einfach und schlicht von der Politik nichts anderes, als dass auch sie weiß und sich darauf einrichtet, dass der Staat Staat ist und nicht mehr sein kann. Die Erfahrungen im Kirchenkampf haben gezeigt, dass es überall dort, wo der Staat mehr sein will, nämlich auch über die "Seelen" der Menschen verfügen will und sich mit quasi-göttlichen Weihen umgeben will, in der Unmenschlichkeit endet und schrecklich scheitert. Die Kirche erwartet also eine Selbstbeschränkung des Staates: Dieser muss darum wissen, dass er seine Grundlage nicht nur im gemeinsam zum Ausdruck gebrachten gesellschaftlichen Willen seiner Bürgerinnen und Bürger hat, sondern auch außerhalb seiner selbst in den unveräußerlichen Menschenrechten und der Wahrung der Menschenwürde, die sich seinem unmittelbaren Zugriff entzieht. Der Gottesbezug in der deutschen Verfassung markiert dies: Die Verfassungsväter haben nach den Erfahrungen mit dem totalitären NS -Regime, das Anspruch auf alle Gebiete menschlichen Daseins erhoben hatte, dies bewusst als Grenze staatlichen Handelns und seiner Begründung formuliert. In Extremfällen kann es deshalb nötig werden, dass die Kirche den

Staat gegen den Staat verteidigt. Auch zwischen Staat und Gesellschaft ist zu unterscheiden.

2. Die Kirche denkt mit Dankbarkeit an das, was in der fünften These der Barmer Theologischen Erklärung, die auch die Pfälzische Landeskirche in gebührender Achtung" halten will, steht: Der Staat hat in Androhung und in Ausübung von Gewalt für "Recht und Frieden" zu sorgen. Hier wird das Gewaltmonopol eines demokratisch verfassten Gemeinwesens anerkannt, aber an inhaltliche Bedingungen geknüpft, die 1943 nicht gegeben waren: Der Staat und die ihn repräsentierenden Politiker sind der Wahrung bzw. Schaffung von Recht und Frieden verpflichtet. Ihnen ist aufgetragen, "nach dem Maß menschlicher Einsicht und ihres Vermögens" sich für die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger einzusetzen und alles dafür zu tun, dass der gesellschaftliche Frieden gewahrt bleibt bzw. dort angestrebt wird, wo er gefährdet scheint oder wird.

In der Demokratiedenkschrift von 1985 hat sich die Evangelische Kirche zum ersten Mal in ihrer Geschichte zur rechtsstaatlichen Demokratie als der am ehesten mit dem Evangelium zu vereinbarenden Staatsform bekannt. Sie stellt sich damit an die Seite der die demokratische Staatsform gestaltenden Politiker und unterstützt diese, wenn sie sich für Recht und Frieden, der eine Frucht der Gerechtigkeit ist, einsetzen. Die Kirche erwartet an diesem Punkt von den Politikern lediglich, dass diese die Mitstreiterschaft der ev. Kirche um ein jeweiliges "Mehr Demokratie wagen" anerkennt und sich im Dienst am Nächsten zunutze macht

3. Diese Partnerschaft ist begründet auch durch die Staatskirchenverträge, in denen Kirche und Staat ihre Angelegenheiten verbindlich festgelegt und geregelt haben. So darf die Kirche von den Politikern erwarten, dass diese sich an die bestehenden Verträge und Regelungen halten. Durch das Subsidiaritäts-Prinizip hat die Kirche als "freier Träger" staatliche Aufgaben übernommen, von denen der Staat meint, dass diese auch von anderen, dem demokratischen Gemeinwesen verpflichteten Organisationen, gut, womöglich besser als durch ihn selber, wahrgenommen werden können. Dazu zählen z.B. Vereinbarungen über die Mitwirkung von Pfarrern im Religionsunterricht an den Schulen, die Soldaten und Polizeiseelsorge, der Unterhalt von Kindertagesstätten, Pflegediensten und Altenheimen, also Dienste, die durch von der Kirche angestellte und finanzierte Mitarbeitende für die Allgemeinheit wahrgenommen werden. Dazu zählt auch die anteilsmäßige Ausfinanzierung dieser kirchlich eingerichteten Stellen durch den Staat, dessen Bürger in ihrer Gesamtheit ohne Ansehen der Person (und des Konfessionsstandes) von diesen kirchlichen Diensten profitieren.

4. Die Kirche erwartet schließlich von den Politikern, dass diese sich – verstehen sie sich nun als Christen oder nicht – zunächst einmal auf die Argumente der Kirche als einer der tragenden gesellschaftlichen Kräfte, einlässt, bei ihren Entscheidungen bedenkt und nach Möglichkeit berücksichtigt. Die Kirche ist dabei ihrerseits nicht frei, ist sie doch an die Einsichten des horizontal einwirkenden Evangeliums von der Liebe Gottes zu uns Menschen, die sich auf der vertikalen Linie bei uns Menschen in Gottesfurcht, Gerechtigkeitsempfinden, Friedensliebe und mitmenschlichem Erbarmen und Solidarität äußern, gebunden.

Dabei sind Themen aktuell wie die Frage der sozialen Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft, die auseinander zu driften droht, und wie verhindert werden kann, dass die Schere zwischen Reich und Arm immer größer wird. Wenn Jesus die Armen selig preist, kann die Kirche gar nicht anders als

an der Seite der Armen und gesellschaftlich Marginalisierten zustehen und sich für sie zu engagieren. Kirche erwartet deshalb von Politikern, dass sie Armut als solche überhaupt wahr-



Frank-Matthias Hofmann

nehmen und Ressourcen für deren nachhaltige Bekämpfung zur Verfügung stellen.

Aber auch bei Themen wie Sonntagsschutz, Ladenschlusszeiten, einem ausgewogenen Umgang mit dem Verhältnis von Lebens- und Arbeitszeit, erwartet Kirche von Politikern, dass sie einem neoliberalen und durch-ökonomisierten Menschenbild in der modernen Produktionsgesellschaft, das auf totale Vermarktung aus ist, widersprechen. Auch die Diskussion, welche Welt wir eigentlich unseren Enkeln und Urenkeln übergeben wollen, und wie wir als getreue Haushalter der guten Schöpfung Gottes, die uns zum Bebauen, aber auch zum Bewahren (nur) anvertraut ist, gemäß Gottes Auftrag handeln sollen, wird unsere Erwartungen kontinuierlich begleiten.

5. In allen diesen Fragen um die sozialen und gesellschaftlichen Konflikte der Gegenwart und die gemeinsame Weltverant-

### Erwartungen der Kirche an die Politik

wortung und -gestaltung von Christen und Nichtchristen erwarten wir, dass Politiker aufrichtige Gesprächspartner sind, die authentisch und menschlich sich in den Dienst des *Allgemeinwohls* stellen, und die um unser christliches Bekenntnis wissen (und es respektieren, so sie es nicht sowieso teilen), dass wir unser Leben uns nicht selbst verdanken, sondern Gott, und aus dieser Dankbarkeit heraus Weltverantwortung wahrnehmen und das Zusammenleben in der Bürgergesellschaft mitgestalten.

Frank-Matthias Hofmann Geboren 6.2.1959 in Heidelberg, aufgewachsen in Lambrecht /Pfalz, Mitarbeit in der Kinder- und Jugendarbeit in Kirchengemeinde, Dekanat und Landeskirche. Nach dem Abitur 1978 in Neustadt Studium der Theologie in Bethel, Göttingen, Utrecht, Amsterdam und am Jüdischen Lehrhaus in Hilversum, Nach dem Examen 1985 Gastvikariat in der ref. Gemeinde Nordhorn Nach dem 2. theologischen Examen bei der Ev-ref. Kirche in Leer/Ostfriesland 1989 bis 2006 Gemeindepfarrer der Prot. Kirchen-Gemeinde Rheingönheim, Ludwigshafen, Mitbegründer ihrer Partnerschaft mit Cape Coast / Ghana, 1991-1997 Moderator der Reformierten Konferenz Hessen-Pfalz, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses Juden und Christen des Reformierten Bundes, 2000 Mitglied im landeskirchlichen Ausschuss Juden und Christen sowie Mitbearünder von Foren Juden und Christen in Kloster Frenswegen und Ludwigshafen. Seit 1.9.2006 ist er Beauftragter der Evangelischen Kirchen für das Saarland. Verheiratet ist er mit Pfarrerin Silke Portheine-Hofmann, Das Ehepaar hat eine zehnjährige Tochter und achtjährige Zwillinge.

"Im Gespräch mit allen Beteiligten in Arbeit und Wirtschaft, Kirche und Gesellschaft, werden wir weiterhin eintreten für die, die in unserer Gesellschaft marginalisiert werden. Wir dürfen uns nicht der totalen Ökonomisierung des Denkens ausliefern, die sich um uns her ausbreitet. Wir wissen: Wirtschaftliche Entscheidungen erzeugen keine ethischen Werte. Solidarität kann nicht durch den Markt entstehen. Wirtschaftliche Gerechtigkeit ist überhaupt nur möglich, wenn die Zivilgesellschaft ihre eigenständige Bedeutung behält und neue Kraft entwickelt. Sie kann sich nur entfalten, wenn der Staat die Bedingungen für menschliche Solidarität fördert und den Schwächeren beisteht. Geeignete politische Rahmenbedingungen sind nötig, damit sozialer Ausgleich geschaffen und der Zusammenhalt in der Gesellschaft gefördert wird."

(Schlusswort/Ausblick Zehn Jahre Sozialgipfel Saarland – Jubiläumsveranstaltung am Montag, 5.3.2007 um 16 Uhr im Großen Saal der Arbeitskammer Saarbrücken. Von Kirchenrat Frank-Matthias Hofmann)

# Der Staat – zwischen Vergottung und Verspottung

Von Erhard Eppler

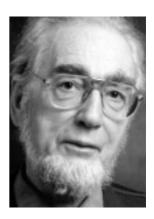
Was Menschen zum Thema "Staat" zu sagen haben, hängt davon ab, mit • welcher Art von Staat sie zu tun haben. Dies gilt sogar für den Apostel Paulus. Der römische Staat in der frühen Kaiserzeit bedeutete für die Unterworfenen rund um das Mittelmeer – und zu ihnen gehörten die Juden – ein hartes Regiment Die Todesstrafe wurde schnell und in ihrer grausamsten Form öffentlich vollstreckt, und dies auch für Vergehen gegen den Kaiser, die es in einer Demokratie nicht geben kann.

Trotzdem hatte Paulus Grund zu der Überzeugung, dass dieser römische Staat besser war als kein Staat, besser als alles, was die "Barbaren" rund um das Römische Reich zu bieten hatten. Es gab Gesetze, es gab ein Recht, das den Bürgern - und den unterworfenen Nicht-Bürgern - bekannt war, an das man sich zu halten hatte. Der Staat hatte sein Gewaltmonopol durchgesetzt, duldete keine andere Gewalt. Aber er war in der Ausübung dieses Gewaltmonopols einigermaßen berechenbar. Das gesetzte Recht entsprach nicht immer dem, was wir heute für rechtens halten, aber man wusste wenigstens, wann und wofür man mit Strafe zu rechnen hatte. Wer cives Romanus, Römischer Bürger, war, hatte Privilegien, und auch die waren allgemein bekannt, man konnte sich darauf verlassen. Paulus war, anders als Iesus und seine Iünger, römischer Bürger und hat sich im Notfall auch darauf berufen.

Es ist die Vermutung eines Historikers, nicht eines Theologen, dass die berühmte

Anweisung an die Gläubigen in Römer 13 mit den Erfahrungen des Apostels im Römischen Reich zu tun hat. Verglichen mit der Rechtsunsicherheit, der eher chaotischen Gewalt außerhalb des römischen Reiches, war eine stabile, berechenbare, wenn auch harte Obrigkeit ein Geschenk Gottes. "Je-

dermann sei Untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott: wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet." geht weit über das hinaus, was von



Erhard Eppler

Jesus überliefert ist.

Das "Wo aber Obrigkeit ist …" erinnert daran, dass es eben auch Landstriche ohne eine erkennbare, anerkannte, berechenbare Obrigkeit gibt, und die liegen außerhalb des Römischen Reiches. Sicher. Paulus wollte die römische Obrigkeit beruhigen, besänftigen. Der Missionar hatte genug Feinde. Aber er war wohl auch davon überzeugt, dass jeder geordnete Staat mit verlässlichem, geschriebenem Recht dem Nicht-Staat vorzuziehen sei, ja dass Gott den geordneten Staat mit verlässlichem Recht als Gabe für die Menschenkinder erschaffen habe

Paulus beruft sich nicht auf Jesus, auch nicht auf das Alte Testament. Er nimmt eigene Autorität in Anspruch. Er hätte dies wohl nicht tun können, wenn seine Anweisung jeder vernünftigen Überlegung widersprochen hätte. Diese Überlegung gilt bis heute. Was war für die Menschen im Irak schlimmer, die Diktatur des grausamen Saddam Hussein oder das Gewaltchaos, das die Amerikaner angerichtet haben – und das übrigens mit wochenlangen Plünderungen, also entfesselter Kriminalität, unter den Augen der US-Soldaten begann?

II. Die Kirchen haben Römer 13 sehr ernst genommen. Paulus hat damit das konstantinische Bündnis von Kirche und Staat vorbereitet, dem Gottesgnadentum der frühen Neuzeit die theologische Grundlage geliefert, und das hat, vor allem in den lutherischen Kirchen, zu einer Staatsfrömmigkeit geführt, die noch den Widerstand gegen Hitler in Gewissenskonflikte führte. Heute feiern wir Dietrich Bonhoeffer, weil er nicht mehr glauben konnte, Hitlers Herrschaft sei von Gott. Aber das ist ganz neu. Noch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg galt Bonhoeffer, etwa im Gegensatz zu Paul Schneider, als politischer Verschwörer. Das Todesurteil gegen ihn wegen Hochverrats folgte danach dem bis dahin gültigen Recht.

Dass Bonhoeffer heute sogar in der katholischen Kirche wie ein Heiliger verehrt wird, ist nicht nur die Folge einer kritischeren Sicht auf das NS-Regime, vor allem die auf NS-Justiz, es spiegelt auch eine neue Distanz zum Staat. Nicht jeder Staat hat Anspruch auf die Loyalität des Christen. Der totalitäre *Staat* des 20. Jahrhunderts, der das staatliche Gewaltmonopol zum Mordmonopol verkommen ließ, ist keine Obrigkeit von Gott. Christen bleiben aufgefordert, dafür einzutreten, dass eine solche

"Obrigkeit" nie wieder Gewalt über uns haben kann.

Wer große Teile des 20. Jahrhunderts bewusst erlebt hat, wird einen Staat immer wieder danach beurteilen, ob er in Gefahr ist, totalitär zu werden. Er wird hellhörig und argwöhnisch, wenn vom starken Staat die Rede ist.

Er kann nur noch schwer verstehen, dass der Philosoph Georg Friedrich Wilhelm Hegel den modernen Staat – gemeint war der monarchische Rechtsstaat des frühen 19. Jahrhunderts – als "Wirklichkeit der sittlichen Idee" gefeiert hat. Von da war es nur ein kleiner Schritt zur Staatsvergottung. Zum Staat als Gott, dem auch Menschenopfer zustehen.

Heute wird der Staat und die Menschen, die ihn repräsentieren, eher mit Karrierismus, Machtmissbrauch, ja Korruption verbunden. Viel Stoff fürs Kabarett. Der Staat hat sich im 20. Jahrhundert so gründlich diskreditiert, dass aus der Staatsvergottung die *Staatsverspottung* geworden ist. Dass es denen, die gewählt wurden, den Staat zu regieren, um das gemeine Wohl geht, glaubt nur noch eine Minderheit. Galt für Hegel der Staat als Garant der Freiheit, so findet heute die These Anklang: "Je schwächer der Staat, desto freier der Bürger."

III. Der Staat des 20. Jahrhunderts verstand sich in Europa und darüber hinaus als *Nationalstaat*. Dieser Nationalstaat hat sich durch die unvorstellbaren Gemetzel zweier Weltkriege diskreditiert. Es war konsequent und richtig, dass er danach einen Teil seiner Souveränität auf die Europäische Gemeinschaft übertrug. Was immer man an der EU kritisieren mag, sie hat Kriege zwischen europäischen Staaten praktisch unmöglich gemacht. Und das ist eine gewaltige Leistung.

Seit der Implosion des Kommunismus ist es vor allem die *Globalisierung*, die diesem Staat zusetzt. Nicht die Globalisierung der Warenmärkte, daran hatten sich Länder wie Deutschland, die Niederlande oder Frankreich längst gewöhnt. Was den Nationalstaat zum Standort degradiert, ist die Globalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte. Für Konzerne steht der ganze Globus offen, wenn sie investieren wollen. Dieser Globus verfügt über unterschiedliche Standorte, die alle ihre Vorteile und Nachteile haben. Was ein Vorteil, was ein Nachteil ist, entscheiden die Gewinnerwartungen. Meist sind es die kurzfristigen Gewinnerwartungen der Aktionäre, zumal der Großaktionäre in den diversen Fonds. Da zählt Ausbildung, Motivation der Arbeiter und ihre Arbeitsdisziplin, da zählen Verkehrsnetze, Telekommunikation, aber noch mehr Löhne und Steuern. Wenn unsere Löhne in den letzten 20 Jahren kaum, die Vorstandsgehälter dafür in luftige Höhen gestiegen sind, dann hat das damit zu tun, dass die Löhne der Arbeiter mit denen ihrer Kollegen in Tschechien, der Ukraine oder gar China konkurrieren müssen, während die Vorstände meinen, sie müssten mit ihren Kollegen in den USA Schritt halten. Wenn die Mehrwertsteuer deutlich erhöht, die Unternehmenssteuern aber gesenkt werden, dann nicht, weil das Gerechtigkeitsgefühl des Finanzministers defekt wäre, sondern weil der Mehrwertsteuer niemand entfliehen kann, während hohe Unternehmenssteuern dazu führen, dass weniger Investitionen weniger Arbeitsplätze schaffen, ja dass Betriebe verlagert werden. Kein Finanzminister kann sich einfach ausklinken aus dem Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern, in den ein global agierendes Kapital die Nationalstaaten hineingezwungen hat. Nicht was die Regierung für gerecht hielte, wird Gesetz, sondern was das Land "wettbewerbsfähig" macht. Bei vielen Bürgern ist dieser deprimierende Tatbestand noch nicht angekommen, zumal Politiker aller Parteien nicht gerne über ihre eigene Machtlosigkeit reden. Würden sie es tun, so müssten sie die Frage riskieren: "Wozu wählen wir Euch, wenn Ihr Euch nachher doch den Zwängen eines globalisierten Kapitalmarkts fügen müsst?" Ob Politiker es zugeben oder nicht, die Menschen spüren, dass Demokratie nur noch eingeschränkt die Herrschaft des Volkes, der Wähler bedeutet.

IV. Der im 20. Jahrhundert diskreditierte Nationalstaat verliert also im 21. Jahrhundert an Entscheidungskompetenz und damit an Macht. Na und? Genau dies sei gut für die Märkte, das Wachstum, den Welthandel, den Wohlstand und damit für uns alle, hämmern uns seit zwei Jahrzehnten die *Marktradikalen* ein. Wenn es stimmt, dass im 20. Jahrhundert die Menschen umso unfreier wurden, je totaler der Staat sich gebärdete, dann muss im 21. Jahrhundert doch auch das Umgekehrte gelten: Je schwächer der Staat, desto freier der Bürger.

Das war auch die Leitlinie des so genannten "Washington Consensus", an den sich über Jahrzehnte die Weltbank und vor allem der Internationale Währungsfonds hielten, wenn sie Ländern in Lateinamerika oder Afrika ihre "Anpassungsprogramme" auferlegten. Weniger Geld für Bildung, Polizei, Justiz, Soziales, dafür niedrigere Steuern. Da aber die Staaten des Südens ohnehin schwach auf der Brust waren, wurden sie nicht sportlich schlank, sondern schwindsüchtig krank, und da sie ihren Bürgern und vor allem ihren Bürgerinnen keinen Schutz, keine Schulen für die Kinder, kein sauberes Wasser mehr bieten konnten, wurde es unerheblich, ob ein Dorf von der Zentralregierung oder vom nächsten Warlord und seinen Söldnern beherrscht wurde. Die Staaten zerfielen, vor allem in Afrika.

Dabei machten die Bürger und noch mehr die Bürgerinnen die Erfahrung: Sie wurden

nicht frei, sondern Freiwild für eine verwilderte Soldateska. Wo kein Staat mehr Recht setzen kann, gilt das Recht des Stärkeren, und das heißt heute: der Kalaschnikows. Opfer sind vor allem die Schwachen. Kinder und Frauen. Im Kongo ist es vorgekommen, dass Mütter ihre 12-jährigen Kinder freiwillig den Warlords als Kindersoldaten überließen, mit der schauerlichen Begründung, dort seien sie allemal noch sicherer als bei ihnen. Wer als Europäer den Staatszerfall im Süden beobachtete, wurde plötzlich gewahr, dass der Staat sich gar nicht von selbst verstand. Er war keine Katze, die, wohin man sie wirft, immer wieder auf die Füße fällt. Er war ein Produkt menschlicher Kultur, und wie alle solche Errungenschaften gefährdet, hinfällig, pflegebedürftig.

Dazu kam, dass die Marktradikalen in den USA nicht mehr nur propagierten, dass weniger Staat mehr Freiheit und Wohlstand bedeute. Sie ließen erkennen, was ihr Ziel war: Der Marktstaat. Die ganze Weltgeschichte laufe zu auf den Marktstaat, steht in einem 800-Seiten-Buch des amerikanischen Historikers und Präsidentenberaters Philipp Bobbit. Der Marktstaat ist nur noch zuständig für das Funktionieren der Märkte, des Warenmarkts, des Arbeitsmarkts, des Versicherungsmarkts, des Bildungsmarkts, ja sogar des Sicherheitsmarkts, Diese Märkte müssen dem Bürger "opportunities', Gelegenheiten, Schnäppchen bieten. Der Bürger hat die Freiheit, sie zu nutzen - oder auch nicht. Will oder kann er es nicht, so ist der Staat nicht mehr zuständig. Arbeitsmarkt: Für die Arbeitslosen ist der Staat nicht mehr zuständig. Sicherheitsmarkt: Jeder kann sich bei einer Sicherheitsagentur Sicherheit vor Verbrechen kaufen – oder auch nicht. Das geht dann an den Kern jedes Staates, sein Gewaltmonopol. An seine Stelle tritt der Gewaltmarkt.

Seither wird für immer mehr Menschen klar, dass manche Marktradikalen so etwas wie einen umgekehrten Kommunismus propagieren und oft auch praktizieren. Hatten die Kommunisten versucht, den Markt durch Staat, also Beschlüsse eines Politbüros, ausgeführt durch Bürokratie, zu ersetzen, so soll nun, so weit dies irgend geht, der Staat durch den Markt ersetzt werden. Sicher, es soll ia auch im Marktstaat so etwas wie Staat geben, aber ist der handlungsfähig, lebensfähig? Will er Demokratie sein, worüber sollen die Parlamente diskutieren? Renten? Ieder kann sich versichern. Wer es nicht tut, ist selbst schuld. Bildung? Für jedes Kind kann man Bildung kaufen, gute, sehr gute, notfalls miserable Schulen, je nach Geldbeutel. Und wer sich von Kriminalität bedroht fühlt, kennt ja die Telefonnummern der Sicherheitsfirmen. Die Bürgerin wird zur Kundin.

Politik wird nicht verboten, sie verliert ihren Gegenstand, wird gegenstandslos. Es gehört schon einige Naivität dazu, sich einen solchen Staat vorzustellen. Er müsste am Desinteresse seiner Bürger zugrunde gehen, die sich dann als Kunden wieder finden.

V. Der Widerstand gegen die marktradikale Abwertung des Staates hat in Lateinamerika begonnen, auf einem Kontinent, der erfahren hat, was es bedeutet, wenn das staatliche Gewaltmonopol zerbröselt, wenn, wie in den Ballungsräumen von Rio oder Sao Paolo, jedes Jahr viele tausend Menschen eines gewaltsamen Todes sterben, umgekommen in Bandenkriegen, durch Todesschwadronen oder Drogenmafia. Inzwischen verebbt die marktradikale Welle auch in Europa. Jetzt wird wieder gefragt, ob der Markt all das kann, was man ihm zutraut, was die unaufgebbaren Staatsaufgaben sind, wozu der Staat nötig, wo er unersetz-

lich ist. Die christliche *Soziallehre* wird wieder modern.

Es wird auch klar, dass alles, was dem Markt übergeben wird, zur Ware wird, die einige kaufen können, andere nicht, dass also keineswegs alle Bürgerinnen zu Kundinnen werden. sondern nur die kaufkräftigen.

Dass Autos, Kühlschränke, aber auch Brot und Käse Sache des Marktes sind, bestreitet niemand mehr. Der Wettbewerb der Bäcker um das schmackhafteste und gesündeste Brot ist allemal besser als das staatlich verordnete Einheitsbrot. Aber wie ist das mit der Bildung? Sie ist ein Menschenrecht, dem zu dienen der Staat verpflichtet ist, keine Ware. Sicherheit? Sie ist eine Bringschuld des Staates als Ausgleich für sein Gewaltmonopol, Es kann keine ungerechtere Gesellschaft geben als eine, in der die Sicherheit zur käuflichen Ware wird, Vorsorge für Krankheit und Alter? Natürlich hat jede und jeder die Pflicht, sich selbst darum zu bemühen. Aber was wird aus denen, die das nicht können? Wenn die körperliche Unversehrtheit ein Menschenrecht ist, dann ist der Staat auch dafür verantwortlich, dass niemand hungert. Wenn die Würde des Menschen Staatsziel ist, dann darf der Staat menschenunwürdige Verhältnisse nicht dulden. Kultur? Wenn nur noch stattfände, was sich am Markt unmittelbar auszahlt, dann könnten wir unsere großen Theater schließen und unsere philharmonischen Orchester nach Hause schicken. Übrig blieben vielleicht ein paar Musicals. Der Staat hat zwar nicht zu entscheiden, was Kunst ist, wohl aber dafür zu sorgen, dass alle Formen von Kunst möglich sind. Er hat nicht zu verordnen, was die richtige Philosophie oder gar die richtige Religion ist, aber er hat die Lehrstühle zur Verfügung zu stellen, auf denen darüber gearbeitet und diskutiert werden kann. Der Staat ist für Wahrheit nicht zuständig, wohl

aber für die Bedingungen der Wahrheitsfindung. Der Staat ist dafür zuständig, dass nicht zur Ware wird, was nicht zur Ware werden darf. Er ist dafür verantwortlich. dass die politische Auseinandersetzung darüber, wie wir leben wollen, in Freiheit möglich ist. Er darf nie versuchen, den Markt zu ersetzen, aber er muss ihm den Rahmen zimmern, innerhalb dessen er dem Gemeinwohl besser dienen kann. Wenn eine Klimakatastrophe droht, dann muss der Staat die Autoindustrie zwingen, Autos mit geringerem Ausstoß von Treibhausgasen zu bauen. Der Markt ist kurzfristig hocheffizient, aber er kennt weder ein soziales Gewissen noch Rücksicht auf die kommenden Generationen.

VI. Was bedeutet dies für unseren Alltag? Zum Beispiel, dass wir nicht mehr nach der Devise handeln, der Markt sei immer klüger als der Staat. Dass wir, wenn die Privatisierung der Stadtwerke zur Debatte steht, nicht nur fragen, was dies den Bürgern bringe, was der Stadthaushalt davon habe, sondern auch, was dies für die kommunale Selbstverwaltung bedeute. Was bleibt für die kommunale Demokratie - die Basis aller Demokratie -, wenn die Stadtwerke, die städtische Klinik verkauft sind, der Nahverkehr und die Stadtgärtnerei privatisiert ist? Immer weniger, vor allem dann, wenn die Stadtväter und -mütter wirklich geglaubt haben, Privatisierung müsse einhergehen mit Deregulierung. Alle Untersuchungen sagen das Gegenteil: Privatisierungen gelingen nur, wenn sie verbunden sind mit vielen Auflagen, welche die Interessen der Gesamtgemeinde und ihrer Bürger rechtlich absichern.

Es bedeutet auch, Steuern nicht als staatlichen Diebstahl zu verstehen. "Der Finanzminister greift den Bürgern in die Tasche", ist in jeder Provinzzeitung zu lesen. Anderen Leuten in die Tasche greift nur ein Taschendieb. *Der Staat ist dazu da, das Gemeinwohl gegen Sonderinteressen* durchzusetzen, für Sicherheit und Bildung zu sorgen. Er ist kein Taschendieb.

Als bei Sabine Christiansen am 11.2.2007 ein Politiker sagte, für Erbschaften müsse man nichts leisten, sie seien also leistungsloses Einkommen, antwortete ein Professor der Ökonomie, wenn der Staat die Erbschaftssteuer für Großvermögen erhöhe, leiste er auch nichts dafür, verschaffe er sich also leistungsloses Einkommen. Dabei vergaß der Herr Professor, dass seine gesamte Existenz auf Staatsleistungen beruht: Dass er eine Universität hat, wo er dozieren kann, dass er auf dem Weg zur Universität nicht befürchten muss, ausgeraubt zu werden, dass er Straßen für sein Auto vorfindet, nicht zuletzt, dass dieser Staat ihm ein großzügiges Gehalt überweist. Was würde er sagen, würde sein Gehalt halbiert mit der Begründung, es sei leider kein Geld mehr da? Er würde beim – vom Staat finanzierten – Gericht klagen und, aufgrund staatlicher Gesetze, Recht bekommen.

Schließlich könnten wir auch etwas mehr Nachsicht üben mit denen, die unter schwierigsten Umständen Politik für das Ganze machen sollen. Wenn man die Zeitungen liest, fragt man sich, woher es denn komme, dass Journalisten immer so viel klüger sind als Politiker. Müsste man nicht einfach tauschen? Die Leitartikler zu Ministern machen? Ich habe den einflussreichsten Journalisten seit 1945, Rudolf Augstein, im Bundestag erlebt: Eine klägliche Vorstellung, die rasch abgebrochen wurde. Wer Jahrzehnte in politischen Führungsgremien verbracht hat, weiß, dass eine wohl abgewogene, tragfähige Entscheidung einem Menschen viel mehr abverlangt als ein brillanter Leitartikel. Ganz sicher ist, dass zur Staatsverspottung nicht mehr Intelligenz gehört als - einst - zur Staatsvergottung.

Dr. Erhard Eppler

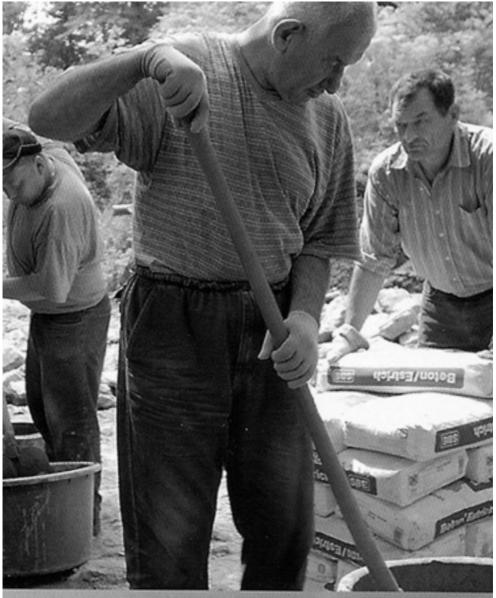
1926 geboren in Ulm, aufgewachsen in Schwäbisch Hall, 1943-1945 Soldat, 1951 Abschluss des Studiums der Germanistik und Geschichte mit der Promotion, 1953-1961 Lehrer. 1961-1976 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1968-1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1970-1991 Mitglied des Bundesvorstandes der SPD, 1973-1989 Mitglied des Präsidiums der SPD (ausgen. 1982-1984), 1973-1981 Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg, 1973-1992 Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD, 1976-1982 Mitalied des Landtags von Baden-Württemberg, 1976–1980 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1981–1983 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, 1985–1989 stellvertretender Vorsitzender beider Programmkommissionen der SPD, 1989-1991 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Zahlreiche Veröffentlichungen; zuletzt 2005 bei Suhrkamp: "Auslaufmodell Staat?"

"Damit dieser Souverän (sc. Bürger/innen) öfter zu spüren bekommt, dass der demokratische Staat sein Staat ist, brauchen wir das Plebiszit." (S. 217)

"Der Gedanke des internationalen Gewaltmonopols ... beflügelte schon die Gründer der Vereinten Nationen. Die Entscheidung über den Einsatz von Gewalt sollte beim Sicherheitsrat der UN liegen. Dadurch sollten Kriege zwischen Staaten verhindert werden." (S. 225)

"Den demokratischen Rechts- und Sozialstaat wird man immer neuen Gegebenheiten anpassen, also reformieren müssen … Das nächstbessere Modell hat noch niemand entworfen." (S. 230)

Aus: Auslaufmodell Staat?



## DIE ARBEITSERFINDER

## Rede zum 25-jährigen Bestehen des Arbeitslosenzentrums in Herford\*

## "Eine Million waren damals ein Skandal"

Von Eduard Wörmann

it der Ankündigung einer Festansprache habe ich Schwierigkeiten. Das Thema und der Tatbestand auf Grund dessen die heutige Jubiläumsveranstaltung stattfindet, die Massenarbeitslosigkeit, ist kein Anlass zum Feiern. Sie ist ein Skandal, wie auch schon vor 25 Jahren.

Deshalb ist es eine Notwendigkeit, aber auch ein Wunder zugleich, dass es das *Arbeitslosenzentrum* seit 25 Jahren und immer noch gibt. Zunächst gilt es aber, denen große Anerkennung und herzlichen Dank auszusprechen, die die ganze Zeit oder in einzelnen zeitlichen Phasen für das Überleben des Arbeitslosenzentrum mit viel Engagement und Phantasie gearbeitet, gestritten haben und auch eigene finanzielle Einbußen in Kauf genommen haben.

Ich habe im Vorstand mehrerer Beschäftigungsinitiativen mit schlechtem Gewissen Einschnitte beim Einkommen und Weihnachtsgeld und auch bei dem Umfang von Beschäftigung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit entscheiden und ihnen das zumuten müssen, um die Existenzgrundlage dieser Einrichtungen zu retten. Dabei ist mir bewusst geworden, welches Durchstehvermögen und welche Findigkeit in der Geschäftsführung solcher Einrichtungen erforderlich waren, um die Finanzierung zustande zu bringen. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass das Überleben solcher Projekte auch durch das Engagement von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den zuständigen Ämtern ermöglicht wurde. Belastend kam aber für die Beschäftigten der Initiativen hinzu, dass sie häufig in politischen, auch kirchlichen Gremien unsachlicher Kritik und Kontrolle durch diejenigen ausgesetzt waren, die trotz großer Distanz zur eigenen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit über Sinn und Notwendigkeit solcher Einrichtungen meinten mitreden und entscheiden zu können.

Ich bin um Rückblick und Erinnerung an die Anfänge des Arbeitslosenzentrums gebeten worden. Rückblick sollte aber immer mit Ausblick verbunden werden, sonst endet er in Nostalgie.

Eine der ersten regionalen Arbeitsmarktkonferenzen in Westfalen fand im Stiftberg Gemeindehaus statt. Günther Selberg hatte sie organisiert. Das Konzept solcher Konferenzen war: Es müssen alle an einen Tisch, die gegen Arbeitslosigkeit etwas tun können und müssen, einschließlich der unmittelbar betroffenen Arbeitslosen.

Übrigens war bei der Landessynode 1983 mit dem Thema "Zukunft der Arbeit Leben und Arbeiten im Wandel" eine Gruppe von Arbeitslosen als Experten offiziell beteiligt. Beteiligung der Betroffenen statt Betreuung, ein Motto von Gustav Heinemann, war ein wesentliches Organisationselement der kirchlichen Industrie und Sozialarbeit in Westfalen.

Arbeitsmarktkonferenzen waren häufig Beginn einer gezielten Arbeit für und mit Arbeitslosen vor Ort. In ihnen sollte den Teilnehmern bewusst werden, dass die Auseinandersetzung mit der Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung eine Gemeinschaftsaufgabe ist und bleibt, die auf gute Koordination und enge Kooperation zwischen den zuständigen arbeitsmarkt und wirtschaftspolitischen Gremien und Institutionen angewiesen ist. Dieser Gedanke spielt bei der jetzigen Neuorganisation des Arbeitsmarktes und seiner Institutionen theoretisch auch eine wichtige Rolle. Ich höre aber immer wieder, dass die Praxis häufig von Rivalität, Machtkämpfen und wechselseitiger Blockade bestimmt wird oder zumindest die Chancen zu neuen Initiativen und ungenutzt bleiben. Wirkungsvolle Koordination und Kooperation vor Ort sind Voraussetzung für neue Initiativen und Wege aus der Arbeitslosigkeit.

Völlig unverständlich ist mir in diesem Zusammenhang, dass die Bundesagentur für Arbeit Überschüsse in Milliardenhöhe eingespart hat und zurückgeben soll. Das ist für mich Folge von Fantasielosigkeit und Mangel an Ideen und Initiativen in der Arbeitsverwaltung und den zuständigen Institutionen.

Ich habe viele Jahre mit Fachleuten in der Arbeitsverwaltung eng zusammengearbeitet und dabei festgestellt, dass an Quantität und Qualität von Projekten mit Arbeitslosen in einzelnen Regionen zu erkennen war, was mit kreativen und risikobereiten Mitarbeitern der Arbeitsverwaltungen auf der Suche nach neuen Chancen für arbeitslose Menschen erreichbar ist.

Gesprächswochen mit Arbeitslosen war eine Erfindung der kirchlichen Industrie und Sozialarbeit in Westfalen Anfang der 70er Jahre. Sie wurden in enger Zusammenarbeit und finanzieller Unterstützung der Arbeitsverwaltung durchgeführt. Dabei lag ein Schwerpunkt im Bereich des Arbeitsamtes Herford und seiner Filialen in Ost Westfalen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden mit Hilfe der Arbeitsämter in ein Tagungshaus eingeladen. Der Ablauf der Gesprächswochen gestaltete sich in *vier Phasen*: In den ersten zwei Tagen waren und blieben die Arbeitslosen unter sich. Sie konnten und sollten sich über ihr eigenes Erleben der Arbeitslosigkeit austauschen, über den erlebten Schock, die Vereinsamung, das Empfinden von Scham, die Orientierungslosigkeit, aber auch die Hoffnun-

gen und Erwartungen.

In der zweiten Phase, am Mittwoch, stand das Gespräch mit Mitarbeitern aus der Arbeitsverwaltung auf dem Programm. In einer offeneren Situation als im Arbeits-



Eduard Wörmann

amt bekamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, sich über Gesetze und Regelungen informieren zu lassen und selbst Fragen zu stellen. Häufig hatten sie den Eindruck, dass sie im Arbeitsamt nur sehr kurz und unzureichend informiert wurden, weil sie selbst nicht geübt waren, mit ihren Fragen zu Wort zu kommen.

Einige Arbeitsamtsdirektoren haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gern in solche "Veranstaltungen zur Weiterbildung entsandt", weil sie auch Gelegenheit zur selbstkritischen Reflexion der eigenen Praxis boten, vor allem dann, wenn ihnen die "Kunden" vermittelten, wie schlecht oder gut sie bei ihnen bisher angekommen waren. Es war ein Unterschied in der Beratungssituation ob im Amt ein Schreibtisch dazwischen stand oder alle an einem runden Tisch saßen. Über die gefühlte Länge

der Beratungen wurde übrigens in den Gesprächswochen häufig heftig gestritten.

In der dritten Phase fanden am Donnerstag jeweils Gespräche mit einzelnen Unternehmern und Personalleitern, sowie mit Gewerkschaftern und Betriebsräten statt. Gesprochen wurde über die personelle Situation in den Betrieben, die Handhabung von Entlassungen, Aussichten auf Wiedereinstellung, die Unterstützung durch Gewerkschaften und Betriebsräte. Heftigen Streit gab es und das geschah in den Anfangsjahren häufiger wenn Gewerkschafter und Betriebsräte behaupteten, sie seien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und nicht für Arbeitslose zuständig. Uns Veranstaltern ging es in dieser Phase darum, die Betriebspraktiker für die Situation der Arbeitslosen zu sensibilisieren.

Am letzten Tag, in der vierten Phase, sollten Folgerungen aus den Diskussionen und Beratungen formuliert werden, damit die Teilnehmer etwas mitnehmen konnten für den weiteren Umgang mit der Arbeitsverwaltung, bei der Suche nach Arbeit.

Für uns als Veranstalter war es ein Erfolgserlebnis, wenn wir aus den Arbeitsämtern gefragt wurden, was habt ihr eigentlich mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern angestellt? Die kommen jetzt so aufgeklärt, selbstbewusst und motiviert zurück in die Beratungen.

Als Veranstaltungsformen sind Gesprächswochen nicht zuletzt aus finanziellen Gründen ausgelaufen. In veränderter Form sind wichtige Elemente wie der Ansatz bei der Situation der einzelnen Betroffenen, die gezielte persönliche Information und Beratung, das Einüben von Eigenverantwortung und Eigenständigkeit und die Aufklärung der Öffentlichkeit über Wirkung und Folgen der Arbeitslosigkeit aufgenommen und organisiert worden in *Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen* in und

außerhalb der Arbeitsämter. Dabei bin ich mir nicht sicher, ob die Notwendigkeit persönlicher Beratung für die Entwicklung von Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Arbeitslosen, wie sie in den Arbeitslosenzentren geschieht, genügend erkannt und anerkannt wird, vor allem wenn es um die Finanzierung solcher arbeitsmarktpolitischen Instrumente geht. Das Landesprogramm "Beratungsstellen" ist bis Ende 2007 befristet und wie ich höre, haben Kommunen ihre finanzielle Unterstützung für Arbeitslosenzentren schon länger beendet. Ich habe die Sorge, dass darin auch eine Verharmlosung der Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf das persönliche Leben wie auch das gesellschaftliche Zusammenleben zum Ausdruck kommt.

Seit 1975 haben wir Massenarbeitslosigkeit mit mehr als einer Million Arbeitslosen und im Laufe der Jahre ist zwar immer wieder die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit als wichtigste Aufgabe gefordert und mit verschiedenen Programmen versucht worden. Zurzeit gibt es auch erfreuliche, wenn auch quantitativ begrenzte positive Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt, auch Aussicht auf neue Programme für Langzeitarbeitslose. Das darf uns aber nicht davon abhalten, sich über die Gefahren in der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit für das gesellschaftliche Zusammenleben, auch über falsche Entscheidungen und Gesetze in der Politik selbstkritisch klar zu werden. und dann vor allem über konzeptionell neue Wege gemeinsam nachzudenken.

Die eigene Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit wirkt immer noch schockierend, vor allem wenn in zunehmenden Maße Arbeitnehmerinnen und Arbeitsnehmer arbeitslos werden, die bisher im Gefühl lebten einen sicheren Arbeitsplatz in der Wirtschaft oder Verwaltung zu haben.

Voraussetzung für gezielte und wirkungsvolle Arbeitsmarktpolitik ist eine realistische Wahrnehmung und Bewertung der Massenarbeitslosigkeit und ihrer Folgen. Der Soziologe Oscar Negt hat formunierungen Arbeitslose entmutigen und ihre Bereitschaft zur Eigeninitiative blockieren.

Erlebter sozialer Abstieg oder Angst vor diesem Abstieg, Perspektivlosigkeit, Resignation und Verbitterung bei den Betroffe-



wesen. Es gibt zwar Arbeitslose, die nicht arbeiten wollen und das Versicherungssystem missbrauchen oder in Schwarzarausweibeit chen. Das darf nicht einfach hingenommen

nen zerstören das Vertrauen in die demokratische Gestaltbarkeit eines gerechten gesellschaftlichen Gemein-

werden, aber diese Gruppe darf keinesfalls zur beherrschenden Größe in der Arbeitsmarktpolitik genommen werden.

Vom deutschen Landkreistag wurde darauf hingewiesen, dass im ersten Halbjahr 2006 nur bei einem Prozent der als erwerbsfähig eingestuften Empfänger von Arbeitslosengeld II die Leistungen eingestellt wurden, bei den unter 25 jährigen waren es 1.3 %.

Die Forderung nach Verschärfung von Sanktionen ist eher Ausdruck von politischer Hilflosigkeit als Zeichen dafür, dass neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik entdeckt und eingeschlagen werden sollen.

Im Bodelschwingh Jahr 2006 aus Anlass des 175. Geburtstages von Friedrich v. Bodelschwingh wurde an seinen Appell erinnert:



liert: "Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt, der die Menschen wehrlos und damit gefügig für den Willen anderer macht. Sie ist Anschlag auf körperliche und seelisch geistige Integrität, auf die Unversehrtheit der davon betroffenen Menschen. Sie ist Raub und Enteignung der Fähigkeit und Eigenschaften, die innerhalb der Familie, der Schule, der Lehre in der Regel in einem mühsamen Prozess erworben wurden."

Durch die Länge der Arbeitslosigkeit verlieren Menschen Qualifikation und Arbeitstugenden. Erfolglose Bewerbungen machen sie mürbe. In Familien mit arbeitslosen Eltern sind Jugendliche häufig entmotiviert für Ausbildung und Arbeit. Es darf nicht unterschätzt werden, dass pauschale Diffamierungen und Diskrimi"Neue große Nöte bedürfen neuer mutiger Gedanken."

Neu ist gegenüber der Zeit von vor 25 bzw. 30 Jahren, dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit, dass eine zunehmende Gruppe von Menschen als Unterschicht, als *Prekariat*, ohne Hoffnung und in dem Gefühl abgehängt zu sein, ausgegrenzt wird und sich die Spaltung der Gesellschaft verfestigt. Das Vertrauen in die demokratische Gestaltbarkeit einer gerechten, Gemeinwohl orientierten, Gesellschaft geht in der Bevölkerung verloren.

Die Politiker und die Bürger tun sich schwer, das anzuerkennen und daraus Folgerungen zu ziehen. Das zeigte sich u.a. daran, wie über die Studie der Friedrich Ebert Stiftung zum Entstehen einer neuen gesellschaftlichen Unterschicht diskutiert

wurde. Die einen verharmlosten diesen Tathestand durch Streiten über die Begrifflichkeit, andere sahen (ich meine, mit Recht) in der Massenund Langzeitarbeitslosigkeit, auch in den Hartz IV-Gesetzen, die Ursache für diese gefährliche politische Entwicklungen.

In ihrem gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland sind die beiden großen Kirchen schon 1997 für eine "Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" eingetreten. Der Kerngedanke dieses Wortes ist die vorrangige Option für Arme, Schwache und Benachteiligte als Leitbild gesellschaftlichen Handelns. Ich zitiere:

"In der vorrangigen Option für die Armen als Leitmotiv gesellschaftlichen Handelns, konkretisiert sich die Einheit von Gottes und Nächstenliebe. In der Perspektive einer christlichen Ethik muss darum alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, in wiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt. Dabei zielt die biblische Option für die Armen darauf, Ausgrenzungen zu überwinden und alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Sie hält an, die Perspektive der Menschen



einzunehmen, die im Schatten des Wohlstands leben und weder sich selbst als gesellschaftliche Gruppe bemerkbar machen

können noch ein Lobby haben. Sie lenkt den Blick auf die Empfindungen der Menschen, auf Kränkungen und Demütigungen von Benachteiligten, auf das Unzumutbare, das Menschenunwürdige, auf strukturelle Ungerechtigkeit. Sie verpflichtet die Wohlhabenden zum Teilen und wir-

tung entwickeln können. Nur so kann der innere Zusammenhalt der Gesellschaft erreicht und gefördert werden.

Schon 1987 sind Vorschläge für "Gezielte Hilfen für Langzeitarbeitslose" in der EKD in Zusammenarbeit zwischen arbeitsmarktpolitischen Experten aus Parteien, Ministe-



kungsvollen Allianzen der Solidarität." (Ziffer 107)

Die neuere *Denkschrift* "Gerechte Teilhabe Befähigung zur Eigenverantwortung und Solidarität" nimmt den Kerngedanken des Gemeinsamen Wortes, die vorrangige *Option für die Armen* und Benachteiligten, bewusst auf. Sozialstaatliches Handeln muss verlässlich dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben teilhaben und Eigenverantwor-

rien, Wissenschaft und Diakonie erarbeitet worden. Als eine besondere Aufgabe der gestaltenden Arbeitsmarktpolitik wurde heraus gestellt, den sogenannten Problemgruppen unter den Arbeitsuchenden Zugang zu vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen und neue für sie zu erschließen. Dazu ist öffentlich geförderte Beschäftigung erforderlich. Es ist wichtig aber auch besonders dringlich, dass in diesen Tagen in der großen Koali-

tion konkret darüber beraten wird. Die Bundesregierung will 100 000 sozialversicherungs pflichtige Arbeitsplätze für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose schaffen.

Mit öffentlich geförderter Beschäftigung soll Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert werden. Sie soll auf zwei Herausforderungen antworten: Auf den Mangel an Dienstleistungen und Produkten in den Bereiche soziale Dienste, Umweltschutz, Stadtsanierung, kreative Arbeit mit Jugendlichen und Älteren einerseits und auf den Mangel an Erwerbsarbeit andererseits. Mit dem Begriff öffentlich geförderte Arbeit wird deutlich gemacht, dass es sich hierbei um eine gemeinsame Aufgabe des Gemeinwesens handelt. Öffentlich geförderte Arbeit soll und kann eine Brückenfunktion in den regulären Arbeitsmarkt erfüllen, muss aber auch dauerhafte Beschäftigung denjenigen ermöglichen, die sonst keine Chance haben.

Das Arbeitsangebot muss Qualitätsansprüchen im Hinblick auf die *drei Grundfunktionen der Erwerbsarbeit* genügen:

- 1. Es muss Chancen zur eigenen Existenzsicherung durch ein armutsfestes Einkommen eröffnen. Wege aus der Armut und nicht in zunehmende Verarmung muss das Ziel sein. Mindestlohm in Höhe von 7,15 €in Tarifverträgen für Zeitarbeit ist ein kleiner Schritt in diese Richtung, wenn dadurch auch nicht das Gefühl von Zeitarbeitern, Sklaven der Nation zu sein, beseitigt wird. Nachzudenken ist auch über den Vorschlag, Unterstützungsleistungen in Lohnzahlungen zu verwandeln durch Kapitalisierung der Unterstützungsleistungen, um den Lohn für sozialpflichtige Beschäftigung zu finanzieren.
- 2. Es muss Chancen zur persönlichen Entfaltung und Verantwortung durch Aktivierung der vorhandenen *Qualifikationen*

oder den Erwerb neuer Qualifikationen eröffnen. Dequalifikation durch Arbeitsangebote weit unter den vorhandenen fachlichen Qualifikationen darf nicht zugemutet, sondern muss verhindert werden. Schon lange ist klar, dass der Zeitbedarf und das Gelingen von Integrationsmaßnahmen mit Langzeitarbeitslosen von der Berücksichtigung der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit abhängen. Infolge von zu engen Befristungen in Programmen und Maßnahmen sind aussichtsreiche Initiativen und Projekte abgebrochen, bevor ihre Funktionsfähigkeit und ihr Erfolg er und bewiesen werden konnte. Es ist wichtig, dass bei dem geplanten Programm mit Langzeitarbeitslosen Arbeit zeitlich unbegrenzt angeboten werden soll.

3. Es soll Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe durch Überwindung der Ausgrenzung und durch Beteiligung an gesellschaftlich sinnvollen und notwendigen Arbeiten und Aufgaben eröffnen. Für das Selbstwertbewusstsein und Zugehörigkeitsgefühl ist es wichtig, dass das, was sie im Rahmen von Beschäftigungsprojekten tun, gesellschaftlich sinnvoll und notwendig ist.

Neue große Nöte bedürfen neuer mutiger Gedanken. Ich denke, wir wünschen uns alle, dass die große Koalition sich wechselseitig zu neuen mutigen Gedanken und Entscheidungen treibt im Langzeit Arbeitslosenprogramm und auch in der bekundeten Absicht, allen Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen.

Wichtig ist, dass die neuen Programme an vorhandenen und bewährten Strukturen und Institutionen anknüpfen. Ich habe dem nordrhein-westfälischen Arbeitsminister, Karl Josef Laumann, geschrieben: "Sinnvoll sowie zeit und energiesparend wäre es, wenn bei der Realisierung des Langzeitzeit-Arbeitslosenprogrammes die vorhandenen Strukturen und Institutionen vor Ort auch die in kirchlicher Trägerschaft genutzt würden. Es gibt inzwischen zahlreiche örtliche Beschäftigungsinitiativen, die sich aufgrund großer Kreativität und Qualifikation und mit viel praktischer Erfahrung, auch großer Kooperationsbereitschaft durchgesetzt und etabliert haben. Sie sollten in die konkrete Planung und in die Realisierung einbezogen werden, bevor für dieses Programm ganz neue Strukturen geschaffen werden."

Das Jubiläum ist ein guter Anlass, auf die breitgefächerten Angebote und die langen Erfahrungen in der "Maßarbeit" erneut aufmerksam zu machen.

Mit herzlichem Glückauf wünsche ich der "Maßarbeit" eine einflussreiche und wirkungsvolle Beteiligung im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und dass es nicht noch einmal 25 Jahre dauert, bis dieser Kampf überflüssig geworden ist.

Eduard Wörmann, geb. 13.6.1930, ist Pfarrer im Ruhestand. Er war seit 1958 Pastor im Sozialamt der Evangelischen Kirche von Westfalen, 1969–1995 dessen Leiter. Er war auch Beauftragter für Arbeitslosigkeit der EKD, Mitglied der Sozialkammer der EKD und Mitglied der Synode der EKD. 2003 erhielt er den Regine-Hildebrandt-Preis für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut. 1998 erhielt er zusammen mit Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis. Seit 45 Jahren verheiratet, hat er 3 Kinder und 8 Enkel

Ein weiterer Schritt zur Zerschlagung der solidarischen Krankenversicherung

## Eckpunkte der großen Koalition zur Gesundheitsreform

CuS-Interview mit Inge Höger

Matthias Obenhaus: Frau Höger, die Halbwertszeit so genannter Jahrhundertreformen nimmt ständig ab, zur Zeit diskutieren wir schon wieder Eckpunkte einer neuen Gesundheitsreform.

Inge Höger: Das so genannte Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) der rot-grünen Koalition trat bereits 2004 in Kraft. Es wurde tatsächlich als Jahrhundertreform angekündigt und sollte die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung senken und die Arbeitslosigkeit abbauen. Das GMG hat keine zwei Jahre gehalten. Keine seiner Verheißungen ist eingetreten. Im Gegenteil droht den gesetzlichen Kranken-

kassen 2007 ein *Defizit* von 15 Milliarden Euro.

M. O.: An dieser Stelle wird auf die häufig zitierte "Kostenexplosion" verwiesen ... I. H: Ursache ist keine "Kostenexplosion", etwa aufgrund von massenhaften Leistungsmissbrauchs, wie interessierte Kreise uns einreden wollen, sondern die Aushöhlung der Einnahmebasis: der Rückgang der Löhne, wachsende Arbeitslosigkeit und Ausweitung prekärer Beschäftigung wie Mini-, Midi und Ein-Euro-Jobs führen zu Einnahmerückgängen des Sozialversicherungswesens.

*M. O.:* So oder so – für die Große Koalition ergibt sich erneuter Reformbedarf.

I. H.: Im Koalitionsvertrag wurde eine Finanzreform angekündigt, über denen verschiedene Arbeitsgruppen gebrütet haben. Herausgekommen ist mal wieder eine Reform die keine ist. Ändert nichts an Finanzierungsproblemen und nehmen die Gesundheits- und Pharmaindustrie nicht in die Pflicht.

*M. O.:* Was sind für Sie die "Knackpunkte"?

I. H.: Als erstes sollen per Gesetz die Beitragssätze um 0,5 Prozent für alle Kassen heraufgesetzt werden. Hier wird mit einem Handstreich die Selbstverwaltung der Krankenkassen ausgehebelt. Die war bisher immer aufgefordert, unter dem Stichwort "Senkung der Lohnkosten" die Beitragssätze zum Segen der Arbeitgeber zu reduzieren. Die Anhebung um einen halben Prozentpunkt reicht gerade aus, um das Loch zu schließen, das die große Koalition soeben gerissen hat, indem sie den Steuerzuschuss aus der extra für diesen Zweck erhöhten Tabaksteuer strich und die Mehrwertsteuer erhöhte. Damit bezahlen die gesetzlich Versicherten faktisch einen Teil der Sanierung des Bundeshaushaltes. Die Finanzierung der Gesundheitsausgaben wird nicht gesichert - weder auf dem gegenwärtigen Niveau, erst Recht nicht für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung.

M. O.: Aber das ist ja wohl nur der eine Teil der Medaille. Was ist mit dem "Gesundheitsfonds"?

I. H.: Die Einrichtung eines Gesundheitsfonds gefährdet in hohem Maße das umlagefinanzierte und weitgehend solidarisch funktionierende System der gesetzlichen Krankenkassen. Dieser Gesundheitsfonds wird nicht nur ein überflüssiges bürokratisches Monster. Er ist auch ein Instrument,

um die paritätische Finanzierung von Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen endgültig abzuschaffen. Mit der Einführung des Gesundheitsfonds werden die Beiträge per Gesetz

festgelegt und nicht mehr paritätisch in den Kassen.

M. O.: Diese Parität brökkelt doch schon länger

I. H.: Die Parität wurde bereits unter der Kohl-Regierung



Inge Höger

durchbrochen, indem Minister Seehofer umfangreiche Zuzahlungen der Versicherten einführte. Unter Rot-Grün hat Ministerin Ulla Schmidt mit dem GMG nicht nur die *Praxisgebühr* eingeführt, sondern die Zuzahlungen auf Schwindel erregende acht Milliarden Euro jährlich erhöht. Für Krankengeld und Zahnersatz führte das GMG einen Sonderbeitrag von 0,9 % ein, der allein von den Versicherten bezahlt wird. Insgesamt belaufen sich die aus der Parität herausgenommen Mittel auf jährlich 22 Mrd. Euro.

*M. O.:* Was passiert mit den übrig gebliebenen "Kernbereichen"?

I. H.: In Zukunft sollen die Beiträge von den Kassen in den neuen Fonds einzahlt werden, aus dem die Krankenkassen dann Kopfpauschalen bekommen. Wenn die Kassen mit diesem Betrag nicht auskommen oder im Wettbewerb um die niedrigsten Kosten nicht mithalten können, sollen allein die Versicherten Zuschläge leisten.

M. O.: Aber was soll dies Fonds-Modell denn eigentlich bringen?

*I.H.:* Es wird behauptet, die Kassen würden so zu einem wirtschaftlicheren Umgang mit ihren Mitteln gezwungen. Denn ihre Kunden, die Versicherten, würden sich zur Konkurrenz verabschieden, wenn sie, statt einen Bonus zu erhalten, einen Zuschlag zu zahlen hätten...

M. O.: ... das wäre ja noch nachzuvollziehen ...

I. H.: ...die Geschichte des Wettbewerbs zwischen den Krankenkassen zeigt aber. dass die Krankenkassen vor allem um junge, gesunde und gut verdienende Mitglieder konkurrieren. Denn diese zahlen die Beiträge, verursachen aber nur geringe Ausgaben. Kassen mit vielen alten und kranken Versicherten konnten bereits in der Vergangenheit nur mithalten, wenn sie bei den Leistungen kürzten oder kostenträchtigen Versicherten empfahlen, zu einer anderen Kasse zu wechseln. Die großen Versorgerkassen mit vielen alten und chronisch Kranken werden mit den Mitteln aus dem Fond nicht auskommen, ihre Unterfinanzierung ist gesetzlich gewollt. Sie werden Leistungen kürzen und trotzdem einen Zusatzbeitrag nehmen müssen.

M. O.: Wenn ich Ihre Aussagen richtig interpretiere, würde diese Art von "Wettbewerb" zulasten der Großkassen mit vielen alten und kranken Menschen gehen. Doch lassen Sie uns das Stichwort "Steuerfinanzierung" noch anreißen ...

I. H.: Die geplante Umstellung auf eine stärkere Steuerfinanzierung ist mehr als fragwürdig. Mit dieser Ankündigung will die Bundesregierung über die zu erwartende Finanzierungslücke der Krankenversicherung hinwegtäuschen. Gerade hat sie den Steuerzuschuss für versicherungsfremde Leistungen gestrichen und den Versicherten dadurch höhere Belastungen aufgebürdet. Gleichzeitig kündigt sie an, in Zukunft die Krankenversicherung der Kinder aus Steuermitteln finanzieren zu wollen. Klar ist, dass dies 16 Milliarden Euro im Jahr kosten wird. Für die Jahre 2008 und 2009 sollen aber nur 1,5 beziehungsweise 3 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Wer soll die Differenz zahlen?

M. O.: Wäre es vom Grundsatz nicht sinnvoll, die Gesundheitsversorgung verstärkt oder ausschließlich aus Steuermitteln zu betreiben?

I. H.: So sinnvoll es erscheint, gesellschaftliche Aufgaben aus Steuern zu finanzieren, so ist auch dies nur eine weitere Maßnahme, mit der die Arbeitgeber aus der paritätischen Finanzierung entlassen werden sollen. Die Arbeitgeber werden entlastet, während den gesetzlich Versicherten eine Verlagerung der Beitragslast über Steuern – wahrscheinlich wieder über eine unsoziale Mehrwertsteuererhöhung – droht.

M. O.: Frau Höger, von Ihnen soll der Satz von der "Zerschlagung der solidarischen Krankenversicherung" stammen. Wird es dazu kommen?

I. H.: Nicht wenn es nach uns geht. Aber ganz nebenbei soll den Krankenkassen auch noch der Status einer Körperschaft öffentlichen Rechtes entzogen werden. Sie sollen in Zukunft dem Handelsgesetzbuch unterliegen und insolvenzfähig werden also pleite gehen können. Damit wird ihre Überführung in private Versicherungen vorbereitet.

M. O.: Und sie könnten tatsächlich "pleite gehen", da sie nicht mehr Herr ihrer Beitragssätze sind und Ihnen wegen der Zuschlagszahlungen die Versicherten weglaufen. Das ist vermutlich nicht der Wettbewerb, den Sie sich vorstellen?

I. H.: Ganz sicher nicht. Bei der ganzen Diskussion über die Einführung von Wettbewerb zwischen privaten und gesetzlichen Versicherungen stellte sich bereits die Frage, wie Wettbewerb zwischen Profitorientierung und Versorgungsauftrag, zwischen Risikobeitrag und Umlagefinanzierung funktionieren kann. Nun wird die Privatisierung eines seit über 100 Jahren gut funktionierenden paritätisch und solidarisch finanzierten Systems der gesetzlichen Pflichtversicherung eingeläutet. Das gilt es zu verhindern!

M.O.: Wir danken für das Gespräch!

Matthias Obenhaus

Freier Journalist und IT-Spezialist, Mitbegründer der WASG NRW. Seit 2005 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bereich Presse & Internet, Herford

Inge Höger

Jg. 1950, ist Diplom-Betriebswirtin und seit vielen Jahren aktiv in den Gewerkschaften und der Frauenbewegung. Sie ist Gründungsmitglied der WASG in NRW. Seit 2005 vertritt sie den Wahlkreis Herford-Bad Oeynhausen im Bundestag.

### Bibel in gerechter Sprache

## Ein Brief

Von Siegfried Katterle

Liebes Lehrerpaar in Rinteln, ich hoffe, die Adresse ist korrekt gewählt und Ausdruck des Respekts, den wir den LehrerInnen der Nation schulden.... Beim Abendessen kamen wir auf die "Bibel in gerechter Sprache" zu sprechen, deren Entstehung ich gefördert und deren Erscheinen ich begrüßt habe. Ich habe den Eindruck, dass vieles, was über diese Neuübersetzung zu lesen ist, von einer bloß oberflächlichen Lektüre zeugt, die z.B. die gründliche Einleitung der ÜbersetzerInnen, die Probleme und Chancen einer Neuübersetzung sorgfältig behandelt, nicht zur Kenntnis genommen hat.

Ein Beispiel sind die "Hirten und Hirtinnen" auf dem Feld bei Bethlehem. Die biblischen Bücher sind in einer patriarchalischen Kultur entstanden, in der vielfach nur die Männer genannt wurden, wo die Frauen "mitgemeint" waren. Offenbar gibt es gute Gründe für die Annahme, dass die Arbeit auf dem Feld bei den Herden damals (wie heute) genau so von Frauen wie von Männern verrichtet wurde. Ein wichtigeres Beispiel ist der Kreis der engsten Vertrauten um Iesus, der meist nur aus (zwölf) Männern bestehend vorgestellt wird. Es gibt aber in den Evangelien deutliche Hinweise, dass zu diesem engsten Kreis auch Frauen gehörten. Bei unserem Essen habe ich den Bericht über die Hinrichtung Jesu nach Markus, dem ältesten Evangelium, erwähnt. Dort heißt es, dass bei der Kreuzigung aus dem Kreis der Vertrauten nur "Frauen von ferne zuschauten" – drei unter ihnen werden namentlich genannt – die "Jesus schon in Galiläa nachgefolgt" und "mit ihm nach Jerusalem gezogen waren." (Markus 15,40f) Das wichtigste Beispiel schließlich ist die männliche Redeweise von Gott – Gott als Herr, Richter, König, Herrscher der himmlischen Heerscharen – patriarchalisch-herrschaftliche Metaphern, die dem Bilderverbot des Dekalogs widersprechen und in der Neuübersetzung aufgelöst sind.

In der "gerechten Sprache" geht es auch um Gerechtigkeit im Hinblick auf den christlich-jüdischen Dialog, insbesondere um die Erkenntnisse der (christlichen wie jüdischen) Forschungen zur Person Jesu und zur Entstehung der Evangelien. Das wichtigste Beispiel sind wohl die sog. "Antithesen" in der Bergpredigt: "Ihr habt gehört, dass gesagt ist ...Ich aber sage euch ..." (Matthäus 5, 27ff). Die Bergpredigt (bei Lukas Feldpredigt) geht zurück auf eine Spruchquelle (Logienquelle oder einfach "Quelle Q"), deren Original in aramäischer Sprache verfasst war, und die nur in griechischer Übersetzung durch die Evangelisten Matthäus und Lukas tradiert wurde. Bei dieser Übersetzung müssen Fehler unterlaufen sein, wie sie schon bei der Übersetzung der Hebräischen Bibel ("Altes Testament") in griechische Sprache ("Septuaginta") nachweisbar sind. Man weiß heute, dass "Ihr habt gehört, dass gesagt ist ..." die rituelle Einleitung eines Tora-Zitats war, und dass anschließend die aktualisierende Auslegung in der Predigt eingeleitet wurde "Und ich sage euch …". Es entspricht also gesichertem Forschungsstand, wenn die Neuübersetzung an dieser Stelle formuliert "Ich lege euch das heute so aus ...".

Ferner will die "gerechte Sprache" deutlich machen, dass es in der Bibel – bei "Mose und den Propheten" – um *soziale* Gerechtigkeit geht. Mir ist schon vor vielen

Jahren aufgefallen, dass Martin Bubers Übersetzung der Hebräischen Bibel an vielen Stellen, an denen die Luther-Übersetzung von "frommen" oder von "gottlosen" Menschen spricht, von "Gerechten" und von "Frevlern" redet. Gottes Weisungen in der Tora werden durch das Tun des Gerechten erfüllt. Natürlich hat Gott Wohlgefallen an Menschen, die diesen Weisungen folgen und in diesem Sinn auch "fromm" sind. Aber unserem Wort "fromm" fehlt der Bezug auf das Tun des Gerechten. Andererseits verhalten sich Menschen, die Recht und Würde ihrer Mitmenschen mutwillig verletzen, im Sinn der Bibel auch "gottlos" (wobei es einerlei ist, ob sie die Existenz Gottes leugnen oder das nicht tun), aber unser Gebrauch des Wortes "gottlos" verstellt gerade den Blick auf die Frevelhaftigkeit des gemeinten Verhaltens.

Im übrigen bin ich der Meinung, dass diese Neuübersetzung in die Bibliothek jedes Gymnasiums gehört. Ich lege Euch auch noch einen Leserbrief bei, den ich an die Zeitschrift Publik-Forum geschrieben habe. Es geht um den (dort wieder einmal aufgewärmten) Disput zu der Frage, ob die biblischen Berichte historisch wahr sind oder aber als Glaubenszeugnisse zu verstehen sind, in denen ein Volk, eine Gemeinde Identität und Hoffnung gefunden haben.

Irene und ich grüßen Euch herzlich. Wir wünschen Euch Mut und Erfolg bei Eurer Arbeit in den Schulen der Nation.

Siegfried Katterle ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre (Wirtschaftspolitik). 1977–1983 war er Vorstandsmitglied des BRSD. Er schrieb zahlreiche Artikel für CuS. Zusammen mit Arhur Rich gab er das Buch heraus: Religiöser Sozialismus und Wirtschaftsordnung, Siebenstern 374, Gütersloh 1980

### **REZENSIONEN**

## Evangelische Kirche in Deutschland (Hrsg.): Bonhoeffer – der Blick aus der Ferne

Evangelische Kirche in Deutschland (Hrsg.): Bonhoeffer – der Blick aus der Ferne. Mitteilungen aus Ökumene und Auslandsarbeit 2006. Hannover 2006, 344 S. Bezug: info@ekd.de

Von Jürgen Schübelin

lles Andere wäre ein fauxpas gewesen: Zum 100. Geburts- und 60. Todesjahr Dietrich Bonhoeffers konnte das Herausgeberteam im EKD-Kirchenamt gar nicht anders - als den Themenschwerpunkt der traditionellen Mitteilungen aus Ökumene und Auslandsarbeit auf die Bonhoeffer-Rezeption außerhalb der deutschen Grenzen zu legen. Das Ergebnis der höchst heterogenen Artikelsammlung mit Texten aus Großbritannien, Spanien, den USA, Argentinien, Brasilien, Bolivien, Osteuropa und Südostasien ist indes durchaus eindrucksvoll geraten.

Während, wie Bischof Rolf Koppe in seiner Einleitung immerhin ehrlicherweise einräumt, das Bild des Theologen und Widerstandskämp- fers Dietrich Bonhoeffer in der Bun-

desrepublik der Nachkriegszeit höchst umstritten war, machen die verschiedenen südamerikanischen Autoren aus den durch die Kultur der deutschen Einwanderer geprägten Kirchen im "Cono Sur", dem Süden des Doppelkontinents, in ihren Beiträgen deutlich, welche Sprengkraft die Texte, die Lebens- und Glaubensgeschichte des am 9. April 1945 im KZ-Flossenbürg ermordeten Bonhoeffers schon sehr früh in Teilen Lateinamerikas entwickelten. Daniel Beros (Argentinien) und Martin Weingaertner (Brasilien) zeichnen nach, wie die Beschäftigung mit Büchern wie "Widerstand und Ergebung" einer ganzen Generationen junger protestantischer Theologen im südlichen Lateinamerika half, sich gerade auch mit dem eigenen Milieu von deutsch-tümelnden, das Herkunftsland idealisierenden. stockkonservativen Gemeinden und Kirchenleitungen auseinanderzusetzen und während der fünfziger Jahre regelrechte "Trauerarbeit" zu leisten (Weingaertner), was das Akzeptieren der Nachrichten über das Ausmaß der Nazi-Verbrechen anbelangt.



Klar wird, warum Bonhoeffers Texte in Lateinamerika gerade auch bei engagierten und kritischen katholischen Theologen wie Gustavo Gutiérrez, Jon Sobrino oder Franz Hinkelammert - auf solche Resonanz stießen. Einfluss auf die Entwicklung der Befreiungstheologie nahmen und schließlich während der bleiernen Jahre der staatsterroristischen Militärregime brennende Aktualität erhielten - und zum konsti-Bestandteil tutiven des Verständnisses von kirchlichem Widerstand gegen systematische Menschenrechtsverletzungen wurden.

Mehrere Autoren des EKD-Jahrbuches 2006 schlagen aber auch den Bogen von Bonhoeffers Theologie hin zu den Erfahrungen neoliberaler Ausgrenzungen und der dramatischen Zunahme von Armut – in der aus der Bonhoefferschen Gemeinde Christi, die immer für "andere" da ist, eine "Kirche – zusammen mit den Armen" werden muss. Und

Peter Stockmann aus Houston (Texas), bezieht die eindringliche Aktualität und Dringlichkeit der Texte und Gedichte von Dietrich Bonhoeffer auf das Problem der Armutsflüchtlinge und illegalen Einwanderer von Mexiko in die USA.

Neben dem Schwerpunktthema streift das EKD-Jahrbuch in weiteren 47 Beiträgen breit und bunt das gesamte Spektrum der Auslandsarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland. Darunter fast schon ein halber Nachruf - auf alle Fälle das Dokument eines historischen Ereignisses: Der Bericht über ein denkwürdiges, stundenlanges nächtliches Gespräch zwischen einer Delegation des ÖRK und Fidel Castro im August 2005 in Havanna! Kein Rechenschaftsbericht will der 344seitige Band sein – sondern Einblicke in die EKD-Arbeit mit ökumenischen Partnern geben. Eine Fundgrube ist der neue Jahrbuchband aus Hannover allemal!

## Wolfgang W. Osterhage: Christliches Zeitmanagement – Zeit, Leben, Spiritualität

Wolfgang W. Osterhage, Christliches Zeitmanagement Zeit, Leben, Spiritualität, CMZ-Verlag, Rheinbach 2006, 207 S., 12,80 Euro.

Von Wieland Zademach

in Buch, das Hoffnung macht und auch selbst enthält: für diejenigen, die Schwierigkeiten haben mit ihrem eigenen Zeitmanagement – hier werden Möglichkeiten konkreter Abhilfe angeboten. Das macht Hoff-

nung auf Besserung im Umgang mit den eigenen Ressourcen. Hoffnung selbst enthält dieses Sachbuch darüber hinaus jedoch, weil es getragen ist nicht nur von der Suche nach mehr Effizienz beim eigenen Zeitmanagement, sondern von einer spirituellen Mitte her, die Gelassenheit vermitteln kann inmitten anscheinend hektischer Betriebsamkeit. In jedem Kapitel spürt man den Ausführungen des Verfassers nicht nur seine reiche Erfahrung als Praktiker in Coaching und Managementberatung ab, sondern ebenso die vielfältigen reflexiv verarbeiteten Erkenntnisse aus der Mitwirkung in zahlreichen christlichen Organisationen. Dies wird auch deutlich. wenn man Spannungsbogen des gesamten Buches folgt. Beginnend mit dem Umgang von überschüssiger Zeit wird die Linie weiter gezogen über die Grundzüge des klassischen Zeitma- nagements bei knapper Zeit hinaus zu den möglichen Schieflagen der Persönlichkeit, die geprägt sind beispielsweise durch Arbeitssucht oder Burnout, Kulturelle Unterschiede werden ebenso angesprochen wie das Teilen von Zeit mit anderen Menschen, bis der Bogen sich rundet im Angebot alternativer Zeitgestaltung unter Einbeziehung von Elementen christlicher Spiritualität.

Ein Hauptanspruch von Zeitmanagement ist der Versuch, die lokale Perspektive unserer Wunsch-Vorstellungen mit der globalen Perspektive der sonstigen Anforderungen des Lebens und der Welt in Einklang zu bringen. Im vorliegenden Buch werden verschiedene Szenarien aufgegriffen und Lösungen vorgestellt. Das hat den Vorteil, dass man es sequentiell durcharbeiten kann oder - je nach Problemlage der Lesenden - durch direkten Einstieg in ein konkretes Kapitel. Jeweils wird eine Problemlage beispielhaft vorgestellt, analysiert und danach ein therapeutischer Ansatz angeboten. Schließlich wird das Kapitel nach Einbettung in Grundmotiv durch einen biblischen Bezug abgerundet und dadurch ein tieferer Zusammenhang eröffnet, in dem wir - zumindest nach christlichem Selbstverständnis - vor Gott immer stehen, und von dem aus wir unsere Alltagsproblematik her betrachten können.

Eine komprimierte *Lösungs-schrittfolge* sowie *Checklisten* als methodische Hilfsmittel werden an signifikanten Stellen angeboten.

Osterhages tiefe spirituelle Verankerung wird besonders deutlich, wenn er bei aller Notwendigkeit von Metho-

den und Techniken des Zeitmanagements nicht vergisst, dass Herr der Zeit nicht wir sind, sondern Gott selbst. Allerdings darf diese Gewissheit nicht zu falscher Nachlässigkeit verführen, denn "er löst nicht das Sachproblem für uns", sondern - und das ist ebenso tröstlich wie wichtig -"er gibt uns Mut und Klarheit, im Rahmen der Bedingungen dieser Welt weiterzumachen und nicht zerbrechen" (S. 45). Da kann dann sogar die Umkehr als

Frucht der Buße "Freude bereiten", wenn "der neue Aufbruch" in der Abfolge der Stationen "Innehalten – Analyse – Loslassen – Neuanfang ... spürbare Veränderung" einleitet (S. 66). Als leitendes Grundmotiv wie auch als Zielvorstellung christlichen Umgangs mit der Zeit ließe sich so als Losung formulieren: "Mit der Unvollkommenheit leben, heißt flexibel zu sein, ohne sich ins Chaos versinken zu lassen" (S. 128).

### **PRESSEMITTEILUNGEN**

## Neuer bundesweiter "Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokraten" gegründet

Anlässlich der Gründung des Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokraten erklärt der Generalsekretär der SPD Hubertus Heil:

In der SPD hat sich auf Bundesebene der "Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokraten" gegründet. Dass Juden und Jüdinnen mit dem neuen Arbeitskreis nun auch institutionell in der SPD ihr Engagement zeigen, ist für uns sehr

wichtig. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Für die SPD ist das besondere Engagement der Kirchen, der Religionssowie der Weltanschauungsgemeinschaften unersetzlich. Dies gilt nsbesondere im Blick auf ihre soziale Verantwortung für das Gemeinwohl und ihre Bedeutung bei der Vermittlung von demokratischen Werten in der Gesellschaft.

### BUNDESNACHRICHTEN

## **BRSD** wieder auf dem Kirchentag

Auf dem Kirchentag in Köln vom 6.-10. Juni 2007 ist der BRSD wieder mit einem Stand auf dem Markt der Möglichkeiten vertreten. Ihr findet ihn in der Halle 3, Stand B21. Mitglieder, ebenso Leserinnen und Leser von CuS und Eure Gäste, sind zum Besuch herzlich eingeladen. Ganz bewusst haben wir uns in die Nähe der christlichen Arbeitskreise der links orientierten Parteien stellen lassen, da wir uns dort als Forum für Christen/innen aus SPD, Linkspartei, Grünen, Gewerkschaften und Anderen verstehen. Wir widmen uns drei Schwerpunktthemen:

1. Es werden Informationen über Georg Fritze (1874–1939) gegeben. Der religiös-sozialistische Pfarrer gab ein hervorragendes Beispiel des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. In seiner Kartäuserkirche findet sich eine Mahninschrift: "Tim. 6 Vers 12. Kämpfe den guten Kampf des Glaubens. Ergreife das Leben, dazu du auch berufen bist und bekannt hast das gute Bekenntnis vor vielen Zeugen. In Dankbarkeit/Zur Erinnerung an Pfarrer Georg Fritze, der vom 24.4.1916 bis zu seiner unrechtmäßigen

Entfernung aus dem Amt in unserer Gemeinde den Dienst am Wort Gottes versah." Skulptur am Rathausturm Köln

Geplant ist auch ein Stadtrundgang zu historischen Orten seines Wirkens.

2. Außerdem will der Bund ein Forum sein für Gespräche zum Thema "Zehn Jahre Sozialwort beider Kirchen". Die Begegnungs-Tagung BRSD vom November 2006 findet somit eine Fortsetzung. Damals waren die christlichen Arbeitsgemeinschaften der Parteien der SPD, der PDS und WASG, jetzt Linkspartei sowie der Grünen zu einem Gespräch über das Sozialwort eingeladen worden und hatten ein Aktionsbündnis für Zeitansagen im Sinne des prophetischen Wächteramts der Christinnen und Christen vereinbart. In CuS 4/2006 wurde über die Tagung berichtet. Im Gespräch mit den Arbeitsgruppen sowie den Besucherinnen und Besuchern des Kirchentags werden die Fragen erörtert: Wie müsste heute Gerechtigkeit und Solidarität gestaltet werden? Haben sich die Kirchen ihrem Anspruch und ihrer Sendung gemäß weiter entwickelt? Auch sollen die



Beiträge unserer Autoren in diesem Heft bekannt gemacht werden.

3. Wir freuen uns auf zahlreichen Besuch und laden ebenfalls alle Interessierten zu unserer Mitgliederversammlung ein, die wie immer im Rahmen des Kirchentages

stattfinden wird. Wir wollen uns in einer Lokalität in dem Stadtteil treffen, in dem Pfr. Fritze gewirkt hat. Haltet Euch am besten den Freitagabend hierfür frei. Genauere Informationen gibt es am Stand.

### **Fotonachweis**

- S. 3: Redaktionsbeirat CuS, 2006, © Reinhard Gaede
- S. 6: Reinhard Höppner, © Deutscher Evangelischer Kirchentag
- S. 10: Dietrich Bonhoeffer, 1936, in: Hg. Eberhard Bethge, Dietrich Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung, Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, München 1962, S. 14b
- S. 11: Jürgen Moltmann, Foto: Privat
- S. 14: Christoph Blumhardt, in: Hg. R. Lejeune, Christoph Blumhardt und seine Botschaft, Erlenbach-Zürich und Leipzig 1938, S. 2
- S. 17: Helmut James Graf Moltke 1928, in: Günter Brakelmann: Helmut James von Moltke, 1907–1945. Eine Biographie, München 2007, S. 34
- S. 21: Günter Brakelmann, Foto: Werbeblatt und Umschlag-Bild zur Biographie, Verlag C.H.Beck
- S. 27: Franz Segbers, Foto: Reiner Frey
- S. 31: Friedhelm Hengsbach, Foto: Ulla Baumgart
- S. 32: Paul Schobel, Foto: Röttgers
- S. 44: Frank-Matthias Hofmann, © Evangelische Kirche im Rheinland
- S. 46: Erhard Eppler, Foto: Gisela Scheiterlein
- S. 52, 55, 57, 58: Die Arbeitserfinder, Werbeblatt Maßarbeit e.V., Soziale Argentur für Arbeit. Arbeitslosenzentrum Herford
- S. 54: Eduard Wörmann, Foto: Privat
- S. 61: Inge Höger, © Abgeordneten-Büro

### **Autorinnen und Autoren**

**Prof. Dr. Günter Brakelmann**Gropiusweg 35, 44801 Bochum

**Dr. Erhard Eppler**Galgenberg 6, 74523 Schwäbisch Hall

**Dr. Reinhard Höppner**Deutscher Evangelischer Kirchentag
Magdeburger Str. 59, 36037 Fulda

Frank-Matthias Hofmann Am Ludwigsplatz 11, 76117 Saarbrücken

**Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach** Offenbacher Landstr. 224, 60599 Frankfurt

Inge Höger, MdB Abgeordneten-Büro Kirchgasse 2, 32052 Herford

**Prof. Dr. Siegfried Katterle** Dünenweg 13, 33649 Bielefeld

**Prof. Dr. Jürgen Moltmann** Biesingerstr. 25, 72070 Tübingen

Matthias Obenhaus Bergstr. 82, 32108 Bad Salzuflen

**Prof. Dr. Franz Segbers**Nonnbornstr. 14a. 65779 Kelkheim

Paul Schobel Fachbereich Betriebsseelsorge Jahnstr. 30, 70597 Stuttgart

Jürgen Schübelin Hansegracht 11, 47051 Duisburg

**Eduard Wörmann** August-Knabe-Weg 10, 59494 Soest

**Dr. Wieland Zademach** Fritz-Henkel-Straße 38, 53572 Unkel

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern. (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- Texte in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD, Diskette oder per E-Mail.
- Bilder bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine (!) Internetbilder, da sie nicht den Anforderungen des Offsetdruckes entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.

Adresse: cus@brsd.de oder reinhardgaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

**Endredaktion:** Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

### CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

**CuS** ist die Vierteljahres-Zeitschrift der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten, ist damit die einzige Zeitschrift in Deutschland, die die "edlen Worte" (H. Gollwitzer) Christentum und Sozialismus gemeinsam im Titel führt und Symbole des Christentums und Sozialismus zugleich zeigt.

Zu aktuellen Fragen unserer Gesellschaft sucht sie Antworten aus christlicher Sicht und ist zugleich bereit für den interreligiösen Dialog, besonders mit Judentum und Islam.

In der Vergangenheit hat sich Theologie und politisches Handeln der religiösen Sozialisten bewährt im Widerstand gegen Nationalismus, Militarismus und Faschismus und im Streit für mehr Gerechtigkeit und Frieden in der Welt. Viele Anregungen der religiösen Sozialisten und Sozialistinnen sind in der Ökumene und in gesellschaftlichen Initiativen aufgenommen worden, dennoch müssen sie fortgeschrieben werden.

**Cus** wird getragen von einer kleinen, aber lebendigen Schar von Christinnen und Christen, die darauf achten, dass biblische, theologische Impulse sich durchsetzen: Parteinahme für die Armen, Unterdrückten und an den Rand Gedrängten, Bewahrung der bedrohten Schöpfung, Veränderung der Gesellschaft. Dem christlichen Gebot der Nächstenliebe folgend, in der Hoffnung auf Gottes kommendes Reich, in dem "Gerechtigkeit wohnt" (2.Petr. 3, 13), suchen wir nach sozialistischen Konzeptionen, in denen gegenseitige geschwisterliche Hilfe und Möglichkeiten der Selbstentfaltung des Einzelnen – als Bedingung der Selbstentfaltung aller – Leitlinien sind. Der Weiterentwicklung des Modells der Genossenschaften gehört unsere Aufmerksamkeit. Unser Ziel ist die solidarische Gesellschaft, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur unserer gesellschaftlichen Praxis ist das Evangelium und das verheißene Reich Gottes.

#### **Abonnements:**

Per Post:

BRSD-Sekretariat Michael Bschorr Bobes Feld 14 · 33818 Leopoldshöhe

Per Fax:

Fax 05202/884 884

Per E-Mail: mib@brsd.de

### Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland 20 € pro Jahr · Ausland 23 € pro Jahr Förderabo 25 € oder mehr Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V. KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt-Nr. 2119 457 010 Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD
Kündigungen werden zum Jahresende wirksam